

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Willi IV Nr. 1942

Freitag, den 26. Januar 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Willi IV Nr. 1944

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichterstattungen 25 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Zusätze für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochen-tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit Multiplikatoren Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Schrittmacher der Reaktion.

Mehr als ein Menschenalter ist verfloßen, seitdem der bekannte Historiker Heinrich v. Treitschke sein berühmtes bernichtendes Urteil über das preussische Herrenhaus gefällt hat:

„Mit Ausnahme eines kleinen Kreises von Landbesitzern aus dem Osten stimmen alle Parteien in der geringfügigen des hohen Hauses so vollständig überein, daß es fast Ueberwindung kostet, das hundertmal Durchgesprochene noch einmal zu sagen.“

Einem kräftigen Staat steht es nicht übel an, diese verdächtige und entwürdigte Versammlung als ein totes Glied an seinem Leibe fortzuschleppen, eine allgemein für notwendig erachtete Reform wie die Zahlung eines bösen Wechsels immer wieder hinauszuschieben. Die Fortdauer des Herrenhauses gefährdet den festen und folgerechten Gang der Gesetzgebung, sie erschüttert die konservativste Gesinnung in der Nation.

Darüber sind alle Unbefangenen einig, daß wir eines Neubaus bedürfen: das morische Gefüge des Herrenhauses vertrage keine Ausbesserung mehr. Die unselige Verordnung vom 12. Oktober 1854 bleibt eine der häßlichsten Erinnerungen unserer Geschichte. Niemals, seit Preußen zur Großmacht geworden, hat eine siegreiche Partei ihre augenblickliche Ueberlegenheit so gewissenlos mißbraucht, um die ganze Zukunft der Gesetzgebung sich zu unterwerfen; niemals früher hat sich die Krone den Standesinteressen des kleinen Landadels so willfährig untergeordnet.“

Heinrich von Treitschke war freikonservativer Abgeordneter und einer der schärfsten Gegner der Sozialdemokratie. Aber das hat ihn nicht gehindert, das Herrenhaus objektiv zu beurteilen und die Beseitigung dieses „toten Gliedes“ zu fordern. Seine Forderung ist bis heute nicht erfüllt; im Gegenteil, seitdem der jetzige Reichskanzler im Amte ist, ist die Regierung ängstlich bemüht, das Herrenhaus zu neuem Leben zu erwecken und durch künstliche Mittel sein Ansehen zu erhöhen. Die preussische Regierung weiß sich eins mit den „Edelsten der Nation“, die kraft ihrer Geburt oder auch durch ein königliches Rechtswort in die „Erste Kammer“ berufen sind, sie weiß, daß ihre reaktionären, volksfeindlichen Pläne hier ein verständnisvolles Echo finden.

Die einzige Bedeutung des Herrenhauses liegt darin, daß die Scharfmacher ihre Pläne, die sie im Reichstage aus Furcht vor den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht vollständig enthüllen, hier in breiter Öffentlichkeit zutage fördern. Kein noch so nichtswürdiger Anschlag auf die Rechte und Freiheiten, kein noch so niederträchtiges Attentat auf die geistigen Güter des Volkes, das nicht im Herrenhause ausgebrütet wäre! Hier war es, wo vor 10 Jahren Graf Mirbach zum Staatsstreich aufforderte, um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zu beseitigen, hier war es, wo vor 2 Jahren die Manteuffel und Mirbach den Ruf nach neuen Ausnahmegeetzen ertönen ließen, hier war es, wo im vorigen Jahre die Regierung scharf gemacht wurde, der Selbstverwaltung der Krankenkassen ein Ende zu machen. Hier wird fast in jeder Session der Freizügigkeit der Krieg erklärt, hier wird gegen den Ausbau der sozialpolitischen Gesetze mobil gemacht, hier werden neue indirekte Steuern zur Belastung der Arbeiterklasse empfohlen, hier wird bei jeder Gelegenheit eine neue Buchstausvorlage gefordert, hier wird die Arbeiterklasse fort und fort beschimpft!

In der vorwärtigen Atmosphäre des Herrenhauses fühlt sich die heutige Regierung am wohlsten. Hierhin flüchtet sich mit Vorliebe Fürst Bülow, wenn er das Bedürfnis fühlt, aus sicherem Hinterhalt zum Schloße gegen die Sozialdemokratie auszuholen.

So auch am gestrigen Tage. Fürst Bülow wiegt sich in dem Wahn, daß er am „roten Sonntag“ einen glänzenden Sieg über die Sozialdemokratie davongetragen hat. Aber was nützen ihm seine schönsten Erfolge, wenn er keine Gelegenheit hat, sich ihrer zu rühmen? Diese Gelegenheit mußte ihm das preussische Herrenhaus geben. So berief er denn die Herren Graf Fink von Finkenstein, seines Zeichens Kammerherr, Landrat a. D., Erbamtshauptmann, Fideikommißbesitzer und Rittmeister der Reserve, und Graf zu Eulenburg-Prassen, Landhofmeister im Königreich Preußen, Major a. D. und Majoratsbesitzer, zwei erbliche Mitglieder des hohen Hauses, zu sich und vereinbarte mit ihnen den Wortlaut einer Interpellation, deren Besprechung ihm den erwünschten Anlaß bieten sollte, sich als starken Mann zu produzieren, der durch Infanterie, Artillerie und Kavallerie die vaterlandlose Sozialdemokratie in Schach hält.

Die Vorstellung verlief programmäßig. Die offiziöse Presse hatte eifrig die Reklametrommel gerührt und für gewandte Klaqueure geforgt. Die Tribünen, auf denen gewöhnlich kein bester Stuhl zu finden ist, waren überfüllt, und auch die Mitglieder des Hauses hatten sich in ungewöhnlich großer Zahl eingefunden.

Atemlose Stille herrschte, als nach Erledigung einiger unbedeutender Vorlagen Graf zu Eulenburg-Prassen die Tribüne betrat, um sein Sprüchlein herzusagen oder vielmehr abzulesen. Ein schauerliches Bild war es, das der vielbeschäftigte Mann von der Sozialdemokratie entwickelte.

Schwechelnd heiß und kalt überließ es die Zuhörer, als sie seine Enthüllungen vernahmen, als sie hörten, daß die Sozialdemokratie Mord und Brandstiftung predigt, daß die Führer der Sozialdemokratie, die eine Abneigung haben, sich persönlich in den Pulverdampf zu begeben, alles tun werden, um die verirrten und verführten Genossen in den Kampf zu treiben, und daß es schon am vorigen Sonntag losgegangen wäre, wenn nicht die Polizei die notwendigen Vorbeugungsmaßnahmen ergriffen hätte. Vor allem hat es ihm die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zum Landtag angetan, deren Erfüllung den Zerfall des Deutschen Reiches bedeuten würde. Gegen dies Bestreben der Sozialdemokratie soll die Regierung einschreiten, sie soll die bestehenden Gesetze scharf anwenden, und, wenn sie nicht ausreichen, neue Knebelgesetze schaffen!

In dem gleichen Gedankengange bewegte sich die Antwort des Fürsten Bülow. Wie schon des öfteren, so erklärte er auch diesmal wieder, daß er vorläufig noch mit den geltenden Gesetzen auszukommen hoffe, daß die Regierung eine Vermehrung ihrer Befugnisse bis jetzt nicht für nötig halte, daß sie aber von ihren gesetzlichen Befugnissen entschlossenen Gebrauch machen und den Augenblick, wo sie an die gesetzgebenden Körperschaften appellieren und verstärkte Maßregeln gegenüber sozialdemokratischen Umtrieben fordern werde, selbst bestimmen werde. Auch seine diesmalige Rede klang aus in einem Appell an alle bürgerlichen Parteien zum festen Zusammenschluß gegen die Partei des Umsturzes.

Fürst Bülow hat damit absolut nichts Neues gesagt, er hat lediglich das wiederholt, was er vor noch nicht einem Jahre dem Grafen Mirbach gegenüber erklärt hat. Er bezeichnete es damals als Pflicht der Regierung und Volksvertretung.

„Den Kampf aufzunehmen gegen diejenigen Elemente, die nicht aufbauen, sondern zerstören wollen, und die die sozialen Gegensätze benutzen zur Erreichung ihrer auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse gerichteten politischen Ziele. Dieser Kampf kann kommen, aber er muß im richtigen Augenblick, auf dem richtigen Felde und mit den richtigen Waffen geführt werden. Bis dahin habe ich es für meine Aufgabe, aber auch zugleich für meine unabweißbare Pflicht, dafür zu sorgen, daß die bestehenden Gesetze mit Festigkeit und ohne Hörsen angewandt werden, um keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Sozialdemokratie nicht eine berechtigte Institution im politischen Kampf ist, sondern eine unberechtigte, mit den gesetzlichen Mitteln zu bekämpfende.“

Das einzig Bemerkenswerte an der neuesten Sozialisten-debatte ist, daß das Herrenhaus von einer Besprechung der Interpellation abjah. Es ist bekannt, daß die Mehrheit des Hauses lieber heute wie morgen ein neues Sozialistengesetz haben will. Wenn die Scharfmacher trotzdem ihre Wünsche nicht vortragen, so ist das — namentlich in Verbindung mit den Erotsdebatten der letzten Jahre, bei denen ständig ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie verlangt wurde — ein Beweis dafür, daß sie annehmen, seitens der Regierung bestimmte Zusicherungen erhalten zu haben. Es mag keineswegs ausgeschlossen sein, daß die Regierung mit Vertretern des Landtags auch bereits über den Zeitpunkt der Einbringung von gesetzgeberischen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie einig sind. Insofern verdient die im Herrenhause aufgeführte Komödie doch immerhin eine gewisse Beachtung.

Was die Scharfmacher im Schilde führen, wissen wir natürlich nicht, wir sind auf bloße Vermutungen angewiesen. Das eine aber wollen wir nachdrücklich hervorheben, daß sich die Sozialdemokratie weder durch scharfmacherische Reden provozieren, noch durch die Androhung von Ausnahmegeetzen einschüchtern läßt. Die Sozialdemokratie wird tun, was sie für richtig hält, sie wird sich weder durch den Fürsten Bülow noch durch das preussische Herrenhaus auch nur einen Moment irre machen lassen. Den Siegeslauf der vom frischen Leben sprühenden Sozialdemokratie kann das „tote Glied“, das der preussische Staat an seinem Leibe fortzuschleppt, nicht aufhalten.

Die Revolution in Rußland.

Zu den Duma-Wahlen.

Petersburg, 25. Januar. (S. I. W.) Durch den kaiserlichen Ukas vom 24. Dezember v. J. betreffend Abänderung des Wahlgesetzes war eine Frist von drei Wochen zur Eintragung aller wahlberechtigten Personen gegeben worden. Da diese Frist sich als nicht genügend erwiesen hat, hat der Kaiser befohlen, diese bis zum 14. Februar zu verlängern.

Der Ministerrat sprach sich über die Zugehörigkeit von Regierungsbeamten zu politischen Parteien folgendermaßen aus: „Beamten steht es frei, nach ihrer politischen Ueberzeugung jeder politischen Partei anzugehören, mit Ausnahme der Umsturzparteien. Da ihre erste Pflicht darin besteht, ihr Amt gewissenhaft zu versehen, darf ihre politische Tätigkeit in keiner Weise an der Erfüllung dieser Hauptpflicht hindern. Leiter von unabhängigen lokalen oder zentralen Verwaltungszweigen, denen die Begutachtung der Leistungen von Subalternbeamten und die Entscheidung über die auf Grund vorstehenden Prinzipien statthafte Anteilnahme des Verwaltungspersonals an der Tätigkeit in politischen Parteien obliegt, dürfen die Stellung von

Führern, Vertretern oder Mitgliedern von Bureaus oder Komitees nicht bekleiden.“

haltung der Konstitutionell-Demokratie.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält aus Petersburg vom 25. folgendes Telegramm: Heute in Schlußtag stellte Parteitag der Konstitutionell-Demokraten seine Taktik fest und nahm Stellung zur Taktik revolutionärer Parteien. Berichterstatter Rechtsanwalt Winawer führte aus, das eigentliche Tätigkeitsfeld der Partei sei organisierte Volkvertretung, außerhalb dieser müsse man sich an Agitation und Propaganda beschränken. Partei schließt sich allen Protesten, Demonstrationen und Manifestationen gegen das bürokratische Regime an bis zum allgemeinen politischen Zustand inklusive, sofern er von Partei in jedem gegebenen Augenblick für zweckmäßig anerkannt wird. Sie schließt also nur mit direkten Gewalttaten verbundenes Vorgehen aus. Wichtig ist, daß ungeachtet einer Strömung, die es für nötig hält, neben Kampf gegen Reaktion auch gegen Taktik der Revolutionäre aufzutreten, die große Majorität dem Berichterstatter zustimmte, der ausführte, taktischer Hauptzweck des Momentes sei Einigung aller aufrichtigen Freunde der Freiheitsbewegung, man müsse deshalb keine Kritik linksstehender Parteien ausüben, sondern zur Einigung im Kampfe für politische Befreiung rufen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. Januar.

Reichstag.

Die dritte Lesung der Gesetzentwürfe betreffend Statistik des Warenverkehrs des deutschen Zollgebietes mit dem Auslande und weiter die Wertbestimmung der Einfuhrscheine im Zollverkehr wird nach den Beschlüssen der zweiten Lesung ohne Debatte vollzogen.

Langweilig schleppte sich dann die Debatte zu Ende über die Maß- und Gewichtsordnung, in der der Abg. Stolle nochmals warm eintrat für den Schutz der Bergleute und anfründigte, daß er in der Kommission Anträge einbringen werde, die eine Aenderung des Entwurfs bezweckten, daß die Förderwagen in den Kohlenbergwerken gerächt werden, ebenso die Waage in der Textilindustrie, die zur Vermessung der abzuleisenden Arbeit dienen. Hierauf wurde der Gesetzentwurf einer 14gliedrigen Kommission überwiesen.

Dann ertedigte das Haus noch die erste Beratung des Gesetzentwurfes betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und Photographie. Da alle Parteien in dem Entwurf einen Fortschritt erblickten und aus beteiligten Kreisen, von Künstlern, Photographen, Architekten usw. der Regierung sogar Lob gepollt worden ist für die Einbringung dieser Gesetzesvorlage, die vom Grafen Posadowsky in ihren Grundzügen noch erläutert wurde, sagten die einzelnen Redner ihre Ansichten und Wünsche kurz zusammen. Von unserer Seite nahm der Abg. Dieß Stellung zu dem Geset., der einzelne Änderungen in der Kommission für leicht realisierbar hielt. Der Entwurf wurde an eine 14gliedrige Kommission verwiesen.

Darauf vertagte sich das Haus. —

Der rote Sonntag in Italien.

Rom, den 23. Januar. (Fig. Ber.)

In würdiger Weise hat das italienische Proletariat den Gedestag des Blutbades von Petersburg, den Geburtstag der russischen Revolution, gefeiert. In hunderten und aberhunderten von Versammlungen sind am 21. die Arbeiter zusammengekommen, um den russischen Helden ihre Sympathien zu beweisen, nicht nur in den Städten, sondern auch in den Dörfern und Flecken. Allein in der Provinz Mantua sind 42 öffentliche Versammlungen abgehalten worden, beinahe ebenso viel in der Provinz Reggio Emilia, einige 30 in der Provinz Bologna; auch im Süden und auf den Inseln hat jede Stadt ihre Gedenkfeier gehabt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, war die Beteiligung ebenso stark wie bei der letzten Manifestation, in Rom sogar viel stärker; denn die gestrige Demonstration bezeichnet hier den Höhepunkt dessen, was das Proletariat des modernen Rom an Demonstrationen erreicht hat.

Wie wir bereits telegraphisch meldeten, waren überall die Unzulige verboten worden. Trotzdem sah allerorts die überwachende Polizei in üblicher Weise als ruhestörendes Element bewährte, ist es nirgends zu ernstlichen Zwischenfällen gekommen. Allerdings hat man in allen größeren Städten, in Mailand, Turin, Bologna, Livorno, Bari, Neapel versucht, die Redner zu unterbrechen und so Proteste heraufzubeschwören, die zu Handgreiflichkeiten und einigen Duzend Verhaftungen führten, aber zu einer ersten Störung ist es noch in Rom gekommen.

Hier hatte die Regierung sich einmal wieder veranlaßt gefühlt, ihre absolute Unfähigkeit, aus der Erfahrung Nutzen zu ziehen, an den Tag zu legen. Man hatte den am Sonntag geplanten Umzug verboten, und das ist vom Polizeistandpunkt aus wenigstens begrifflich, da der Umzug sich durch das Herz der inneren Stadt, vom Campo di Fiori durch den Corso Vittorio Emanuele bis zum Botanischen Garten bewegen sollte. Aber man hat auch die geradezu unverantwortliche Dummheit begangen, die Versammlung selbst zu verbieten. Darauf antworteten die Organisationen, indem sie die Versammlung auf Montag um 8 Uhr ansetzten und für den ganzen Montag nachmittags Arbeitstube dekretierten! Um 1 Uhr hörte der Tramverkehr auf. Die Mauer und Zimmerleute verließen die Arbeit, die wenigen Fabrikten der Hauptstadt lernten sich, so daß die ganze Stadt einen festlichen Anstrich erhielt, den die plötzlich den grauen Himmel durchbrechende Sonne noch erhöhte. Seit dem frühen Morgen waren die südlichen Stadtviertel voll Militär, das in Kolonnen durch die Straßen zog; die russischen Gesandtschaften beim Quirinal und beim Vatikan wurden militärisch bewacht. Um 1 Uhr

Begann man alle Zugänge zu dem hinter dem Kolosseum gelegenen freien Platz, wohin die Versammlung einberufen war, abzusperren. In dem Niesenbau des Kolosseums wurde Militär — leichte Kavallerie, Grenadiere und Karabinier — untergebracht. Da die Demonstranten sehr früh, zum Teil schon vor dem Schließen der Tore zur Stelle waren und viele diese im Halbkreis umgingen, andere durch das Kolosseum selbst vordrangen, waren um 1/2 Uhr schon 8-10.000 Menschen zur Stelle. Die Polizei sah, daß sie ihre Absperrungsmassregeln zu spät begonnen hatte und daß das um das Kolosseum konzentrierte Militär der immer bedrohlicher anschwellenden Menschenmenge gegenüber machtlos war. Man telephonierte also um neues Militär und sandte einen Situationsbericht ans Ministerium des Innern. Es war inzwischen 1/3. Der erste Redner, Genosse Gabriini, hatte bereits das Wort ergriffen, da wurde den Herren der Regierung die Dummheit und Gefährlichkeit ihrer Maßnahmen klar, und es kam Befehl vom Palazzo Braschi, die Tordons zurückzuziehen: Die Versammlung wäre erlaubt! Die in dichten Mengen zusammenstürmenden Teilnehmer, die sich auf dem hügeligen Rasenplatz hinter dem Kolosseum zu einer auf 20.000 Köpfe geschätzten Masse aufbauten, erfuhren von der Freigabe der Versammlung erst am Abend durch die Zeitung.

Die Versammlung selbst verlief würdevoll und großartig. Ein Tempelüberrest, der sich etwa 12 Meter hoch erhebt, diente als Tribüne. Von hier aus sprach Gabriini von dem russischen Niesenbau, von der feigen Missetat der blutigen Sonntagsschlacht und der Erinnerung an einen anderen 21. Januar, der auch ein Bluttag war, an dem aber nicht mehr die große unbekannte Masse ihre namenlosen Opfer in die Grust sentete, sondern ein gefrontes Heer unter dem Weile fiel. Dem Sozialisten folgte ein Republikaner, Pagliari, dann ein Anarchist. Dieser fand eine sehr glückliche Wendung, als er auf die zerstörte Ruine des Kolosseums hinwies, in deren Wänden Uniformen und Waffen blühten, und die Lage herbeisetzte, wo dieser von Sklaven geführte Niesenbau, der heute Sklaven beherbergt, ein von politischer und wirtschaftlicher Anarchie erfülltes Volk erblickt. Zuletzt sprach Genosse Gabriini, die auf die Aufgabe der Frau bei allen revolutionären Umwälzungen hinwies. Mit einem Hoch auf die russische Revolution ging die Versammlung auseinander.

Dem unerwartlichen Ausbruch der Polizei hatte es jedoch gefallt, den Tag nicht so friedlich ausgeben zu lassen. Die von der Versammlung zurückgebliebene Menge fand alle Eingänge nach der inneren Stadt zu versperrt — eine Maßregel, die durch die Sorge um die Sicherheit der Geandachten eingegeben worden war. Die Tordons wurden durchbrochen, wobei es zu leichten Ergüssen auf beiden Seiten kam. Raum hatte ein Teil der Menge die Höhe jenseits des Tordons erklommen, so begannen einige Burschen, gereizt durch das Benehmen der Polizisten, Steine zu werfen. Es waren handgroße Ziegel, die unter anderen den Oberst der städtischen Schützmannschaft am Kopf verwundeten. Ein Polizist zog seinen Revolver, der ihm aber sofort von einem Offizier entrissen wurde. Dies und das Jubel unserer Genossen machten der Szene ein Ende. Um die Menge zu zerstreuen — die andererseits nur zum Versammlungsort zurückkam, da alle anderen Wege versperrt waren — ließ man zwei Galadrons Säuren in sie hineinreihen, ohne jedoch, dank der leichten ziehenden Pferde, Unheil anzurichten.

Während dieser „Kadaverie-Evolutionen“, die einen recht absurden Eindruck machten, kam es in der Via Condotti zu ernstlichen Konflikten. Dort stieg nämlich die Menge, die sich den Durchgang erzwingen hatte, auf zwei Tramwagen, die von Stadtschülern geführt wurden. Natürlich machte sich die Erbitterung gegen die Streikbrecher Luft. Die Tramwagen wurden über zugerufen, die Fußgänger und die Schulleute brachten sich schüchtern in Sicherheit. In der ganzen Stadt dauerten die Zusammenstöße bis 9 Uhr abends fort, wobei natürlich die Straßengegend Erzeife beging, was unvermeidlich ist, wenn die bewaffnete Macht provozierend und kopflos vorgeht. Nach offiziellen Berichten beläuft sich die Zahl der verwundeten Schulleute, Polizisten und Soldaten auf 31, von den Demonstranten ließen sich nur 3 oder 4 in den Hospitälern verbinden. Verhaftet wurden 63 Personen, die heute bis auf 6 freigelassen sind.

Trotz der Erzeife, die ohne die unklugen Absperrungsmaßnahmen nicht vorgekommen wären, kann das römische Proletariat auf den gestrigen Tag stolz sein. Es hat gezeigt, daß es den Heldentum in Ausland mit warmer tatbereiter Sympathie verfolgt und nicht gewillt ist, seine eigenen längst verbrieften Volksrechte der Willkür der Kojaken Italiens preiszugeben.

Deutsches Reich.

Die gereizten Pfefferfäden.

Daß die Hamburger Scharfmacher aller Grade die in der vorigen Woche vom Janhagel verübten Erzeife für ihre volksfeindlichen Pläne zu fruchtbareren Versuchen würden, war vorauszu sehen, nur nicht, daß es so tölpelhaft, mit so wenig Geschick geschehen würde. In der vierstündigen Abendstimmung am Mittwoch, die heinade bis Mitternacht währte, kamen drei Anhänger und drei Gegner der Wahlrechtsvorlage, wie sie offiziell genannt wird, zum Wort. Unter den drei Befürwortern befanden sich zwei Senatoren, ein kaufmännischer und ein juristischer, die beide zur Clique der Obercharnhauer gehören. Von den neun juristischen Senatoren der Republik Vannonia sind sieben ausgesprochene Gegner des Wahlrechtsraubs, nur zwei, die Herren Dr. Freddhl und Dr. v. Nelle, haben sich auf die Seite der Wahlrechtsänderer gestellt und bilden mit den platonisch denkenden kaufmännischen Senatoren die Majorität im Senat. Von Dr. von Nelle war das ja auch nicht anders zu erwarten, war er doch nach kurzer Juristenlaufbahn mehrere Jahre Redakteur der „Hamb. Nachrichten“, bis man sein staatsmännisches Talent entdeckte, ihn zunächst zum Senatsyndikus ernannte und dann zum Senator erwählte.

Ueber die Reden des Senators D'Swald, des Mitgliedes der Rechten Warburg, dessen Ansichten von denen der Mehrzahl seiner Fraktionsgenossen divergieren, und des Genossen Stofien ist bereits telegraphisch berichtet worden. Der 1/2 stündigen Rede Stofiens folgte Händelkatschen auf den Tribünen, was den Vorstisenden veranlaßte, mit Klammern derselben zu drohen.

Außerdem sprachen noch der Scharfmacher Oberster, Dr. Wändeberg (L) und Genosse Fischer, nachdem Senator Dr. v. Nelle der „unsichigen“ Hamburger Polizei gedankt hatte wegen ihres Verhaltens bei den Erzeifen. Der Herr meinte, die Sozialdemokratie habe die Demonstration verschuldet, sie wolle die Bürgerkchaft terrorisieren. Die Gerichtsverhandlungen würden ergeben, ob die Vandalen, die am Fischmarkt haufsten, alle der Sozialdemokratie fernstünden.

Dr. Wändeberg freute sich ob dieser „kräftigen“ Worte und schlug dann blind drauflos gegen alle, die mit der Vorlage nicht einverstanden sind. Eine Scharfmerrede par excellence, die sich nicht unterscheidet von anderen „starken“, höchstens darin, daß sie die Launskeln vieler auch nichtsozialdemokratischer Abgeordneten in Bewegung setzte. Den Höhepunkt dieser „Glanzleistung“ bildete die Redeblüte: „Der vielverüherte Ausschussbericht konstatiert lediglich das Bestehen der Sozialdemokratie, alle öffentlichen Institutionen — Wasser, Gas, Schulen (weiter) — zu verstaatlichen, wie es in ihrem Programm steht. Wo würden demgegenüber die Bestisenden bleiben? Es hat doch alles seine Grenze, wenn die Bestisenden nach Bestisende bleiben sollen.“ Aber ganz besonders hat es diesem eine fette Rechtsanwaltspraxis betreibenden Doktor heider Rechte die von den Sozis verlangte unentgeltliche Rechtspflege angetan. Seinen dadurch in ihren Einkommensverhältnissen bedrohten Bürgerkchaftsjuristen schmettert er die Worte zu: „Die Sozialdemokraten verlangen sogar

die Verteidigung ihrer juristischen Bedürfnisse auf Kosten der Allgemeinheit!“ Doch genug des grausamen Spiels!

In später Stunde ergriff noch Genosse Fischer das Wort, der kräftige Hebe ansteilend, den Galimatias des sich stets auf Gruseligmachen verlegenden Doktors zerzauste und den Viberaten zu tief, liberal zu sein. Er gab einige historische Reminiszenzen, die bewiesen, daß die Brutalisierungsvorläufe mißliebiger Parteien sich stets gerächt haben. Diese Vorläufe wolle ebenfalls eine unbequeme politische Richtung mechanisch mit Gewalt unterdrücken. Mit der Sozialdemokratie werde man mit solchen Mitteln nicht fertig werden; die Sozialdemokratie werde sich, entsprechend ihrer Bedeutung für das Staatsleben, den ihr gebührenden Einfluß zu erkämpfen wissen.

Darauf trat Vertagung ein. Ob die zur Verfassungsänderung benötigte Dreiviertelmajorität sich finden wird, ist immer noch ungewiß.

Koloniale Reflekt.

Die Kiautschou-Denkschrift, die soeben dem Reichstage zugegangen ist, sucht durch ein rosiges Gemälde des wirtschaftlichen Aufschwunges des deutschen Pachtgutes koloniale Reflekt zu machen. Trotz des russisch-japanischen Krieges habe die Kolonie auf allen Gebieten erfreuliche Fortschritte gemacht. Und dann läßt man die statistischen Zahlen aufmarschieren:

Die Einnahmen des Schützgebietes seien während des Berichtsjahres um 99 Proz., nämlich von 501.946 M. auf 1.001.170 M. gestiegen; der Schiffverkehr sei von 337 Schiffen mit 388.883 Registertonnen auf 413 Schiffe mit 420.517 Registertonnen angewachsen. Auf der Schwantung-Eisenbahn habe sich der Verkehr von 405.905 auf 780.228 Verlonen und von 125.803 auf 279.740 Tonnen Frachtgüter gesteigert. Die Einkünfte des chinesischen Seezollamts in Tjingtau hätten sich von 618.000 Dollar auf 790.000 Dollar vermehrt, und der Wert des Durchgangshandels, der im Vorjahre 24.881.282 Dollar betrug, habe die Summe von 82.428.596 Dollar erreicht.

Wenn man, wie das die bürgerliche Presse tun wird, nur diese Zahlen wiedergibt, könnte man am Ende den Anschein erwecken, als handle es sich wirklich um eine Kolonie, von der in absehbarer Zeit wirtschaftliche Vorteile für Deutschland zu erwarten wären. Diese Illusionen schwinden aber nur zu bald, wenn man sich diese prahlenden Ziffern etwas näher ansieht.

Der Gesamtimport, der ja im wesentlichen nur Durchgangshandel ist, ist zwar auf 82 Millionen Dollar angewachsen, zirta 22 Millionen Einfuhr und 10 Millionen Ausfuhr. Nur stellen — und darauf kommt doch alles an! — die 22 Millionen keine deutsche Einfuhr dar, sondern überwiegend chinesische und japanische! Die Denkschrift hat es leider — sicher nicht ohne Grund! — unterlassen, diesmal genauere Angaben über den Anteil der einzelnen Länder an der Einfuhr zu machen. Da sie jedoch besonders hervorhebt, daß von speziell deutschen Einfuhrartikeln Metalle, Anilinfarben und Nadeln in einem Gesamtwert von 1 1/2 Millionen importiert worden seien, erklärt sie damit indirekt, daß z. B. der Import von Baumwollentwaren und Baumwollgarnen, der allein die Hälfte der Gesamteinfuhr ausmacht, nicht auf Deutschlands Konto entfällt.

Die Bedeutung Kiautschous für den deutschen Handel ist also nach wie vor gleich Null! Trotzdem aber beträgt auch für 1906 wiederum der Reichszufuß für Kiautschou 13.600.000 M.! Hierzu werden dann noch die Kosten für die geplante Befestigung Kiautschous kommen! Und all diese ungezählten Millionen werden rein vergerudet für eine Kolonie, der obendrein durch die neuere politische Gestaltung in Ostasien jede territoriale Entwicklung über ihre jetzige embryonale Größe hinaus abgeschnitten ist!

Mit welchen Ankerlösungen aber unsere Regierung arbeitet, beweisen die der Denkschrift beigegebenen zahlreichen photographischen Aufnahmen Tjingtaus. Dank der vielen Duzende von Millionen, die die deutschen Steuerzahler bereits für Kiautschou opfern mußten, hat das ehemalige „Drednest“ jetzt ein leiblich malerisches Neujere erhalten. Was hat das alles aber mit dem wirtschaftlichen Wert oder Unwert der Kolonie zu tun? Glaubt man, der Reichstag bestände aus lauter Leuten vom Schlage der Storz und Goller? —

Gut gemacht, Panther!

Die „Frank. Ztg.“ schreibt: „Der Zwischenfall mit dem deutschen Kanonenboot „Panther“ ist für die deutsche Industrie schon jetzt nicht ohne nachteilige Folgen geblieben. Die brasilianische Regierung ist im Begriff, Schiffneubauten im Werte von nahezu 90 Millionen Mark als erste Rate des neuen Flottenbauplanes zu vergeben. Auch deutsche Firmen haben sich durch Entsendung besonderer Vertreter um diese Lieferung bemüht. Ihre Ansichten waren nicht ungünstig, als aber der Zwischenfall mit dem „Panther“ eintrat, wurde ihnen bedeutet, daß nunmehr für sie keinerlei Hoffnung mehr sei, bei den Lieferungen mit berücksichtigt zu werden. Voraussichtlich werden nunmehr alle Neubauten in England bestellt werden.“

Um unsere Panzerplattenpatrioten für diesen Ausfall zu trösten, den unsere schneidige Marinepolitik verschuldet hat, werden sie — versteht sich, auf Kosten der deutschen Steuerzahler! — von der eigenen Regierung um so reichlichere Aufträge erhalten. Die neuen Panzerlöhne können dann durch Entfaltung eines ähnlischen Schneidz weitere Aufträge des Auslandes vereiteln und dadurch neuen deutschen Flottenbauten Vorschub leisten! Eine Flottenpropaganda, die sich mit Grazie in infinitum fortsetzen läßt! —

Das Zentrum will beim Wahlrechtskampf freieren! Auch die „Alln. Volksztg.“ erklärt, daß das Zentrum nicht daran denke, an dem Sturmangriff des Proletariats gegen die preussische Dreiklassenwahlrechtsmacht teilzunehmen. Das Blatt zitiert unsere Bemerkung, daß freieren und Zentrum entweder am Wahlrechtskampf teilnehmen müßten oder Gefahr liefen, von der Sozialdemokratie zerrieben zu werden; und zugleich die Entgegnung der „Freien Deutschen Presse“, worin diese sich dagegen verwahrt, die Geschäfte der Sozialdemokratie zu betreiben. Die „Alln. Volksztg.“ sagt dann aus Eigenem dazu:

„Gerade so liegt die Sache für das Zentrum. Das Zentrum hat seit vielen Jahren das Dreiklassenwahlrecht belämpft, und es wird dasselbe weiter bekämpfen, aber nicht Arm in Arm mit der Sozialdemokratie und nicht mit den Waffen der Sozialdemokratie.“

Wenn das Wort hätte ehrlich sein wollen, hätte es noch hinzugefügt, daß es auch durchaus nicht das gleiche Ziel erstrebe, wie die Sozialdemokratie: das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht. Schon Herr Hise empfahl ja die reaktionären ständischen Wahlen, für die jetzt auch das Zentrum in Württemberg eintritt.

Die Sozialdemokratie wird dafür sorgen, daß die bis jetzt noch ultramontanen Arbeiter den Wahlrechtskampf des Zentrums bei den nächsten Wahlen mit dem sozialdemokratischen Stimmgeld beantworteten! —

Vom nördlichen Germanisierungsstempel.

Nachdem auf dem nördlichen Tummelplatz der Germanisation eine Freilassung aufeinander Windstille geblieben ist, kommt jetzt von der dänischen Grenze eine Meldung, die zeigt, daß Möllers Geist in den Gefilden seiner ehemaligen Herrlichkeit immer noch umgehrt. Es handelt sich natürlich wieder um eine Ausweisung, und zwar um eine Ausweisung nach echt nordfriesischer Manier, die in ihren Koldiden und Begleiterscheinungen den berühmtesten Großtaten der Regierung auf diesem Gebiete sich würdig zur Seite stellen kann. Der Landmann, Rads Jessen in Gesing bei Scherebek hatte in den achtziger Jahren in Hensburg seiner Militärpflicht genügt und war dann in die Vereinigten Staaten ausgewandert, wo er das Bürgerrecht erwarb. Vor einiger Zeit kehrte er eines hartnäckigen Leidens halber auf ärztlichen Rat in seine Heimat zurück und kaufte dort eine kleine Landstelle. Er suchte nun wieder um Gewährung des preussischen Staatsbürgerrechtes nach. Als Bescheid bekam er vom Amtsvorsteher die Aufforderung, das preussische Gebiet zu verlassen. Wenn er gutwillig gehe, werde ihm zur Regelung seiner Angelegenheiten eine Frist von vier Wochen gestattet werden, andernfalls müsse er innerhalb 24 Stunden über die Grenze. Der Mann verweigerte die Unterfertigung unter die Ausweisungsborder und reiste sofort ab. Was war der Grund zu der ebenso grausamen wie sinnlosen Maßregel? Jessen war politisch völlig indifferent, aber sein Bruder ist ein eifriger dänischer Parteigänger. Leider ist der Bruder aber preussischer Staatsangehöriger und man kann ihm nicht an den Kragen. Um ihn nun auf Umwegen zu treffen, weist man nach alibewährter nordfriesischer Methode den Anataken Rads Jessen aus dem Lande! — In die Rubrik dieser Geldentate gehört auch die Rede, die dieser Tage der Landrat des Kreises Hadersleben auf einem Kriegervereinsfest gehalten hat, und in der er dem „dänischen Irredentismus“ Urheide schwor. Da nun die erdrückende Mehrzahl der Bevölkerung dänisch gesinnt ist, so bedeutet das, daß der Beamte fast der Gesamtheit „seiner“ Kreiseingefessenen den Krieg erklärt hat.

Die württembergische Verfassungsrevision.

Stuttgart, 25. Januar. (Privatdepeche des „Vorwärts“.) Außer dem Zentrum hat auch noch der konservative Abgeordnete Kraut den Antrag gestellt, die aus der Zweiten Kammer ausschließenden Privilegierten durch berufständische Vertreter zu ersetzen. Sein Antrag unterscheidet sich vom dem Zentrumsantrag dadurch, daß er die Landwirtschaft stark bevorzugt, besonders die Arbeitnehmern in ihrer Vertretung sehr eingeschränkt wissen will und ferner keine allgemeinen Wahlen für diese Vertreter vorsieht, sondern die Wahlen durch staatl. organisierte Berufsvereine vornehmen lassen will.

Als Vertreter des ritterschaftlichen Adels sprach heute Graf Axfüll und als Vertreter der Prälaten Herr von Berg sich dafür aus, auf den Antrag der Privilegierten zu verzichten und die Kammer sich auf die 75 Bezirks- und Stadtabgeordneten beschränken zu lassen. Abgeordneter Gröber begründete den Zentrumsantrag, der nach seiner Meinung eine gute Ergänzung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts darstellt. Der Wunsch, ein Wahlrecht zu finden, das die Berücksichtigung von Intelligenz, Sitte und Recht am besten enthält, würde durch die berufständischen Wahlen am ehesten erfüllt. Für diese Behauptung führte er als liberale Zeugen die Dekoromten Schäffe und Mählenberger und als Sozialisten Proudhon an.

Der Rationalliberale Hieber erklärte unter allgemeiner Zustimmung, daß ein Eingehen auf die Wünsche des Zentrums ja doch nichts nützen könne, denn das Zentrum werde auch bei Annahme dieses Antrages um tausend andere Gründe für die gänzliche Verwerfung der Reform nicht verlegen sein.

Der völksparteiliche Abgeordnete H a u m a n n feierte mit Pathos die parlamentarische Kampfgemeinschaft, die sich in Sachen der Verfassungsrevision zwischen Volkspartei und Rationalliberalen entwickelt habe und die von politischer Bedeutung für das ganze Land sei. Darüber, daß ein Erlaß für die apokalyptischen 23 Privilegierten zu schaffen sei, wäre man sich einig. Die konservativen und Zentrumsvorschlüge lotterierten aber mit den überlebten Junftgebäuden. Der moderne Staatsgedanke umfasse alle Staatsbürger ohne Berücksichtigung des Berufes. Die politische Wirkung in Oesterreich, worauf die Konservativen sich beriefen, sei zum größten Teil auf das Wahlrecht nach Karien und Interessengruppen zurückzuführen. Minister v. Pische hat, den Größeren Antrag abzuzeichnen, er sei grundsätzlich ansehnbar und politisch bedeutsam, praktisch undurchführbar und würde das Verfassungswerk erschweren.

Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt. Morgen wird für die Sozialdemokratie der Abgeordnete Hildenbrand das Wort ergehen.

Zwei originelle Versammlungsverbote.

Das Land Schillers und Goethes, das seinen herrlichen Ruhm durch die Entrechtung der breiten Volksmassen immer mehr verdunkelt, hat neuerdings einen Konfurenten in nächster Nachbarchaft erhalten. Auch in Sachsen-Meinungen will man von sich reden machen. In welcher Weise es geschieht, geht am besten aus zwei Versammlungsverboten hervor, die im „Saalfelder Volksblatt“ abgedruckt werden:

„An Herrn Paul Seige, Röhned.“

Die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in Röhned am 21. Januar ds. Jrs. mit dem Thema: 1. Die politische Rechtlosigkeit der Arbeiterklasse in Preußen, 2. Die Ereignisse in Rußland, verbiete ich hiermit. Das Thema zu 1., das die unrichtige Behauptung enthält, die Arbeiterklasse in Preußen sei rechtlos, ist an sich schon geeignet, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise die Klasse der Arbeiter zu Gewalttätigkeiten gegen andere Klassen der Bevölkerung anzureizen, zumal da mit der Teilnahme der benachbarten preussischen Arbeiterbevölkerung bei der Versammlung gerechnet werden muß. Die hochwürdigte Besprechung der Ereignisse in Rußland bestätigt aber weiter lediglich die Richtigkeit dieser Besorgnis. Das Verbot der Versammlung ergibt daher im Hinblick auf die Bestimmung des § 180 des Str.-G.-B. und wegen der zu befürchtenden Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Saalfeld, 19. Januar 1906.

Der herrzogliche Landrat: Rouer.“

Um die Versammlung nicht in Frage zu stellen, wurde rasch ein anderes Thema angemeldet und nun Sonntag am 21. Januar die Genossen Röhlich, Röhned und Bappe-Erfurt über „Reichstags- und Landtagswahlrecht“ sprechen, wobei natürlich die unwürdige Besormnung durch das Versammlungsverbot sehr kritisiert wurde.

Das zweite Versammlungsverbot sah so aus:

„Gildburgshausen, den 19. Januar 1906.“

Zu Ihrer Anmeldung vom 18. ds. Mts., die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung in Thema r durch Frau Zieh betr., bemerke ich folgendes: Die Frau Zieh hat in verschiedenen Städten als Thema angegeben „Revolution überall“, so in Reustadt a. d. Orla. Dori, sowie in Saalfeld (Saale) ist der Vortrag nicht gestattet worden. Der heutigen Anmeldung ist der Gegenstand des Vortrages gar nicht betrefug. Es wird selbstverständlich derselbe sein, wie bei den früheren Anmeldungen. Aus diesen Erwägungen und da bei einem Vortrag dieser Art in jetziger bewegter Zeit eine Gefährdung der staatl. Ordnung, von Ruhe und Sicherheit zu befürchten ist, wird die nachgesuchte Erlaubnis verweigert. Götting.“

Auch in diesem Falle ist darauf ein anderes Thema angemeldet worden.

Ein Soldatenschilder. Wegen Mißbrauchs der Dienstgewalt stand am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der ersten Division in München der Sergeant der 5. fahrenden Batterie des 1. Feldartillerie-Regiments Johann Kopp, im bürgerlichen Leben ein Schmied aus Speyer. Nach Feststellung der Personalien beantragte der Offizialverteidiger, Oberleutnant Sagel, wegen Gefährdung militärischer Interessen die Deffenlichkeit der Verhandlung von der Verlesung der Anklageschrift bis zur Verkündung des Urteils auszuschließen, welchem Antrage das Kriegsgericht auch stattgab. Das nach durchgeführter geheimer Verhandlung verkündete Urteil lautete für den Sergeanten auf 21 Tage Mittelarrest. Aus den Urteilsgründen war zu entnehmen, daß Kopp im Dezember im Kasernenhof gelegentlich des Einzerkerens der jungen Mannschaften einen Rekruten den dienstlichen Befehl gab, einen hinter ihm stehenden Kameraden, weil dieser eine Lebung nicht richtig ausführte, in das Gesicht zu spucken. Der Rekrut befolgte erst den Befehl, als der Sergeant in energischem Tone den Befehl wiederholte. Bei der Strafmessung, heißt es in der Urteilsbegründung, kam als Strafmildernd die gute Führung und die starke dienstliche Inanspruchnahme des Angeklagten in Betracht, als Straferschwerend die an den Tag gelegte Rohheit.

Es ist uns nicht recht klar, welche militärischen Interessen im vorstehenden Falle durch die öffentliche Verhandlung gefährdet worden wären. Schützt man etwa, daß ein derartiger Rekrutenschilder der wohlverdienten Beachtung des Zivilspats anheimfallen und dadurch des „Königs Rod“ Schaden leiden könnte? —

Cornelius wieder einmal entkommen.

Berlin, 25. Januar. (Antliche Meldung.) Wie neulich gemeldet, hatte sich Cornelius, der seit Dezember im Tiras-Gebirge sitzt, dem ihm drohenden Angriff des Leutnants v. Craihsheim zu entziehen gemußt und am 13. Januar einen Viehposten bei Numwödeln bei Wehman überfallen. Die in Wehman stehende 5. Kompanie Feld-Regts. 2 unter Oberleutnant v. Wittenburg nahm ihm damals den größten Teil des Viehs wieder ab und verfolgte ihn in Richtung Gemmiss. Die Abteilung des Leutnants v. Craihsheim und Teile der 4. Kompanie Feld-Regts. 2 unter Leutnant Freiherr v. Stein schlossen sich ihr unterwegs an.

Am 19. Januar früh gelang es, den Gegner in den Tirasbergen in der Gegend der Arbamajas-Flotte zum Kampf zu stellen. Er zählte über hundert Gewehre und war außerdem von zahlreichen nicht mit Gewehren ausgerüsteten Kriegeren begleitet. Nach dreistündigem Gefecht wurde Cornelius in die Flucht geschlagen. Er ließ 12 tote, Hottentotten und Hereros, darunter einen Hererokapitän, auf dem Platze. Eine Anzahl Gewehre, Reittiere und Großvieh wurden erbeutet.

Auf deutscher Seite sind drei Mann gefallen, drei Mann schwer verwundet. Der geschlagene Gegner floh in nordwestlicher Richtung und wurde durch die 5. Kompanie Feldregiments Nr. 2 bis Korais verfolgt.

Ausland.

England.

Die Wahlen.

Es sind gewählt 325 Liberale (Gewinn 165), 137 Unionisten (Gewinn 12), 81 Nationalisten (Gewinn 4), 39 Arbeitervertreter (Gewinn 32 Sitze).

Da 670 Mandate in Betracht kommen, so sind noch 68 Wahlen zu vollziehen.

Amerika.

Die deutsche Einwanderung steigt wieder, wie amerikanische Zeitungen nach amtlichen Quellen berichten. Im letzten Jahre sind 82 000 Deutsche nach den Vereinigten Staaten gekommen. Bis vor einigen Jahren war die deutsche Einwanderung so gesunken, daß sie noch nicht einmal ein Drittel der in Amerika verstorbenen Deutschen erreichte. Es waren eine Zeitlang nur 18 000 bis 20 000 pro Jahr, die nach den Vereinigten Staaten kamen. Gemäß dem letzten Zensus betrug die Zahl der in Amerika lebenden Deutschen etwa drei Millionen, deren jährliche Sterberate auf 60 000 veranschlagt werden kann. Wenn in amtlichen Berichten von Deutschen gesprochen wird, so sind immer nur die in Deutschland Geborenen gemeint. Gerade unter den Deutschen hat man bemerkt, daß schon die erste Generation sich vollständig amerikanisiert. Darum ist ein starker Zustrom aus dem Heimatlande für das deutsche Leben in Amerika von großer Bedeutung und nicht zum wenigsten für die sozialistische Agitation unter den Deutsch-Amerikanern. Der neugegründete „Deutsch-Amerikanische Sozialistenbund“, der gerade den Einwanderern die größte Aufmerksamkeit widmen will, wird dazu reiche Gelegenheit haben, wenn das Anwachsen der deutschen Einwanderung sich als stetig erweist. —

Australien.

Ein „weiches Australien“ verlangen bekanntlich die Arbeiter der australischen Kolonien, das heißt, sie fordern die gänzliche Fernhaltung der gelben Rasse. Sie gehen von der Auffassung aus, daß die chinesischen und japanischen Anstöße die Lebenshaltung der einheimischen Arbeiter herabdrücken. Die bestehenden Gesetze lassen asiatische Arbeiter auch nur unter bestimmten Voraussetzungen zu, und nach Ablauf der Kontrakte sind die Unternehmer verpflichtet, für die Wiederabschiebung der Gelben Sorge zu tragen. Wie wenig es aber gelingt, selbst bei diesen Gesetzebestimmungen Australien gänzlich von asiatischen Einwanderern frei zu halten, geht aus der Rede hervor, die kürzlich der Senator Pearce, ein Vertreter der Arbeiterpartei im Bundesparlament, dort hielt. Er teilte mit, daß von 1804 bis 1901 567 Asiaten nach Australien eingeführt wurden unter der Bedingung, nach Ablauf von 12 Monaten zurückbefördert zu werden. In Wirklichkeit haben aber nur 32 von den Asiaten den australischen Boden wieder verlassen; mit den übrigen sind die Kontrakte wieder erneuert, oder sie haben überhaupt Erlaubnis erhalten, in der Kolonie zu verbleiben. 1902 und 1903 wurden aber 717 beziehentlich 1189 Asiaten eingeführt. Im Jahre 1904 ist die Zahl sogar auf 1382 gestiegen. Ein großer Teil dieser asiatischen Arbeiter ist in der Perlenfischerei beschäftigt. Pearce fordert von der Regierung die Einführung von Arbeitsbedingungen in dieser Industrie, unter denen es auch weissen Arbeitern möglich wäre, darin Beschäftigung zu suchen und zu finden.

Dies ist jedenfalls der richtige Weg. Nicht rigorose Bekämpfung der „minderwertigen Rassen“, sondern Schöpfung von Arbeitsbedingungen, unter denen eine über das gewöhnliche Maß hinausgehende Ausbeutung unmöglich wird und vor allem Aufklärung der betroffenen Arbeiter selbst. — Das sind die Wege, welche die Arbeiterpartei einer höherstehenden Rasse zu gehen hat, um zu verhindern, daß ihre Arbeitsbrüder zurückgebliebenen Rassen sie von der bereits erreichten Kulturstufe wieder herabzuziehen vermögen. —

Das Jahr 1905 in Norwegen, Schweden und Dänemark.

In der großen Welt pflegt man den skandinavischen Ländern wenig Beachtung zu schenken. Völker, die seit langem darauf verzichten konnten, eine Rolle in der äußeren Politik zu spielen, die auch den Großmächten keine Gelegenheit zum Einschreiten bieten, gelten als uninteressant. Dafür, daß sich ein Volk im eigenen Lande so gut wie möglich einzurichten sucht — für innere Kulturbestrebungen hat man im allgemeinen wenig Verständnis.

Im verfloffenen Jahre gaben aber die Ereignisse auf der nordischen Halbinsel auch der Presse in den Großstaaten Gelegenheit zu spaltenlangen Auseinandersetzungen. Sah es doch aus, als sollte es zum Kriege kommen zwischen Schweden und Norwegen! Ein König wurde abgesetzt. Die Monarchen der Großmächte steckten ihre Köpfe zusammen. Man fabelte sogar davon, ein Hohenzollernprinz sei für den ledigen Thron anzufragen. Aber schließlich wurde ein unbekannter Dänenprinz König von Norwegen.

Allerdings waren diese Ereignisse bedeutend genug, um allenthalben Aufmerksamkeit zu erregen. Eine 90 Jahre alte Verbindung zweier Völker ist plötzlich zerrissen worden. Das war zu Anfang des Jahres 1905 nicht vorauszu sehen, selbst dann nicht, als im Februar die Konsultatsverhandlungen wieder einmal scheiterten.

Strebt doch die Norweger schon seit dem Jahre 1891 allen Ernstes nach einem von Schweden unabhängigen Konsultatswesen, und im Mai des Jahres 1905 wurde im Odelsthing wie im Lagthing einstimmig beschlossen, ohne weitere Verhandlung mit Schweden vom 1. Januar 1906 ab ein eigenes Konsultatswesen zu errichten. Der König verweigerte seine „Sanktion“. Ernstliche Warnungen der norwegischen Staatsräte, ehrliche Worte, wie sie ein König folgen zu hören bekommt, fruchteten nichts. Ihm war gesagt worden: Es ist unmöglich, eine neue Regierung in Norwegen zustande zu bringen; kein Norweger wird die Verantwortung für diesen Entschluß übernehmen. Aber der König stützte sich auf sein Vetorecht, das er in derselben Sache schon in den Jahren 1892 bis 1894 mit Erfolg ausgenutzt hatte. Diesmal kam es aber anders. Am 7. Juni erklärte das Storting einstimmig die Union mit Schweden für aufgelöst, und ebenso einstimmig dekretierte es: „Der König hat aufgehört, als norwegischer König zu fungieren!“ Oskar II. war in Norwegen einfach abgesetzt worden, ohne Abkündigung, weil sein Arbeitgeber ganz und gar nicht mehr mit seinen Leistungen zufrieden war.

Das gab Wasser auf die Mühle der Kriegsparteien Schwedens, die in den zahlreichen Erinnerungen der kriegerischen Vergangenheit ihres Vaterlandes schwelgen und durch Blutberggüssen „die aufrührerischen norwegischen Vasallen“ zur Vernunft bringen wollten. Norwegen hatte sich mit einer 40 Millionen-Anleihe auf einen Krieg vorbereitet, Schweden übertrumpfte es mit 100 Millionen. Aber die Sozialdemokratie beider Länder hatte vorgebeugt. Der Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie im Februar, auf dem auch drei Vertreter der norwegischen Bruderpartei anwesend waren, erkannte unbedingt das Recht des norwegischen Volkes auf volle Selbstständigkeit an und faßte einstimmig einen Beschluß zur Unionsfrage, der mit den denkwürdigen Worten endete:

„Und sollten trotz der entschiedensten und einstimmigen Volksmeinung großschwedische und dynastische Interessen es zu einer gewalttätigen Lösung der unierten Streitfragen zu treiben suchen, so erklären wir uns bereit, gemeinsam mit unserer norwegischen Bruderpartei mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln eine solche Volksverräterei zu verhindern, von welcher Seite sie auch kommen und mit welchem Vorwand sie auch bekleidet sein möge.“

Im Sinne dieses Beschlusses wurde nun eine unermüdliche Friedensagitation entfaltet, und — sonderbar genug — die schwedischen Sozialdemokraten fanden einen Bundesgenossen an dem König, der ja nie in seinem Leben einen Krieg geführt hätte und auch nur in seinem Alter eine entschiedene Abneigung dagegen zeigte. Das wurde ihm von der Kriegspartei arg übel genommen. Man warf ihm mit den „volksverräterischen“ Sozialdemokraten in einen Topf. Selbst Geistliche scheuten sich nicht, bei ihrer kanselrednerischen Kriegspagitation den friedfertigen Mann zu beschimpfen. Sie hatten glücklicherweise nicht den geringsten Erfolg. Ende Juli erklärte sich der schwedische Reichstag einstimmig für friedliche Ausgleichsverhandlungen mit Norwegen. Gleichzeitig wurde die erwähnte Kriegsanleihe von 100 Millionen beschlossen, allerdings gegen die Stimmen der vier Sozialdemokraten und gegen die des inzwischen verstorbenen erbliden Demokraten A. Hedén. Schweden hatte seine Ausgleichsbedingungen formuliert. Die leichteste war die einer norwegischen Volksabstimmung über die Unionsauflösung. Sie wurde ohne weiteres von Norwegen angenommen. Die erste Abstimmung des norwegischen Volkes am 13. August ergab die fast einstimmige Sanktion des Stortingbeschlusses vom 7. Juni. Am schwersten wurde es den Norwegern, ihre Grenzfestungen zu schleifen; selbst Sozialdemokraten agitierten dagegen, und Stortingmann Griften stimmte dieses Punktes wegen mit 15 bürgerlichen Abgeordneten gegen das von Delegierten beider Länder in Karlstad getroffene Übereinkommen!

Die weitere Entwicklung der norwegischen Geschichte ist weniger erfreulich. Monarchisten und ehemalige Republikaner brachten es fertig, dem Lande einen neuen König zu besorgen. Mit großem Eifer hatten unsere Genossen für die Republik und für eine Volksabstimmung über die zukünftige Staatsform agitiert. Als dann aber die Volksabstimmung — die ja leider keine prinzipielle Abstimmung über die Staatsform war — gegen nur ein Fünftel der Stimmen den Beschluß des Storting: mit dem Dänenprinzen über die Annahme der Königskrone zu verhandeln — gutgeheißen hatte, so stimmten sonderbarer Weise auch die Sozialdemokraten im Storting für den neuen König, der den Namen Haakon VII. annahm.

Schließlich beteiligten sich einzelne alibekannte „Sozialdemokraten“ sogar an den Empfangsfeierlichkeiten! Es haben inzwischen unter den Parteigenossen Aussprachen über diese Vorgänge stattgefunden, aber ein bestimmtes Ergebnis liegt bis jetzt nicht vor. —

Die norwegische Arbeiterpartei hat in dem Kampf für die Unionsauflösung die herrschenden Massen, soweit sie auf eine friedliche Durchführung bedacht waren, unbedingt unterstützt. Im übrigen hat sie alle Ursache, der Politik des Bürgertums Mißtrauen entgegenzubringen. Wurde doch im vorigen Jahre eine Erhöhung der Pölle auf die wichtigsten Lebensbedürfnisse, namentlich auf Zucker, beschlossen, eine Erhöhung, die dem Lande 3 125 000 Kronen Mehreinnahme bringen soll. An Nachmitteln, in Zukunft derartigen Beschlüssen kräftig entgegenzuwirken, fehlt es der norwegischen Arbeiterpartei nicht. Hat doch das Storting ungefähr zur selben Zeit auch eine Reform des Wahlrechts beschlossen, wonach die Stortingswahlen in Zukunft direkte sein werden und eine bessere Wahlkreiseinteilung den Arbeitern Gelegenheit geben soll, eine weit größere Zahl von Vertretern ins Parlament zu schicken, dessen Mitgliederzahl von 117 auf 123 erhöht wird. — Auch eine wichtige Erweiterung der Frauenrechte ist beschlossen worden: Seit Anfang des Jahres 1906 sind Frauen ohne Unterschied des Standes und unter denselben Be-

dingungen wie die Männer als Richter in Strafsachen in den Landgerichten, den sogenannten „Lagret“, tätig.

In der inneren Politik stand zunächst der neue Regierungsvorschlag zur Verfassung der Wahlrechtsreform zur Verhandlung. Er wurde von der Zweiten Kammer abgelehnt, und damit war die Reform wieder einmal gescheitert. Der sozialdemokratische Parteitag im Februar hatte davon Abstand genommen, den Massenstreik zur Eringung des allgemeinen Wahlrechts zu beschließen, nachdem eine Abstimmung unter der organisierten Arbeiterpartei wohl eine Mehrheit für die Zweckmäßigkeitserklärung ergeben hatte, aber keine Mehrheit für die Anwendung dieses Mittels auf Beschluß des Parteitags zu einem bestimmten Zeitpunkt und auf unbestimmte Dauer! Im Frühjahr schien es jedoch, als ob es dennoch zu einem Generalstreik der schwedischen Arbeiterpartei kommen sollte, wenigstens aus einem anderen Grunde. Die Regierung brachte anfangs April den Vorschlag zu einem neuen Ausnahmegesetz gegen die Gewerkschaftsbewegung ein, einem Zuchtstrafgesetz, das — wäre es nicht schließlich von der Zweiten Kammer mit der knappen Mehrheit von 112 gegen 110 Stimmen abgelehnt worden — sicherlich einen harten Kampf der Arbeiterpartei heraufbeschworen hätte. Der Unionskonflikt erlöste dann die schwedische Arbeiterpartei von dem Ministerium Voström, das für jenes Attentat auf ihre Rechte verantwortlich war.

Die Kammerwahlen im September brachten der arg verhegten „vaterlandslosen“ Sozialdemokratie eine Verstärkung ihrer Vertretung von 4 auf 14 Abgeordnete.

Das Ministerium Lundberg, das seine Aufgabe: die Vollendung der Unionsauflösung — glücklich vollbracht hatte, mußte dem aus Linksliberalen zusammengesetzten Ministerium Staaf weichen, von dem ein Systemwechsel und eine demokratische Wahlrechtsreform zu erwarten ist.

Die schwedische Justiz hat sich im verfloffenen Jahre wiederum durch verschiedene Klaffenurteile ausgezeichnet, die zur Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiterpartei dienen. Wie es mit der vielgepriesenen Vaterlandsliebe der schwedischen Bourgeoisie bestellt ist, zeigt der Umstand, daß die Metallindustriellen während des Unionskonfliktes 17 000 Arbeiter aussperrten, obwohl doch die politische Situation wahrhaftig nicht dazu angetan war, große innere Kämpfe zu führen. Sie hielten diese Maßregel trotz aller Vermittelungsversuche aufrecht, bis sie nach fast einem halben Jahre an der großartigen Solidarität der Arbeiterpartei elend scheiterte.

Der Ausgang der Unionsfrage führte in Schweden zu dem guten Gedanken, man möge nun im Lande selbst durch um so eifrigere innere Kulturarbeit nachholen, was man nach außen verloren hatte. Dieser Gedanke ist nicht neu in der Geschichte der skandinavischen Völker. Als Schweden im Jahre 1809 Finnland an Rußland verlor, sang ein schwedischer Dichter: „Und in n e r h a l b Schwedens Grenzen erobert euch Finnland wieder!“ Als Dänemark die schleswig-holsteinischen Lande einbüßte, tröstete man sich ebenfalls mit dem Gedanken, das Verlorene durch Kulturarbeit im eigenen Lande wieder auszugleichen. Und das war kein leerer Trost.

In Norwegen begründete man das Streben nach Unionsauflösung mit dem Gedanken, man wolle Arbeitsruhe im Lande haben. Nach Erledigung des äußeren Zwistes hoffte man, auch die wirtschaftliche Krise, die das Land seit der Mitte der neunziger Jahre belastet, leichter zu überwinden. Sicherlich haben die äußeren politischen Mißerfolge den skandinavischen Völkern zum Vorteil gereicht, die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung befördert, besonders indem diese Mißerfolge dazu dienten, die militaristischen Bestrebungen einigermaßen im Zaum zu halten — allerdings nur einigermaßen!

Auch in Dänemark treibt der Militarismus noch sonderbare Blüten, obwohl er im Volke durchaus nicht mehr Wurzel fassen kann. Er war auch eine der Hauptursachen der Ministerkrise, mit der das Jahr 1905 begann. Am Neujahrstage wurde es bekannt, daß der Kriegsminister Madsen um seine Entlassung nachgesucht hatte. Seine Stellung war unhaltbar geworden, namentlich nachdem durch die Enthüllungen der Sozialdemokraten bekannt geworden, daß in der staatlichen Waffenfabrik Maschinengewehre für das kriegführende Rußland angefertigt wurden.

Da reichten dann auch die Minister Christensen, Alberti, Sörensen und Ole Hansen ihr Entlassungsgesuch ein. Aber diese vier blieben schließlich doch die Sieger in dem Kampf, der hinter den Kulissen geführt wurde, und sie verdrängten die mehr linksstehenden Minister Deunger, Jöhule und Hage. Ein Ministerium Christensen trat an die Stelle des Ministeriums Deunger, des ersten Linkenministeriums, und die liberale Reaktion hatte gesiegt, wenn auch Madsens Fall unwiderstlich war. Christensen, der Chef des neuen Ministeriums, übernahm sowohl das Amt des Kriegs- wie das des Marineministers. Er hatte in der Fraktionsführung der Linken erklärt, er habe „kein großes Vertrauen zu einer wesentlichen Herabsetzung der Militärtausgaben“. Er wurde durch unsere Genossen gezwungen, diese Erklärung im Folkething öffentlich zu wiederholen. Damit war der tatsächlich schon lange vollzogene Bruch der Regierungspartei mit ihrem Prinzip: „Herabsetzung der Militärausgaben“ formell bestätigt. Damit war auch die Reaktion in der alten Linkenpartei allzu offenbar geworden; die Partei wurde geprenzt, 15 ihrer Folkethingmänner verließen sie und bildeten unter dem Namen „Folkething-Links“ eine neue radikale Fraktion, der auch der frühere Ministerpräsident Deunger beitrug. In der Staatsdebatte des Folkthings äußerte der Wortführer der Sozialdemokratie, Genosse Klause, seine Bemütigung über diese Entwicklung der Verhältnisse. Wohl bedauerte, so sagte er, das neue Ministerium in parlamentarischer wie in demokratischer Hinsicht einen Rückschritt; aber die neue Situation bringe mehr Licht, mehr Luft und Macht in die dänische Politik.

Der Militarismus der neuen Regierung zeigte sich bald in der berüchtigten „Anmerkung“ zum Militärretal, die dem Minister das Recht gab, Gelder, die er auf einem Spezialkonto ersparte, auf ein anderes zu übertragen, wodurch natürlich die Regierung in militärischer Hinsicht eine größere Unabhängigkeit vom Reichstage erlangte. Der nächste parlamentarische „Sieg“ der Regierung war die Durchführung des berühmten Prügelgesetzes, durch das für gewisse Verbrechen zur Schande Dänemarks die Prügelstrafe wieder eingeführt wurde.

Die verfloffene Reichstagsession hat jedoch auch einige gute Gesetze gebracht, und zwar ein Gesetz zum Schutze der Kinder, zwei Gesetze zur Bekämpfung der Tuberkulose und ein Unfallversicherungsgesetz für die Seeleute. Diese Gesetze sind wesentlich der Initiative und unermüdlichen Agitation der Sozialdemokratie zu danken, ebenso wie die geplante Neueinteilung der Folkething-Wahlkreise, die nun, wie es scheint, zur Tatsache werden soll.

Bei den Kommunalwahlen in Kopenhagen, Ende März, siegten die Sozialdemokraten und Radikalen mit 21 500 gegen 18 000 Stimmen und behaupteten damit glänzend die im Jahre 1898 mit 14 000 Stimmen gewonnene Mehrheit in der Gemeindevertretung.

Auf der Insel Rügen fand im Juni eine Ergänzungswahl zum Folkething statt. Die Stimmen der Regierungspartei gingen hier von 1100 auf 135 zurück! Gewählt wurde zwar ein Moderater, aber ihm zunächst kam in diesem rein ländlichen Wahlkreise der Sozialdemokrat mit 600 Stimmen, obgleich es das erste Mal war, daß unsere Genossen hier einen eigenen Kandidaten aufgestellt hatten. Die Regierungspartei hat danach nur noch 58 Mandate im Folkething, nur eins über die Hälfte der Abgeordneten, wogegen sie noch vor drei Jahren über 78 Stimmen verfügte.

Die neue radikale Partei hat sich auf ihrem Kongress in Odense ein entschiedenes demokratisches Programm gegeben, das sich in manchen Punkten auch in sozialer Hinsicht dem der Sozialdemokratie nähert.

Der Fortschritt der Sozialdemokratie trat besonders stark in der Ausbreitung ihrer Presse hervor. „Sozialdemokraten“ Abonnentenzahl wurde innerhalb acht Wochen von 42 000 auf 47 000 gebracht, und die Provinzpresse hat ebenfalls stark an Ausbreitung gewonnen. In den Hunderten von Verfassungen, die zum 1. Mai und am 5. Juni, dem Verfassungstage, abgehalten wurden, zeigte sich ebenfalls das gewaltige Wachstum der Partei.

Im allgemeinen können unsere dänischen Parteigenossen mit großer Hoffnung in die nächste Zukunft blicken. Ihr Einfluß auf das Volk, auf die Gesetzgebung des Landes und auf die Verwaltung der Gemeinden wächst beständig und zusehends, und die politischen, sozialen wie die wirtschaftlichen Bedingungen sind äußerst günstig für die sozialdemokratische Agitation. Einmütigkeit herrscht zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung. Welche Macht die Gewerkschaften selbst entfalten, das zeigte sich in dem großen, langen Lohnkampfe der dänischen Weber wie in den Kämpfen verschiedener anderer Arbeitergruppen.

Ueberhaupt ist die Arbeiterchaft ganz Skandinaviens nicht gewöhnt, vor dem Unternehmertum nach kurzem Kampfe zu streiken zu kriechen, und das System der obligatorischen Extrabehalte bei großen Lohnkämpfen, das in den Gewerkschaftszentralen Dänemarks sowohl wie Norwegens und Schwedens durchgeführt ist, dazu die Unterstützung, die sich die Arbeiterchaft der drei Länder bei solch großen Kämpfen wie der Massenauflösung in der schwedischen Metallindustrie gegenseitig leisten, machen es möglich, dem Unternehmertum einen äußerst zähen Widerstand zu leisten. Auch die Metallindustriellen Norwegens pflanzten im März vorigen Jahres eine allgemeine Aussperrung, die sich auf 10 000 Arbeiter erstreckt haben würde. Sie wollten ein unbeschränktes Akkordsystem durchführen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter über die Akkordlöhne einfach ausschalten. Sie bekamen sich jedoch noch rechtzeitig und gingen auf einen Vertrag mit den Arbeiterorganisationen ein. Wäre es zum Kampfe gekommen, so hätte sicherlich die schwedische Arbeiterchaft, unbeflügelt durch den Unionsstreik und gemeinsam mit der dänischen, die Arbeiterchaft Norwegens nach besten Kräften unterstützt, wie die Norweger und Dänen später das Jahr dazu bestritten, die 17 000 Ausgesperrten in Schweden fast ein halbes Jahr lang vor der äußersten Not zu bewahren, bis deren Ausbeuter den Kampf aufgeben mußten.

Auch in Schweden und in Norwegen herrscht Einmütigkeit zwischen Gewerkschaften und Partei. In Dänemark besteht eine Art Personalunion zwischen den beiden Hauptparteien der Arbeiterbewegung, indem Vertreter der Zentralleitung der vereinigten Gewerkschaften an den Sitzungen des Parteivorstandes teilnehmen und umgekehrt Vertreter des Parteivorstandes an den Sitzungen der obersten Gewerkschaftsleitung. In jenen beiden Ländern bilden aber die Ortsabteilungen der Gewerkschaften den Grundstock der Parteiorganisation. Früher war es auch in Dänemark so. In Schweden sowohl wie in Norwegen hat man sich schon mit der Frage befaßt, ob es nicht zweckmäßiger sei, die Partei aus rein politischen Vereinen aufzubauen; diese Strömung hat jedoch bis jetzt noch keinen maßgebenden Einfluß gewonnen. Sollte später eine solche Neugestaltung der Parteiorganisation beschlossen werden, so würde dies selbstverständlich nichts an der Tatsache ändern, daß die Gewerkschaftsmitglieder in ihrer großen Masse Sozialdemokraten sind, wie das ja auch in Dänemark der Fall ist. Die in Skandinavien so oft hervortretenden Gelüste des Unternehmertums, die Macht der Gewerkschaften durch Zwangsgelehe zu brechen, sowie die immer wiederkehrenden Perioden fürchterlicher Arbeitslosigkeit haben die Arbeiterchaft gelehrt, daß sie Schutz in ihren Lohnkämpfen und die endliche Erlösung aus der Lohnrechtschaffenheit nur mit Hilfe einer starken politischen Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, erreichen kann.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ein christlich-katholischer Streikbrecherverein in Berlin.

In Berlin hat seit einiger Zeit ein „Verband der katholischen Arbeitervereine“ seinen „Sitz“. Das heißt: Eine handvoll gläubig-katholischer Arbeiter verschiedener Berufsgruppen sind von Berliner katholischen Geistlichen zu einem Organisationsgremium zusammengeschlossen worden in der Absicht, nach rheinländischem Muster auch in Berlin den Grundstock zu einer konfessionellen „Gewerkschaft“ zu legen. Eins sollte man nun von den Leitern und Mitgliedern der katholischen Arbeitervereine in Berlin ganz besonders erwarten dürfen, nämlich daß sie Arbeiterkollektive ihren Verursachern gegenüber üben, wenn sich diese im wirtschaftlichen Kampfe gegen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit dem Unternehmertum befinden. Dies müßten die „Katholischen“ schon aus dem Grunde tun, weil sie die gegenwärtigen Berliner Lohnverhältnisse lediglich der Tätigkeit, den Kämpfen und den Opfern der in Berlin dominierenden freien Gewerkschaften verdanken! Das Gros der Berliner Arbeiter hat längst begriffen, daß gegen ein Unternehmertum mit einheitlichen Unternehmerinteressen, ganz gleichgültig welcher Konfession es ist, auch nur eine einheitliche Arbeiterbewegung,

auf dem Boden des Klassenkampfes stehend, vorzuziehen sein könne. Daher auch der Ausschluß ganzer Scharen katholischer oder evangelischer gelauster und erzogener Arbeiter: an die freien Gewerkschaften. Hinzu kommt, daß in den freien Gewerkschaften noch niemals ein Arbeiter nach seinem Glaubensbekenntnis gefragt worden ist oder ihm Vorschriften hinsichtlich seiner religiösen Betätigung gemacht worden sind. In den freien Gewerkschaften kam im Gegenzug zu den konfessionellen eben jeder nach seiner Fassung selbst zu werden. Von ihm wird nur verlangt, daß er die Klasseninteressen des Proletariats nicht verlegt. Aus diesen Gründen müßte sich also die künstliche Züchtung „konfessioneller Gewerkschaften“ schon ganz von selbst verbieten. Wird sie aber dennoch betrieben, so muß doch zum mindesten verlangt werden, daß solche „Gewerkschaften“ auch Arbeiter- und nicht Unternehmerinteressen vertreten.

Anderer jedoch der „Verband katholischer Arbeitervereine“. Seine gesamte Mitgliedschaft zählt in Berlin nur noch wenigen Hunderten. Sein Einfluß in bezug auf Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist gleich Null; die einzige Tätigkeit der „Katholischen“ als Arbeiter beschränkt sich lediglich darauf, die Vorteile mit einzuheimen, die von den freien Gewerkschaften für die Berliner Arbeiterchaft erkämpft wurden, für deren Durchführung sie selbst jedoch nie einen Finger gerührt haben. Jetzt aber wollen sie auch „tätig“ sein. Ihre passive Rolle gefällt ihnen nicht länger; sie wollen „Einfluß“ gewinnen. Und da handeln sie nach dem alten jesuitischen Grundsatze: Der Zweck heiligt die Mittel! Ihr Streben geht dahin, in Berlin festeren Fuß zu fassen und der Welt zu zeigen, daß auch in der sozialdemokratisch verfeindeten Reichshauptstadt trotz alledem genügend Dumme für eine sklerale Arbeiter-Vetgarde vorhanden sind. Zu diesem edlen Zweck bemühen sie sich, ihre in den verschiedenen Fabriken einsam wohnenden Schäfchen in einzelnen Betrieben zu konzentrieren, diese Betriebe vollständig mit ihren Mitgliedern zu besetzen.

Den ersten Anlauf hierzu haben sie gegenwärtig in dem Betriebe des Treppengeländer-Fabrikanten Joseph Drechsler gemacht. Genannter Fabrikant hatte den vor einem Jahre für die ganze Treppengeländerbranche mit dem Holzarbeiterverbande abgeschlossenen Tarifvertrag auch für seinen Betrieb als bindend anerkannt. Er suchte jedoch stets auf Umwegen die tarifmäßigen Löhne zu drücken. So beschäftigte er auch vor Weihnachten wieder einen Zwischenmeister zu niedrigeren Löhnen. Es kam zu Verhandlungen; der Fabrikant gab auch nach, entließ aber bald darauf mehrfach Vertrauensleute des Holzarbeiterverbandes, weil er in ihnen die Leute vermutete, die ihm in seinen Lohnrückerpraktiken ein wenig auf die Finger sahen. Für die Entlassenen stellte er dann neue Kräfte ein, die ihm vom katholischen Arbeitsnachweis vermittelt worden waren.

Wegen der Maßregelungen kam es zum Streik. Herr Drechsler suchte wieder um Verhandlungen nach und erklärte u. a. schriftlich, der Forderung der Ausständigen entsprechend, sieben Arbeiter, die nicht mitgestreikt hatten, zu entlassen. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen; Herr Drechsler entließ die Arbeitswilligen jedoch nicht alle. Es gab abermals Verhandlungen mit neuen Versprechungen. Bevor sie jedoch eingeleist wurden, entließ der Fabrikant vor Neujahr sämtliche Arbeiter, die dem Holzarbeiter-Verbande angehörten. Es war also eine regelrechte Aussperrung. Natürlich drehten die Holzarbeiter den Spieß um und verhängten nun ihrerseits die Sperre über den Betrieb.

Jetzt schien den „Katholischen“ der Zeitpunkt gekommen, den Betrieb mit ihren Leuten zu besetzen, um so die erste „katholische Werkstatt“ zu schaffen. Sie verfahren dabei auf folgende Weise: Da auf ihrem Arbeitsnachweis nicht so viel Holzarbeiter waren, wie Herr Drechsler gebrauchte, annanzierten sie nach unorganisierten (!) katholischen Tischlern usw. Wer sich meldete, mußte sodann feierlich seinen Eintritt in den katholischen Gesellenverein erklären, erst dann wurde er zur Firma Drechsler als Arbeitswilliger geschickt. Verweigerte jemand seinen Beitritt, so bekam er keine Arbeit nachgewiesen. Die Notlage der Arbeitsuchenden wurde also strupplos ausgenutzt, um sie zu katholischen Vereinsmitgliedern zu pressen! Und dabei wissen jene Vereinsmacher nicht genug über den „Terrorismus“ der sozialdemokratischen Gewerkschaftler zu zeteren, wenn diese in durchaus legaler Weise unter katholischen Arbeitern für den Holzarbeiterverband agitieren. Ja, sie drohen in ihrem „Korrespondenzblatt“ sogar mit dem Staatsanwalt, wenn ihre Arbeitswilligen bei der Firma von anderen Arbeitern vielleicht schief angesehen werden sollten!

Als die Zahl der auf solche Art beschafften Arbeitswilligen aber noch nicht ausreichte, hat die Leitung des katholischen Gesellenvereins schließlich noch Mitglieder aus anderen Betrieben an der Arbeit genommen und sie an die Firma Drechsler vermittelt. Alles, damit der Betrieb nur „rein katholisch“ werde. So sind denn etwa 40 Arbeitswillige zusammengebracht worden. Vorläufig kann sich die Firma damit zwar behelfen. Das dicke Ende dürfte aber kommen, wenn die Saison wieder beginnt. Dann werden in dem Betriebe bis über hundert Arbeiter beschäftigt, und Herr Drechsler wird schließlich seinem Schöpfer danken müssen, wenn er dann überhaupt Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes bekommt. Doch selbst wenn sich genügend katholische Gesellenvereiner für ihn zusammenfinden sollten, so dürften auch diese bald die Erfahrung machen, daß es Herrn Drechsler als gläubigen Katholiken weit weniger um die Beschäftigung seiner Glaubensgenossen, als vielmehr um deren Ausnutzung zu möglichst niedrigen Löhnen zu tun ist. Dann aber dürften sich auch manche von ihnen schämen, daß sie sich in gläubiger Torheit von ihren Vereinsleitern zur Verrichtung verächtlicher Streikbrecherdienste haben mißbrauchen lassen.

Mit der Angelegenheit beschäftigte sich am Mittwoch im Feuerstein-Saal eine stark besuchte Versammlung der dem Holzarbeiterverbande angehörigen Treppengeländer-Arbeiter. Der hierzu schriftlich eingeladenen Vorstand des katholischen Gesellenvereins hatte es jedoch vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben. Eine Resolution, in der das Verhalten der „Katholischen“ auf das schärfste verurteilt wurde, gelangte einstimmig zur Annahme.

Eine Lohnbewegung der Gold- und Silberarbeiter? Die in der Gold- und Silberindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend waren Mittwochsabend zahlreich im „Tresdenner Garten“ versammelt, um zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse Stellung zu nehmen. Wie der Referent ausführte haben statistische Erhebungen über die wirtschaftliche Lage, die als Grundlage zu einer Lohnbewegung dienen sollen, zum ersten Male in dieser Industrie stattgefunden und sind jetzt abgeschlossen. Diese Aufnahmen haben ergeben, daß die Lohnverhältnisse in Berlin im allgemeinen tiefer zu nennen sind. Die Arbeiter haben einen durchschnittlichen Verdienst von 1150 M. pro Jahr, während die Arbeiterinnen nur einen solchen von rund 740 M. erzielen, und das bei einer blühenden Industrie, die für die Arbeiter so außerordentlich lukrativ ist. Vor den etwas über 700 in Berlin in Frage kommenden Arbeitern haben einzelne — wie es in solcher Industrie nicht anders zu erwarten ist — einen Jahresverdienst von rund 1900 M., das sind eben Ausnahmen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt meist 9½ und 9 Stunden; in einzelnen Betrieben darunter. Ueberstunden werden, namentlich zur Saison, in außerordentlich großer Zahl geleistet; gezahlt wird dafür in den meisten Fällen ein Lohnzuschlag von 25 bis 30 Proz. In Berlin sind gegen 300 Goldarbeiter organisiert und dem „Deutschen Metallarbeiter-Verband“ angeschlossen. Obgleich man sich die großen Schwierigkeiten, die bei einer ev. Lohnbewegung zu überwinden sein werden — so z. B. der Indifferentismus der besser bezahlten Arbeiter, ferner die Interesslosigkeit mancher Vertrauensleute in den Werksbetrieben — nicht verhehle, soll doch daran festgehalten werden, eine solche in die Wege zu leiten. Günstig sei es, daß man mit nur wenig Seimarbeitern zu rechnen habe. Der Referent hebt noch besonders hervor, daß die Konjunktur in den letzten Jahren in der Gold- und Silberwaren-Industrie eine ganz außerordentliche gewesen sei und es darum schon den Arbeitgebern um so leichter werden würde, die Forderungen der Gehältern zu bewilligen. In Süddeutschland seien bereits Lohnbewegungen leicht und mit vollem Erfolge zur Durchführung gelangt. — Die Anwesenden verpflichteten sich, für die Stärkung der Organisation einzutreten, um dann mit Erfolge eine Lohnbewegung durchführen zu können. Weitere Versammlungen werden in Kürze einberufen werden.

Wächter, Kalkreger und Helfer. Die Differenzen bei Zeitschiff, Oberländebrücke, Weisenstraße 28, sind beigelegt. Der Tarif ist anerkannt worden. — Die Sperre ist hiermit aufgehoben. Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Deutsches Reich.

Deutscher Holzarbeiterverband, Gau 4 (Bezirk Berlin).

Die Gaukonferenz des 4. Gaus findet am Sonntag, den 25. und Montag, den 26. Februar, vormittags 10 Uhr, in Frankfurt a. L., Restaurant Colorado statt.

Der Gauvorstand bringt folgende Tagesordnung in Vorschlag:

1. Bericht über die Tätigkeit des Gauvorstandes.
2. Kasienbericht.
3. Die Taktik bei Streiks und Lohnbewegungen.
4. Wie wird die Agitation am erfolgreichsten betrieben?
5. Ist es angebracht, in unserer Organisation die Krankenunterstützung einzuführen?
6. Anträge für den Gaukongress.
7. Anträge für den Verbandstag.

Die Anträge müssen bis spätestens am 5. Februar in den Händen des Gauvorstandes sein, später einlaufende können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Anträge werden den Zahlstellen zugefandt, damit sie vor dem Gaukongress in den Mitgliederversammlungen diskutiert werden können.

Der Gauvorstand empfiehlt auch diesmal wieder das Reglement beizubehalten, nach welchem die Wahl der Delegierten für die früheren Gaukongresse erfolgt ist. Danach muß jede Zahlstelle auf der Konferenz vertreten sein. Die Zahlstellen entfallen bei einer Mitgliederzahl bis 200 einen Delegierten, bei 200 bis 500 Mitgliedern zwei Delegierte, bei 500 bis 1000 Mitgliedern drei Delegierte und auf jedes weitere 1000 Mitglieder einen weiteren Delegierten.

Die Wahl der Delegierten muß in den Mitgliederversammlungen vorgenommen werden. Die Namen der Delegierten sind sofort nach der Wahl mit Angabe des Berufes und der Adresse an den Gauvorstand einzufenden.

Im Auftrage des Gauvorstandes:

Franz Stufche, Berlin, Engel-Ufer 15.

Herr Oberbürgermeister Dr. Bender in Breslau hat auch dem Korrespondent für Deutschlands „Luchdrucker“ eine umfangreiche „Berichtigung“ zugehen lassen. Dieselbe „Berichtigung“ aufzunehmen hatte er zuerst uns zugemutet. Da sie Beleidigungen gegen die entlassenen Arbeiter enthielt, zu deren Weiterbreitung wir uns nicht hergeben wollten, lehnten wir die Aufnahme derselben ab.

Befeldigung von Arbeitswilligen hatte in Breslau die Arbeiterin Hoffmann auf die Anklagebank geführt. Als in einer dortigen Kartonnagenfabrik ein Streik ausgedroht war, hatten verschiedene Arbeiterinnen sich zwar die Streikunterstützung vom Fabrikarbeiterverbande ausbezahlen lassen, waren dann aber wieder zur Arbeit zurückgekehrt. Eine von diesen, die Arbeiterin Klose, war von der Hoffmann Streikbrecherin genannt worden. Diese Sünde muß sie nun mit 10 Mark büßen.

Ausland.

Die passive Resistenz der österreichischen Südbahnarbeiter ist rasch beendet. Nach einer halbtägigen Depesche haben dieselben beschlossen, die Arbeit ungeschmälert wieder aufzunehmen. Ob ihr Vorgehen Erfolg hatte oder nicht, sagt das offiziöse Bureau nicht.

Aussperrung der Holzbildhauer in Paris.

Die Pariser Bildhauer haben eine Lohnbewegung begonnen, um durch partielles Vorgehen in einer Reihe von Werkstätten nacheinander die Stillarbeit durch Stundenlöschung zu erzielen und dadurch eine allgemeine Bewegung zwecks Reduzierung der Arbeitszeit auf 8 Stunden vorzubereiten. Das energische Vorgehen der Gehilfen brachte die Arbeitgeber in Wut und sie antworteten mit der Aussperrung. Am letzten Sonnabend waren nach einem Bericht an den Sekretär der Internationalen Union der Holzarbeiter die Bildhauer bereits in 42 Werkstätten ausgesperrt, während die Tischler und Stuhlboauer vorläufig noch weiter arbeiten. Ansehensbedürftigen die Arbeitgeber einen vernichtenden Schlag gegen die Organisation der Gehilfen zu führen, doch haben letztere guten Grund zu der Annahme, daß es ihnen gelingen wird, in diesem Kampfe die Solidarität ihrer Ausbeuter zu sprengen. — Zugunach Paris ist streng fernzuhalten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Duma-Wahlen.

Letz, 25. Januar. (Von einem Privatkorrespondenten.) Heute drangen hier sozialistische Wanden in drei Wahlbüros ein und vernichteten alle darin befindlichen Akten und Manuskripte. Um derartige Vorfälle künftighin zu vermeiden, sind die Wahlbüros unter militärischer Schutz gestellt worden.

Reichstag.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Posadowsky.

Zunächst wird die Einsetzung des Privatklagenverfahrens gegen den Abg. Segien (Soz.) (wegen Beleidigung) ohne Debatte beschlossen.

Sodann werden die Gesetzentwürfe betreffend die Statistik des Warenverkehrs und die Bestimmung der Einfuhrschäufeln im Zollverfahren in dritter Lesung beraten.

Abg. Ofel (Z.) stellt eine Anfrage in Bezug auf die Statistik von Kunstgegenständen auf Ausstellungen: Aus dem Entwurf geht nicht klar hervor, ob alle Kunstgegenstände oder nur die zollfreien von den statistischen Gebühren befreit werden sollen.

Unterschiedssekretär Wermuth: In Bezug auf die Anmeldungen von Kunstgegenständen bleibt es bei den Bestimmungen des Zolltarifs. Wenn Kunstgegenstände nach Schluß der Ausstellungen nicht in das Heimatland zurückgehen, sondern in den freien Verkehr eintreten, unterliegen sie den allgemeinen Bestimmungen.

Abg. Ofel (Z.) hält es für einen Mißstand, daß wegen der wenigen Bilder, die im Inlande bleiben, sämtliche übrigen unter scharfer Kontrolle bleiben müssen, ob sie auch wieder aus dem Lande hinausgehen. Hier soll man doch von vornherein von allen Bildern die statistischen Gebühren erheben.

Unterschiedssekretär Wermuth: Die Ueberwachung geschieht nicht wegen der statistischen Gebühren, sondern wegen des Zolls.

Abg. Ofel (Z.) bleibt bei seiner Ansicht, da seine praktischen Erfahrungen dafür sprechen.

Hiermit schließt die Debatte. Die Gesetzentwürfe werden in dritter Lesung angenommen.

Hierauf wird die erste Beratung des Entwurfs einer Maß- und Gewichtsordnung fortgesetzt.

Abg. Dr. Fürwiesler (Nat.): Zu begrüßen ist das Bestreben, zum ersten Male auf diesem Gebiete ein einheitliches deutsches Recht zu schaffen. Doch ist es sehr zu bedauern, daß die Eichung den Gemeinden vom Staate genommen werden solle. Als Grund wird angegeben, daß die Kontrolle spärlicher sein müsse als bisher. Aber das hätte sich auch auf andere Weise erreichen lassen. Durchschlagend war für die Regierung offenbar nicht dieser verwaltungstechnische Grund, sondern der finanzielle. (Sehr richtig! links.) In und für sich würde eine Eichung der Rollenförderwagen durch das Gesetz vorgeschrieben sein. Eine derartige Eichung nach dem Rauminhalt wäre aber technisch ganz unbefriedigend. Deshalb muß hier eine Ausnahme ausdrücklich festgelegt werden. Dem Abg. Stolle muß ich entschieden befehlen, daß die Tariffabrikanten das Garn absichtlich zum Nachteil der Arbeiter falsch bemessen. In den von ihm erwähnten Criminalverfahren Fabriken wird ganz genau automatisch gemessen. Im Interesse des Kleinverkehres müssen die 1/2- und 1/4-Pfundgewichte unbedingt beibehalten und nicht der starren Konsequenz in der Durchführung des beschriebenen Systems geopfert werden. Wir stimmen im übrigen der Ueberweisung des Gesetzentwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern zu. (Bravo! bei den Rationalliberalen.)

Abg. Werten (fr. Sp.) stimmt dem Gesetzentwurf im allgemeinen zu und ist vor allem damit zufrieden, daß die Nachprüfung fünfjährig periodisch zwangsweise vorgenommen werden soll. Er fährt weiter aus: Einige kleinere Wünsche von uns betreffen die Aufnahme einheitlicher Abkürzungen für die Maß- und Gewichtsbezeichnungen in das Gesetz und die Regelung der in den Apotheken anzuwendenden Maße und Gewichte. Sehr bedauerlich ist das Fortbestehen eines bayerischen Reservatrechts auch auf diesem Gebiete. Die schwersten Bedenken ruft der § 16 hervor, der den Gemeinden das Eichrecht nimmt. Es soll dieses ja scheinbar unbedeutende Stück der Selbstverwaltung leichtlich beseitigt werden. Es entspricht das ja ganz dem Geiste der Zeit. Einen solchen Entwurf könnte man dem preußischen Landtage zumuten, der soeben die Selbstverwaltung der Gemeinde in der Schulverwaltung eng beschränken will. Aber man sollte dem Reichstage nicht zumuten, einen solchen Entwurf anzunehmen, der in der Bevölkerung große Verwirrung und Beforgnis hervorgerufen hat. (Sehr wahr! links.) Auch die finanziellen Folgen für die Gemeinden werden recht erhebliche sein. Nun lagte ja der Herr Staatssekretär, es werde eine Entschädigung der Kommunen durch die Einzelstaaten in Erwägung gezogen. Das wäre ja immerhin etwas, aber wir hoffen, daß man noch dazu kommt, den Städten die volle Selbstverwaltung der Eichungsämter zu überlassen. Will man etwa behaupten, daß die Eichung durch staatliche Institutionen sorgfältiger erfolgen werde, als durch Gemeindebeamten? (Wehrmat v. Jonguieres nicht zustimmend.) Ja werde ja abwarten, wie man diese Anschauung in der Kommission begründen will. Die Kontrolle über die Handhabung des Gesetzes hat ja der Staat auch jetzt. Wir werden daher im Interesse der in Frage kommenden Gemeinden und im Interesse des Publikums dem § 16 nicht zustimmen. Wir hoffen, daß an diesen Bestimmungen das Gesetz nicht scheitert, sondern daß es in der Kommission gelingt, unsere Bedenken zu beseitigen. (Bravo! links.)

Abg. Bachnise (fr. Sp.): Das Gesetz bringt zweifellos Vorteile, indem für die Gewichte eine gewisse Freizügigkeit innerhals des Reiches gewährt wird. Gegen die Bemerkungen wird sich kaum etwas einwenden lassen, nachdem der Vorschlag „Neuzentner“ statt „Doppelzentner“ von der Regierung selbst fallen gelassen ist. Wenn auch für die kommunalen Eichämter es in Zukunft unmöglich sein wird, Ueberschüsse zu erzielen, wird von finanziellen Gesichtspunkten aus kaum noch etwas gegen die Verstaatlichung einzuwenden sein. Es gibt aber auch noch andere Bedenken gegen eine Verstaatlichung. Man denke zum Beispiel an die Schwierigkeit, wenn Verlässler erst weit über Land transportiert werden müssen, um staatlich geeicht zu werden. Zum mindesten müßte die Regierung Garantien geben, daß genügend Eichämter geschaffen werden. Ferner sollten wohl auch die Viehwagen, die in der Landwirtschaft gebraucht werden, revidiert werden. Die Fleischer klagen über große Unregelmäßigkeit. (Beifall links.)

Abg. Ofel (Z.): Zu die Vorlage ist der Wunsch der bairischen Eichgesetzgebung aufgenommen worden. Aber ich fürchte, der bairische Geist (Reiterfeld.) ist nicht darin. Auch fürchte ich, es besteht keine Sicherheit dafür, daß der Geist des Grafen Posadowsky noch 50 Jahre über der Ausübung des Gesetzes schweben wird. Die Kommission wird also noch Garantien in das Gesetz hineinbringen müssen. Freilich werden aber die Fraktionen bald ausfinden dürfen, welches Mitglied in mehr als drei Kommissionen geschäftig werden muß. (Reiterfeld.) daß die Förderwagen im Vergleich nicht geeicht werden sollen, ist sehr bedauerlich. Ich hoffe, daß in dem Gesetz Vorzüge getroffen wird, daß die Waagemesser nicht der Eichung unterstellt werden.

Abg. Raab (Antif.): Die Befehung des Hauses zeigt, daß für die Beratung der Vorlage nicht alle 307 Abgeordnete nötig sind, daß diese vielmehr in der Kommission fortgesetzt werden kann. Ich begrüße die Vorlage und freue mich, daß zahlreiche frühere Anregungen der Kommission berücksichtigt sind.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Ich bitte Sie zu berücksichtigen, daß ein dringendes Verfassungsbedürfnis die zwangsweise Nachrechnung für ganz Deutschland erforderlich macht, nicht etwa Finanzgründe. Unzweifelhaft entstehen durch die Nachrechnung den Einzelstaaten ganz erhebliche finanzielle Lasten, während auf der anderen Seite die einzelnen Gemeinden aus der ersten Eichung recht erhebliche Ueberschüsse haben. Ich glaube, es ist eine logische Folgerung der Finanzverhältnisse der Einzelstaaten, wenn sie fordern, daß die Gemeinden diese Einnahmen aus der ersten Eichung, die ihnen nicht zugebilligt waren, künftighin den Organen zukommen lassen, welche die ungeheuer

großen Kosten des zweiten Verfahrens zu tragen haben. Die Kommission der vorigen Tagung hat ja auch ausdrücklich den Grundtat anerkannt, daß die Gebühren nur die Selbstkosten decken sollen. Steht dieser Grundsatz fest, so muß er auch überall durchgeführt werden. Ueber diese Finanzfragen müssen wir hinwegkommen, wenn das Gesetz zustande kommen soll. Ich bitte Sie deshalb, der durchaus gerechten Auffassung der Einzelstaaten Rechnung zu tragen. Eine andere Frage ist meines Erachtens, ob man gewisse Uebergangsbestimmungen treffen kann. (Beifall.)

Abg. Stolle (Soz.): In erster Forderung, daß zum Schutze der Bergarbeiter die Förderwagen geeicht werden müssen, weil sonst die Vergleute nicht wissen, bis wieviel sie die Gefäße mit Kohlen füllen müssen, damit ihnen die Arbeit nicht geneut wird, hat der Graf Posadowsky entgegengehalten, daß die Vergleute gegen das ungerächte Rollen schon durch den § 8 des preußischen Vergesetzes geschützt wären. Aber leider ist die Fassung dieses Paragraphen durch das preußische Dreiklassenparlament so verschlechtert worden, daß er keinen genügenden Schutz der Vergleute mehr bringt. Es wäre also unantwortlich von uns, wenn wir nicht hier im Reichstage die Gelegenheit benutzen würden, durch Förderung der Eichung jener Gefäße die Arbeiter gegen das Rollen zu schützen. Ich wundere mich, daß die Regierung, deren gute Absichten vom preußischen Dreiklassenparlament vereitelt worden sind, nicht mit uns in dem Punkte übereinstimmen, durch Reichsgesetzgebung nach Möglichkeit die Mängel der preußischen Vergesetzgebung wieder gut zu machen. Ich bin erfreut, daß Graf Posadowsky, dessen gute Absichten, den Arbeitern zu helfen, ich ohne weiteres annehme, gegen die Eichung der Förderwagen Einwände erhoben hat, die nicht richtig sind. Er meinte namentlich, daß der Betrieb dadurch gestört wäre, aber ich glaube nicht, daß der Betrieb dadurch auch nur eine Stunde gestört würde. — Auch für das Textilgewerbe müssen wir verlangen, daß die Maße, nach denen die Arbeitsleistung der Arbeiter bemessen und bezahlt wird, geeicht werden. Ans ist entgegengehalten worden, daß schon von selbst neue Meschinchen für die Arbeitsleistung eingeführt seien. Tatsächlich sind aber diese Meschinchen lange nicht in allen Betrieben eingeführt. — Was die ganze Vorlage anlangt, so freuen auch wir uns, daß jetzt eine Einheitlichkeit der Maß- und Gewichtsordnung für das Reich eingeführt wird. Auch wir bedauern es aber, daß den Gemeinden das Eichungsrecht entzogen werden soll. Die Gründe, welche die Regierung dafür anführt, daß nämlich sonst dem Staate die hohen Kosten der Nachrechnung, einzelnen Gemeinden aber große Einnahmen aus anderen Teilen des Eichungswesens zufließen sollen, erscheinen mir nicht stichhaltig, denn wenn der gute Wille vorhanden wäre, so würden sich diese Kosten schon durch irgend welche Maßnahmen gleichmäßig verteilen lassen, ohne daß die Gemeinden ihr bisheriges Recht verlieren. Zum Schluß muß ich sagen, daß die von uns verlangten Verbesserungen des Gesetzes, namentlich seine Ausdehnung auf die Förderwagen, nicht noch von der Kommission in das Gesetz hineingenommen werden, so wird es unserer Partei unmöglich sein, für das Gesetz zu stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hug (Z.) tritt dafür ein, daß die kommunalen Eichungsämter bestehen bleiben und stimmt der Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern zu.

Abg. Hoffmeister (fr. Sp.) spricht sich gleichfalls gegen die Verstaatlichung der Eichungsämter aus. Die Gemeinden haben bewiesen, daß sie die geeigneten Träger der Verwaltung dieser Ämter sind.

Abg. Daxhöf (Z.): Ich muß besonders die Bestimmung der Vorlage bekämpfen, daß den Kommunen nur widerwillig das Eichrecht belassen bleiben soll, wo sie es ausgeübt haben. Ferner halte ich mit den Sozialdemokraten eine Eichung der Fördergefäße in Bergwerksbetrieben für nötig.

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie. Nach der Vorlage soll der Schutz der Werke der bildenden Kunst 50 Jahre nach dem Tode des Urhebers, an einem Werke der Photographie 15 Jahre nach dem Tode des Urhebers aufhören. Bildnisse sollen nur mit Einwilligung des Abgebildeten verbreitet oder öffentlich zur Schau gestellt werden dürfen.

Abg. Dahlem (Z.): Die Vorlage ist im ganzen und großen als eine Erfüllung der Wünsche der betreffenden Kreise anzusehen. Zu bedauern ist, daß auch das Verlagsrecht nicht gleichzeitig neu geregelt wird. Aber es sind ein Teil der Sachverständigen allerdings der Ansicht, daß man erst einmal die Wirkungen des vorliegenden Gesetzes abwarten muß.

Abg. Dies (Soz.): Auch wir bedauern, daß das Verlagsrecht nicht gleich mitgeregelt ist. Die meisten Künstler verlangen es, Verträge mit den Verlegern, die das Reproduktionsrecht übernehmen, abzuschließen. Teils aus Mangel an Geschäftskennntnis, teils aus Not und teils aus Mangel an einer ordentlichen Berufsorganisation. Es gibt zwar solche Organisationen, aber diese sehen die Hauptaufgabe der Vereinigung im Abhalten von Festen und nicht in der Wahrung der materiellen Interessen der Künstler. Und die Masse läuft mit Ämurrn und Wurrn dem Leichnam in den Vereinen nach. Dabei könnten die Künstler etwas lernen aus dem bereits bestehenden Verlagsrecht. Die meisten Bestimmungen dieses Verlagsrechts sind auch anwendbar auf das Verlagsrecht der bildenden Künste. Und wenn jenes Verlagsrecht an Werken der Literatur auch nur wenige zwingende Bestimmungen enthält, so doch einige, die immerhin einen ganz guten Fortschritt für die Schriftsteller bedeuten. Ich erinnere an den langwierigen Streit zwischen dem Akademischen Schupvereine und dem Vortierverein, der über die Väterpreise entstand. Der Vortierverein ging gegen den Schupverein vor, der Väter direkt an Studenten verlor und trieb die Sache bis zum Reichsgericht. Dies entschied, die Autoren hätten nach § 26 des Verlagsgesetzes recht. So können auch die Künstler durch Verträge sich ihr Recht wahren, wenn sie günstige Verträge abschließen. Was von berühmten Künstlern leicht erreicht wird, wird Anfangern nicht so leicht werden. Nicht jeder kann es machen wie der verlorbene Professor Renzel. Dieser hatte auch einen Verleger, der seine Sachen photographisch reproduzierte. Dieser Verleger soll angeblich sehr unregelmäßig, teilweise gar nicht abgerechnet haben. Professor Renzel ging zu ihm und sagte: „Ich möchte meine Steine sehen, ich will Korrekturen machen.“ Als dann die Steine vorgelegt wurden, zerrimmerte sie Renzel. Der Verleger soll ein recht verdichtes Gesicht gemacht haben. Er hat aber nicht Klage erhoben, jedenfalls weil er ein schlechtes Gewissen hatte.

Der Entwurf ist im großen und ganzen eine recht tüchtige Arbeit, die man anerkennen kann. Er bringt sehr viele Fortschritte. Bedenken bestehen vielleicht gegen die §§ 2, 4, 11, 15 und 22. Nach dem Wortlaut des § 2 gehören in das Gesetz auch gewerbliche Erzeugnisse, soweit sie künstlerische Zwecke verfolgen. Die hätten also ein doppeltes Recht, den Patentschutz, der 15 Jahre währt, und das Urheberrecht bis 50 Jahre nach dem Tode des Künstlers. Nehmen wir an, ein solches Erzeugnis ist durch Patentschutz geschützt, dieser erlischt und jemand glaubt, daß er es nun nachbilden kann. Das würde strafbar sein, wenn das Erzeugnis zugleich den Urheberrecht hat. Ich meine, man sollte nur einen Schutz, entweder den Urheber- oder den Patentschutz für dasselbe Erzeugnis zulassen. Originale in der Skulptur werden bei uns nur sehr selten gekauft. Sie verkaufen meist später den Kunsthandlaren und Kunstkollektionen. Das ist lächerliche Summen für die Originale gezahlt werden, liegt zum Teil daran, daß unferen reichen und bemittelten Ständen das rechte Empfinden für den Wert dieser Werke fehlt. Das Werk hat aber noch einen anderen Wert, der in der Reproduktion liegt. Diese Reproduktionen sind spielend leicht zu verkaufen. Die Künstler verkaufen sie oft ohne sich vollkommen darüber klar zu sein, welche Rechte sie preisgeben. Es müßte deshalb aus-

drücklich bestimmt werden, daß vorzunehmende Nachbildungen in ihrer Art stets von der Zustimmung des Künstlers abhängig sind. Heute sind meistens alle Arten der Reproduktion auf einmal gegeben, das ist doch nicht zu billigen. Man kann diesen Zustand umfomehiger für gut halten, als Kupferstiche, Radierungen und Holzschnitte unter Umständen den größten Wert haben. Sie können galvanisch reproduziert werden, und die so hergestellten Kupferplatten stehen dann dem Original an Wert nicht nach. Nicht recht verständlich erscheinen die Bestimmungen, die sich auf die Zeitschriften beziehen. Soll bei diesen in der Tat das Urheberrecht nur ein Jahr dauern? Der Wunsch, daß Abbildungen von Fassaden usw. mindestens einen zweijährigen Schutz genießen, erscheint mir nicht unbedeutend. Man kann auch zugeben, daß gerade auf dem Gebiete der Baukunst ein großer Kunstbau mit fremden Ideen getrieben wird. Trotzdem erscheinen die Forderungen der Architekten, die soweit gehen, daß sie verlangen, daß ihre Rechte ins Grundbuch eingetragen werden, nicht zweckmäßig. Das wird ihnen nichts nützen. Ein 15jähriger Schutz für Photographien scheint angemessen. Mit der Beratung der Vorlage in einer Kommission von 21 Mitgliedern sind wir einverstanden.

Abg. Dr. Müller-Reinigen (fr. Sp.): Der Entwurf hat vollen Erfolg bei dem Bestreben erzielt, das Urheberrecht mit den Anforderungen einer guten Volkskunst zu vereinigen. Nur scheint mir eine genaue Präzisierung des Paragraphen notwendig, wie weit das Recht auf freie — der Einwilligung des Abgebildeten nicht bedürftige — Abbildung geht. Besonders erfreulich sind die in den beiden Kernpunkten der Vorlage erzielten Fortschritte. Im erweiterten Schutz der Bauwerke sind wir endlich dem Auslande nachgekommen. In der Tat läßt sich die Baukunst von der Bildhauerkunst gar nicht trennen. Auch die Gleichstellung der angewandten mit der reinen Kunst hätte längst durchzuführen werden müssen. Ich begrüße das Gesetz als einen Ansporn zu weiteren Fortschritten in der deutschen Kunst und Kultur. (Beifall links.)

Abg. Lattmann (Antif.): Das vorliegende Gesetz wird vor allem mit großer Genugtuung begrüßt werden von den Architekten. Die Baukunst war bisher fast schuflos. Der Schutz für die Werke der Photographie ist auf 15 Jahre nach dem ersten Erscheinen festgesetzt. Es wird in der Kommission zu prüfen sein, ob der Abstand dieses Schutzes von dem für Werke der bildenden Kunst, der erst 50 Jahre nach dem Tode des Urhebers endigt, nicht zu groß ist.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Das geistige Eigentum ist ein moderner Begriff und es war nicht leicht, den Schutz des geistigen Eigentums, soweit ihn der Künstler verlangen kann, zu gewähren und andererseits ihn nicht soweit auszudehnen, daß dadurch nicht eine Art zwangsmäßiger Zwang entstand und die Wirkungen von künstlerischen Reproduktionen auf unser Kulturleben zu sehr beschränkt wurden. Man sollte nicht weiter gehen als die Vorlagen und namentlich auf dem Gebiete der Architektur nur die Nachbildung wirklich künstlerischer Schöpfungen verbieten. — An dem Paragraphen, der für amtliche Zwecke die Nachbildung ohne Erlaubnis verlangt, bitte ich nichts zu ändern. Wir alle wissen, welch wichtiges Mittel für die Strafschutz die Photographie ist. Die Frage des Rechts am eigenen Bilde ist in der Vorlage in durchaus liberalem Sinne geregelt worden.

Abg. Dr. Lucas (nat.): Die Berliner Konvention regelt nur die internationale Befehung für Werke der bildenden Kunst, nicht aber für gewerbliche Erzeugnisse. Wenn wir jetzt die gewerblichen Erzeugnisse einbezogen, so bedeutet das für die internationale Rechtsprechung eine gewisse Gefahr. Wir müssen danach trachten, diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Besonders für das graphische Gewerbe müssen Uebergangsbestimmungen geschaffen werden. Endlich will ich noch betonen, daß sich auch eine Regelung des Verlagsrechts nicht ad ocalendas graecias vertragen läßt. (Beifall bei den Rationalliberalen.)

Abg. Henning (L.) begrüßt die Vorlage im Interesse der Baukunst.

Abg. Dove (fr. Sp.): Auch ich erkenne an, daß die Vorlage Brauchbar ist. Der § 23, der von den Rechten am eigenen Bilde handelt, gehört eigentlich nicht in das Gesetz, denn kein Mensch ist der Urheber seines eigenen Neuherrn. (Reiterfeld.) Es mag ja gut sein, daß man nicht jeden Menschen als Boris darstellen darf. Wenn aber der Reichskanzler in einer Karikatur als Boris dargestellt wird (Reiterfeld), so soll man das zulassen. Möge das Gesetz den guten Richterstand finden, den es gebraucht, damit wird es sich als Segen erweisen. (Beifall.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr. (Novelle zur Gewerbeordnung, Gesetzentwurf betreffend Abänderung mehrerer Reichstagswahlkreise, Gesetz über Unterstützungswohnst. Häufelgesetz.

Schluß 7/8 Uhr.

Herrenhaus.

6. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Januar 1906, nachmittags 1 Uhr.

Am Ministertisch: Fürst Bülow, Beseler, Bethmann-Hollweg.

Das Haus erledigt zunächst einige Denkschriften durch Kenntnisnahme.

Es folgt die Interpellation Graf Find zu Findenstein und Genossen betreffend Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: Erhebt es der Staatsregierung möglich, die vaterlandsfeindlichen Unternehmungen der Sozialdemokratie mit den Mitteln der bestehenden Gesetzgebung erfolgreich zu bekämpfen?"

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort: Graf Kaulenburg-Prassen: Wir erkennen an, daß in der letzten Zeit eine Änderung in der Haltung eingetreten ist, die die Staatsregierung seit dem verfallenen Ableben des Sozialistengesetzes gegenüber der Sozialdemokratie einnahm. Der Dank für diesen Umschwung gebührt in erster Linie dem Fürsten Bülow. Trotzdem heilten wir es für nötig, diese Interpellation einzubringen. Immer dreister erhebt die Linkspartei ihre Haupt, sie schaut sich nicht, die Hilfe des Auslandes gegen das eigene Vaterland in Anspruch zu nehmen, sie feiert die Nordiaten der russischen Revolution und stellt sie als nachahmenswerte Beispiele hin. Staatsbürgerliche Pflichten sind das Korrelat staatsbürgerlicher Rechte. Indem die Sozialdemokratie die Pflichten leugnet, erklärt sie sich selbst der Rechte verlustig. Die Regierung weiß, daß sie beim Kampfe gegen die Sozialdemokratie an dem Herrenhaus einen treuen und nie verfallenden Bundesgenossen hat. Wir haben ausdrücklich in der Interpellation „Unternehmungen“ statt „Bestrebungen“ gesagt. Der letzte Sonntag ist ja ruhig verlaufen dank der trefflichen und wahreremögenden Maßregeln der Behörden und auch dank der Vorfahrt der sozialdemokratischen Führer, die eine sehr begründete Abneigung gegen Antiverrauch haben. (Sehr gut!) Aber dieser Sonntag hat auch wieder die fast unumschränkte Macht der Führer über die Massen gezeigt. — Wir wollen von der Regierung nur wissen, ob sie glaubt, mit den bestehenden Nachmitteln auszukommen. Kann sie damit auskommen — um so besser! Leider können die Erfolge, die man mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie auf dem Boden der bestehenden Gesetzgebung erzielt hat, uns nicht gerade optimistisch stimmen. Das Bild, das — um mich jägereimäßig auszudrücken — die antisozialdemokratischen Vereinigungen zur Strecke gebracht haben, ist sehr gering. Gewiß soll die Regierung zunächst mit aller Rücksichtslosigkeit die bestehenden Gesetze anzuwenden; erachtet sie aber Änderung der Gesetzgebung für geboten, so wisse sie, daß sie das Herrenhaus auf ihrer Seite hat, sowie alle, die Gott lieben und ihren König ehren. (Beifall.)

Ministerpräsident Fürst Bülow:

Niemand kann die Gefahren, die von der Sozialdemokratie drohen, enger bewerten, als ich. Immer und immer wieder habe ich die bürgerlichen Parteien, habe ich das Land auf die Gefahren hingewiesen. Damit erachte ich natürlich meine Pflicht für nicht erschöpft. Selbstredend wenden wir die gesellschaftlichen Befugnisse, die wir besitzen, mit rücksichtsloser Energie an. Das haben wir am vorigen Sonntag bewiesen. Der Tyrann der Gasse beugen wir uns nicht. Wir lassen uns nichts abtrotzen. Für Vöbelgeister ist in Preußen kein Raum. (Beifall.) In Verantwortung der Frage der Interpellation habe ich zu erklären: Zunächst erachtet die Staatsregierung die vorhandenen Nachmittage noch für ausreichend. (Beifall und Widerspruch.) Den Zeitpunkt zu bestimmen, wann an die gesetzgebenden Körperschaften mit dem Verlangen, die Gesetzgebung zu ändern, heranzutreten werden muß, das muß der verantwortlichen Staatsregierung überlassen werden. (Beifall und Widerspruch.) Ich möchte auch an dieser Stelle die bürgerlichen Parteien ermahnen, den inneren Föder zu unterlassen und alle Kräfte gegen den gemeinsamen Feind zu richten. (Beifall.) Niemand hätte der Uebermut der Sozialdemokratie diese Höhe erreicht, wenn nicht bürgerliche Parteien mit ihr losgerissen, ihre Hülse angefügt und sogar Wahlbündnisse mit ihr abgeschlossen hätten. Solche Wahlbündnisse, meine Herren, kann ich nur als tief bedauerliche Verzerrungen bezeichnen. (Lebhafter Beifall.) Ich kann nur immer und immer wieder an die bürgerlichen Parteien, an die bürgerliche Presse die Ermahnung zur Einigkeit richten. Sie werden mich immer am Plage finden, wo es gilt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Die Regierung wird diesen Kampf nicht nur dadurch führen, daß sie rücksichtslos die bestehenden Gesetze anwendet; sie wird vielmehr als das beste Kampfmittel betrachten, alles zu tun, um den Zwist zwischen den bürgerlichen Parteien zu beseitigen, die bürgerlichen Parteien zum festen Zusammenstehen mit einander und mit der Regierung gegen die Sozialdemokratie zu veranlassen. (Lebhafter Beifall.) Ich schließe mit dem Dichterwort: Seid einig, einig! einig! (Lebhafter Beifall.)

Eine Besprechung der Interpellation findet nicht statt. Das Haus erledigt einige weitere Denkschriften durch Kenntnisnahme, worauf es sich bis März vertagt. Schluß nach 2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Budgetkommission des Reichstags verhandelte gestern über die Kamerunbahn, die von Duala, an der Mündung des Kamerunflusses gelegen, nach den Kanengubbergen geführt werden soll. Erbauerin und Eigentümerin der Bahn soll die Kamerun-Eisenbahngesellschaft werden, die vom Reich die Zinsgarantie für 11 von den 17 Millionen Mark der veranschlagten Baukosten fordert. Die vorläufige Länge der Trasse soll 160 Kilometer betragen. Den Verhandlungen mocht als Regierungskommissar Geheimrat Lenz bei, der Chef der Firma Lenz u. Cie., die mehrfach Kolonialbahnbauten ausgeführt hat. Abg. Prinz v. Krenberg stimmt der Vorlage zu; für Bahnbauten durch das Reich und in dessen eigener Regie ausgeführt, habe er keine Sympathie. Wenn auch das Privatkapital bei solchen Unternehmungen Geld verdienen, sei das nicht bedauerlich, sondern ermutige das heimische Kapital zu Kolonialunternehmungen. Ähnlich sprach sich Abg. Dr. Paasche aus, während der Abg. Lattmann gegen die Konzessionsbahnen ist. Welch ein Widerspruch befinde darin, jetzt wieder eine solche Bahn zu genehmigen, wo zu gleicher Zeit eine Kommission zusammentrete zur Untersuchung der kolonialen Landesgesellschaften. Abg. Müller-Gulda kann sich mit dem System, das bei der Kamerunbahn wieder praktiziert werden soll, auch nicht einverstanden erklären; denn die Erfahrungen, die das Reich mit den Gesellschaften gemacht habe, sollten doch zur Warnung dienen. Deutschland habe bis jetzt nach drei verschiedenen Systemen Kolonialbahnen gebaut: 1. Bau durch das Reich. Das war sehr unglücklich und fündhaft teuer; 2. zwar Bau durch das Reich, das aber die Bauausführung der Firma Lenz für eine bestimmte Summe übertragen habe. Da sei das glücklichere System; 3. die Konzessionsbahnen mit Übernahme der Zinsgarantie durch das Reich und Übertragung von Landkonzessionen an die Eisenbahn-Gesellschaften. Auch das sei ein unglückliches System. Trotzdem ist Redner geneigt, es für die Kamerunbahn (die eine Konzessionsbahn ist) zu stimmen. Geheimrat Dr. Seig tritt für die Vorlage ein. Jede grundsätzliche Aenderung würde den Bau um mindestens Jahresfrist verzögern. Für das vorliegende Projekt seien alle Vorarbeiten von dem alten Kamerunfondus und der Firma Lenz gemacht worden. Geheimrat Helfferich erklärt, das Privatkapital arbeite viel billiger bei dergleichen Unternehmungen als das Reich. Was die schon im Plenum viel debattierte Abschlagssumme von 300 000 M. an das alte Kamerunfondus anbelange, so zahle Geheimrat Lenz sie aus seinem Unternehmergewinn, der etwa 1,4 Millionen Mark betragen werde. Die 300 000 M. seien nicht in die Baukosten eingeschrieben, sie stellen auch nur eine Entschädigung für die vom alten Fondus geleisteten Vorarbeiten dar, die den projektierten Bahnbau zugute kommen. Geheimrat Lenz erklärte: in die Kaufsumme sind 150 000 M. eingerechnet und zwar: 30 000 M., die er selbst für eine Unternehmungserpedition ausgegeben habe, weiter 120 000 M., die das alte Fondus für den gleichen Zweck verausgabte. Diese 150 000 M. sind also nur Erlös für gemachte Aufwendungen. Was die Finanzierung des Projekts anlangt, so sei zu beachten, daß feinerzeit die Banken sich ablehnend verhalten haben mit dem Hinweis auf den damals tobenden russisch-japanischen Krieg und in Rücksicht auf das geringe Vertrauen in unsere Kolonien beim großen Publikum. Daß dem alten Fondus, das schon die Bahnkonzession besah, eine billige Entschädigung gegeben werde, sei selbstverständlich. Abg. Dr. Semler ist zwar theoretisch für ein bestimmtes Prinzip bei Bahnbauten, aber in diesem Falle sei die Frage so zu stellen: Wie kommen wir am billigsten und schnellsten in Kamerun zu einer Bahn, die das Hinterland aufschließen — wenn auch nicht gleich bis zum Tschadsee? Die Vorlage schlage diesen Weg ein, denn die Bahneigentümer haben im Interesse der Rentabilität alle Ursache, die Bahn ins Hinterland fortzuführen. Weiter verlangt Redner, daß am Ausgangspunkt der Bahn die Regierung sofort genügend Land expropriere. (Speziell die Halbinsel Soger) um der privaten Terrainspekulation vorzubeugen. „Soger“ werden dort sehr bald große Ansiedlungen entstehen. Abg. Erzberger verlangt: Das Reich behält die Bahn, überträgt aber die Bauausführung einer Firma; der Bau in Reichsbahngestaltung, wie die Bahnlinie Sogoromund—Windbus bewiesen habe, die auf rund 5 Millionen veranschlagt war, tatsächlich aber 15 Millionen erfordert! Um aber kein Verzögerung eintreten zu lassen, wolle auch er der Vorlage zustimmen, er wünsche aber, daß das Reich nicht erst nach 30, sondern schon nach 20 Jahren die Bahn zurückkaufen könne für 150 Proc. des Anlagenskapitals. Direkt unverständlich seien ihm die Entschädigungssummen. Das alte Fondus habe gar nichts geleistet; soll aber mit 300 000 M. in der Form von Ueberweisung von Vorkaufskapital in diesem Betrage entschädigt werden. Wenn ich es mit den angebotenen Vorarbeiten, für die 120 000 M. vergütet werden sollen; auch da sei nichts von irgend einer Leistung zu entdecken. Weiter verlangt Redner Auskunft, ob es Wahrheit ist, daß ein Beamter der Kolonialverwaltung Mitglied des Konjunktionsbundes ist, das den Bau der Bahn betreibt. Fragwürdig sei auch das Ausschreiben des Reichsanzlers. Ein früher mit der Aufsicht betrauter Beamter sei nach Jahreslang mit diesem Recht ausgestattet gewesen, obgleich der Mann aus dem Reichsdienste ausgeschieden war. Kolonialdirektor Prinz Hohenlohe sagt zu, nähere Forschungen anstellen zu wollen. Abg. Lebour erfährt, daß die Sozialdemokraten die Vorlage ablehnen. Die Spekulationen sollen ihre Bahn aus eigener Kraft bauen. Wenn das Reich Gelder anlegen wolle zu produktiven Zwecken, werde im Inland Gelegenheit genug geboten. Außerdem habe der Bahnbau zur Folge, daß der Eingeborenen wiederum Land und

Rechte abgenommen werden. Nach Herrn Geheimrat Lenz haben deutsche Banken die Finanzierung der Bahn feinerzeit mit dem Hinweis auf den Krieg in Ostasien abgelehnt. Der Krieg ist aber jetzt beendet, bildet demnach kein Hindernis mehr für die Finanzierung der Bahn durch die Banken. Warum hat man nicht abermals diesen Weg eingeschlagen? Die Herzöge von Schleswig-Holstein und Uffelt haben auf ihren Anteil an der Provisionssumme von 300 000 M. verzichtet. Wer steht nun das G. H. ein? Vielleicht Herr Lenz? (Geheimrat Lenz verneint das.) Dann vielleicht die anderen Interessenten? (Geheimrat Lenz vernimmt auch diese Frage.) Hier müsse Klarheit geschaffen werden. — Vom Zentrum, den Nationalliberalen und Konservativen liegt ein Antrag vor, die Provisionssumme im Betrage von 300 000 M. zu streichen. — Freitag: Fortsetzung der Beratung.

Die Finanzreformkommission erlebte in ihrer gestrigen Sitzung die ganze Brauereivorlage in erster Lesung. Der Reichsdirektor gab vor Eintritt in die Beratung die Erklärung ab, daß er die Druckslegung des so dringlich angefordert und absiegt abföhlig beurteilten künftigen Materials angeordnet habe, um es den Mitgliedern der Kommission zu unterbreiten. Er schloß daran die Bitte, soweit es geeignet sei, Geschäftsgeheimnisse der in Frage kommenden Gewerbetreibenden zu enthalten. Diskret zu behandeln, unter keinen Umständen aber Namen Gewerbetreibender in der Presse zu veröffentlichen.

Sodann begann die Debatte über das in § 1 der Vorlage vorgeschlagene Surrogatverbot für die Bereitung untergäriger Biere, wozu in Zukunft nur Gerstenmalz, Hopfen, Hefe und Wasser verwendet werden sollen. Für die Herstellung obergäriger Biere soll die Verwendung von anderem Malz und technisch reinem Zuder aller Art (Stärke, Trauben- usw. Zuder) auch fernerhin zulässig sein. Da einer der Regierungskommissare bezüglich des Begriffes „technisch reinem Zuder“ erklärte, daß dieser dem Weingeist von 1802 entnommen sei und daher bei eventuellen Rechtsstreitigkeiten der Richter darauf zurückgreifen gezwungen sei, wurde vom Genossen Südekum entschieden befürwortet, in dieses Gesetz eine genauere und bestimmte Definition dieses Begriffes hineinzubringen. Dementsprechend stellte Speck den Antrag, an Stelle der Worte „technisch reinen Zuder aller Art“ folgende zu setzen: „Kohle-, Rüben-, Invertzuder, sowie technisch reinen Stärkezuder und aus Zuder hergestellten Zärbemitteln“.

Dr. Müller-Sagan erklärte sich im Prinzip gegen die Zulässigkeit der Verwendung von Surrogaten auch zu obergärigen Biere, namentlich mit Rücksicht auf die als „Krautbier“ usw. bezeichneten Getränke, die Wittern und Aumen empfohlen werden, die aber an Stelle von Stoffen, die als Nährmittel anzusehen sind, wertlose Surrogate enthalten. Im übrigen ist er aber praktischen Gründen nicht für ein absolutes Surrogatverbot für obergärige Biere. Dementsprechend erklärte Genosse Südekum, daß die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder absolute Gegner der Surrogate auch für obergärige Biere sind und deshalb gegen den § 1 der Vorlage stimmen würden. Nach Annahme des Antrags Speck wurde der § 1 mit allen gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Eine längere staatsrechtliche Debatte entspann sich alsdann bei dem § 3o Ziffer 2 betreffend Wegfall des § 4 des bestehenden Brauereigesetzes der norddeutschen Brauereigemeinschaft. Speck brachte zur Sprache, daß die Beschlüsse des Bundesrats über die Höhe der Uebergangsabgabe bei Einführung der süddeutschen, namentlich bayerischen Biere in die Brauereigemeinschaft mit Ausschluß der Bundesratsmitglieder der süddeutschen Staaten Bayern, Baden und Württemberg zustande gekommen seien. Das sei aber verfassungswidrig und es sei eine wichtige Aufgabe des Reichstages, diesen verfassungswidrigen Zustand zu beseitigen. Er stellte den Antrag, das Maximum dieser Uebergangsabgabe auf 2 M. festzusetzen und macht seine Zustimmung zu der ganzen Brauereivorlage von der Annahme dieses Antrags abhängig. Nachdem nach einer sehr langen Debatte der Schatzsekretär erklärte, daß der Bundesrat genau nach der Verfassung seine Beschlüsse fassen werde, Speck aber entgegen dem Vorschlage des Vorsitzenden, den Antrag bis zur zweiten Lesung zurückziehen, dabei verharret, wird darüber abgestimmt. Dagegen stimmen nur die Nationalliberalen. In Ziffer 3 des § 3o wird ein Antrag des Reichsparteilers Volkman angenommen, der die Rückzahlung der Steuer bei verordnetem Bräu vorsteht. Die übrigen Paragraphen wurden ohne besondere Aenderungen angenommen.

Damit ist die Brauereivorlage, die nach der Vorlage einen Ertrag von 50 325 000 M. bis zum Jahre 1907, bis 1913 schon 82 155 000 M. ergeben sollte, nach Annahme des Staffelantrags des Zentrums aber nur 24—25 Millionen bringt, vorläufig fertiggestellt. In die zweite Beratung soll erst eingetreten werden, wenn sämtliche übrigen Vorträge gleichfalls die erste Lesung passiert haben.

Wahlprüfungs-Kommission. Der Waise v. Hohenberg ist im hannoverschen Wahlkreis Celle-Gifhorn-Verne in der Stadtwahl mit 12 008 gegen 11 947 für den Nationalliberalen abgegebenen Stimmen gewählt worden. Ein Wahlprotest moniert einige Verstöße bei der Wahl, die zu Beweiserhebungen führen würden, wenn das Endresultat die Ungültigkeitserklärung nach sich ziehen mühte. Da dies Resultat nach den vorgenommenen Berechnungen doch nicht erzielt würde, beschloß die Kommission, die Wahl für gültig zu erklären. — Darauf schritt die Kommission zur Prüfung der Wahl des Abg. Wiltberger (Elsaf-Rotbringer), der mit 13 382 Stimmen gegen 12 935 für den Prinzen Hohenlohe abgegebenen in der Stadtwahl gewählt worden ist. Zunächst entspann sich eine lebhafte Debatte darüber, daß in diesem Wahlkreis (Hagenau-Weißenburg) eine zügellose Agitation der katholischen Geistlichen von der Kanzel und im Wahlkreis für Wiltberger betrieben worden sei. Der Referent, Abg. v. Derken (L.), wendet sich gegen die von einem Wahlprotest in vielen Punkten behauptete Agitation, die den Wählern einen schmerzlichen Gewissenszwang auferlegt habe. Der Korreferent, Abg. Kalkhof (R.), plädiert dagegen für völlige Freigabe der geistlichen Agitation, während Abg. Fischer-Berlin (Soz.) die Protestangaben für sehr erheblich hält und diese geistliche Agitation als eine unzulässige bezeichnet. Die Fortführung der Debatte, die einen prinzipiellen Charakter angenommen hat, wird durch Zurückstellung dieser Wahl vertagt.

Dann wird der Bericht für die Wahl Eichhoffs (Wahlkreis Mühlhausen-Langensalza) festgestellt und weiter in die Prüfung der Wahl des Abg. Hagemann (natl.), Wahlkreis Erfurt-Schleusingen, eingetreten. Hagemann kam in die Stadtwahl mit 6687 Stimmen gegen 15 280 sozialdemokratische; die Konservativen hatten 5424, der Antisemit 4313, das Zentrum 1163 Stimmen erhalten. In der Stadtwahl siegte Hagemann mit 17 153 gegen Schulz (Soz.) mit 17 063 Stimmen. Ein gegen die Wahl gerichteter Protest rügte mehrere gefehlte Verstöße, von denen jedoch eine Reihe von der Kommission für unerheblich erachtet wurde, einige jedoch müssen unbedingt berücksichtigt und untersucht werden: Mehrfach fehlte der Hüllerraum, oder er wurde nicht benutzt. Uniformierte Gemeindefürer verbreiteten Stimmzettel für Hagemann, oder es lagen solche in Wahllokalen aus. Lehrer benutzten Schulkinder zur Verteilung von Stimmzetteln und Flugblättern für Hagemann usw. — Verstöße, die zur Aufhebung der Wahlacte und damit zur Aufhebung der Wahl führen mühten. Die Referenten werden in nächster Sitzung eine genaue Berechnung des Endresultates unter Berücksichtigung der Vorcommissionen aussprechen; deshalb wird die Beschlussfassung bis dahin ausgesetzt.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses beriet am Donnerstag den Etat des Ministeriums des Innern. Von nationalliberaler Seite wurde die Frage aufgestellt, wie es mit der vom Hause empfohlenen Aufhebung der Arreststrafe für Unterbeamte stehe und weiter eine einheitliche Kodifikation des preussischen Beamtenrechts angeregt. Der Minister erklärt, daß ein Gesetz betreffend die Aufhebung der Arreststrafen in Vorbereitung sei. Die Schwierigkeit liege in dem Zusammenwirken der verschiedenen Ressorts und in der Frage, ob für militärisch

organisierte Beamtenkategorien die Arreststrafe entbehrlich sei. Wegen die Ausführungen eines konservativen Mitgliedes, der für die Aufhebung der Arreststrafe eintrat, wurde von freisinniger Seite Widerspruch erhoben und auf die Unzulässigkeiten des gegenwärtigen Zustandes hingewiesen.

Eine längere Auseinandersetzung rief die Frage hervor, wie es mit der geplanten Neuregelung der Gemeinde-Verhältnisse der Berliner Vororte stehe. Der Minister erklärt, daß er nicht die Absicht habe, eine Eingemeindung der Vororte von Berlin in größerem Maßstab herbeizuführen. Die Bildung selbständiger Gemeinden rings um Berlin sei weiter zu verfolgen. Doch müssen bei den Anträgen der Gemeinden auf Stadterwerb die gesamten Verhältnisse des Kreises mit berücksichtigt werden. Es sei nicht gerechtfertigt, daß größere Gemeinden ohne jede Rücksicht auf die Verhältnisse des Kreises ausstüben. Zwischen Wilmerdorf und dem Kreise Feltow sei ein Vertrag über die Auseinandersetzung perfekt geworden, der die Grundlage für weitere Maßnahmen bilden werde. Im festzustellen, wie weit ein praktisches Bedürfnis zu gesetzgeberischem Vorgehen vorliege, habe er den Oberbürgermeister von Berlin erfuht, im einzelnen die Verhältnisse hervorzuheben, welche nach Ansicht von Berlin in den gegenwärtigen Umständen begründet seien und Vorschläge zur Beseitigung der Mängel zu machen. Gleichzeitig habe er den Oberpräsidenten von Brandenburg erfuht, das gleiche vom Standpunkt der Vororte zu tun. Die Bildung von Zweckerbänden nach dem praktischen Bedürfnis sei zu empfehlen. Bei dem gegenwärtig vorhandenen gespannten Verhältnis zwischen Berlin und den Vororten sei aber wenig Aussicht, daß Zweckerbände in größerem Umfang gebildet werden. Von nationalliberaler und freisinniger Seite wurde die Forderung geltend gemacht, die Bildung städtischer Vorortgemeinden von Verwaltungs wegen keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Auf die Anfrage eines konservativen Mitgliedes nach dem Stand der Vorarbeiten zu einem Automobilgesetz, wobei auf das Verhalten des Berliner Rechtsanwalts Abrahamson hingewiesen wurde, teilte der Minister mit, daß das Reich die Automobilgesetzgebung in die Hand genommen habe; das Gesetz liege zurzeit dem Bundesrat vor. — Bei den Landratsämtern wurde eine weitere Erhöhung der Dienstaufwendungs-Entscheidung und insbesondere der Zulufosten-Entscheidung der Landräte verlangt. Der Minister bedauerte, daß es nicht möglich gewesen sei, eine höhere Summe in den Etat einzusetzen, als gezehe; er halte den Wunsch für gerechtfertigt.

Am Nachmittag setzte die Kommission die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern bei dem Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin und Umgegend“ fort. Der Berichterstatter v. Pappenheim regt eine Revision des Polizeioffiziers-Gesetzes an mit Rücksicht auf das fortgeschrittene Anwachsen der polizeilichen Aufgaben in den großen Städten, besonders in Berlin. Von freisinniger Seite wurde die mögliche Uebertragung von polizeilichen Verwaltungszweigen an die städtische Verwaltung gefordert. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß mit Berlin Vereinbarungen betreffend die weitere Uebertragung von Polizeibefugnissen nicht zustande gekommen seien, weil die Stadt sich weigert, gewisse Bedingungen zu übernehmen. Von konservativer Seite wurde auf möglichste Einheitlichkeit der Polizeiverwaltung Gewicht gelegt. Auf die Anregung einer Verbesserung der älteren Polizeigeräte und der Abteilungsdirigenten wurde erwidert, daß die Frage im Ministerium wiederholt erörtert sei, daß aber in der besonderen Stellung der Polizeigeräte Schwierigkeiten lägen, die einer anderweitigen Regelung der Verhältnisse entgegenstünden. Bei der Polizeiverwaltung in den Provinzen wurden Wünsche verschiedener Beamtenkategorien, wie Polizeikommissare, Distriktskommissare in der Provinz Posen, zur Sprache gebracht. Ein Entgegenkommen von Seiten der Verwaltung wurde aber nicht in Aussicht gestellt. Mit dem Bau von Dienstwohnungen für Distriktskommissare soll fortgefahren werden. Bei dem Kapitel „Gendarmerie“ wurde von verschiedenen Seiten auf die Bedeutung der Einrichtung für die gesamte Landesverwaltung hingewiesen und Aufbesserung der Bezüge, besonders durch Stellenzulagen, gefordert. Von freisinniger Seite wurde hervorgehoben, daß das System der Stellenzulagen Unzulässigkeiten im Gefolge habe und Unzufriedenheit hervorrufe. Es würde sich als notwendig erweisen, mit Gehaltsänderungen vorzugehen. Ob die Gendarmerschulen sich in der gewöhnlichen Weise behielten, erscheine zweifelhaft. Der Minister trat für das System von Stellenzulagen ein. Der Wohnungsfrage wurde besondere Aufmerksamkeit zugewendet. Ueber die Gendarmerschulen könne ein abschließendes Urteil nach nicht abgegeben werden.

Ueber die Erfahrungen mit dem Fürsorge-Erziehungsgesetz wurde kurz verhandelt. Von freisinniger Seite wurde hervorgehoben, daß die Erwartungen, die auf das Gesetz feinerzeit gesetzt seien, sich bisher wenig erfüllt hätten. Ergänzende Maßnahmen auf anderen Gebieten, wie eine Reform des Armenwesens für Kinder, seien erforderlich, um der zunehmenden Verwahrlosung entgegenzuwirken. — Beim Kapitel „Strafanstalten“ wurde über Beschäftigung von Gefangenen, namentlich für landwirtschaftliche Arbeiten, gesprochen und die Besserstellung der Anstaltsleiter und der Anstaltsärzte befürwortet. — Der Etat wurde unterändert bewilligt.

Morgen, Freitag, wird der Etat des Handelsministeriums und die Wohnungsgeldzufuhr-Vorlage beraten. —

Die Schulkommission des Abgeordnetenhauses setzte am Donnerstag ihre Beratungen bei dem von freikonservativer Seite gestellten Antrage fort, einen § 10o einzufügen, in dem verlangt wird, daß zur Unterstützung von Schulverbänden mit weniger als 25 Schulstellen, welche zur Aufbringung der Volksschulzulagen unermöglicht sind, jährlich 10 Millionen Mark durch den Etat bereit gestellt werden. Die Verteilung erfolgt zunächst von den Ministern des Kultus und der Finanzen auf die Provinzen, dann die Unterverteilung auf die Kreise durch die Oberpräsidenten mit Zustimmung des Provinzialrates. Von nationalliberaler Seite wird der Antrag dahin ergänzt, daß für Gemeinden mit mehr als 25 Schulstellen jährlich mindestens eine Million bereit gestellt werde. Die Regierung ist materialiter mit dem Antrage einverstanden, hält es aber nicht für zweckmäßig, die Bestimmung im Gesetz festzusetzen, sondern würde die Form einer Resolution vorzuziehen. Eine Verknüpfung mit der Volkwerdung werde sich im Rahmen des Etats vollziehen lassen. Der Antrag findet in der Kommission Zustimmung. Zu dem nationalliberalen Antrage, der in etwas anderer Form auch von den freisinnigen Mitgliedern unterzeichnet wird, wird mit Rücksicht auf die im Etat schon enthaltenen Summen der Vorschlag von 1 Million auf 1,8 Millionen erhöht. Die Kommission stimmt nach längerer Debatte in ihrer Mehrheit den Anträgen im Prinzip zu, übergibt sie dann aber der Subkommission zur näheren Formulierung. — Sodann geht die Kommission zu Abschnitt VI über, der vom Schuletat, den Baufonds- usw. handelt. In § 41 erregt es Aufsehen, daß der Schuletat im Etat der Gemeinde als „besondere Abteilung“ ausgenommen werden soll. Es wird beantragt, diesen Zusatz zu streichen, da er für die Städte eine große Unbequemlichkeit mit sich führen würde. Die Kommission stimmt § 41 mit dieser Streichung an. In § 42 wird dem Unterrichtsminister die Befugnis erteilt, über die Einrichtung des Schuletats und die Verwaltung und Revision der Schulschulden Aufweisungen zu erlassen. Es wird von freikonservativer Seite der Antrag gestellt, diese Befugnis auf diejenigen Gemeinden zu bestränken, die besondere Schuletats und Schulkassen haben. Von nationalliberaler Seite wird darauf hingewiesen, daß es sich bei dieser Bestimmung um eine Fixierung der Schulaufsicht handle, und da man diese prinzipiell aus dem vorliegenden Gesetz ausscheiden will, so wird beantragt, den ganzen Abzug zu streichen.

Es wird noch hervorgehoben, daß schon jetzt die Behörde das Recht der Kontrolle habe und daß dies Recht durch § 51 gedeckt sei, der bestimmt, daß die bisherigen Befugnisse der Behörde durch das vorliegende Gesetz unberührt bleiben. Bei der Abstimmung werden die Abschnitte 1 und 2 angenommen, der dritte Abschnitt wird dagegen gestrichen.

Aus Industrie und Handel.

Verteuerung der Lebenshaltung.

Stänzende Gewinne brachte das vergangene Jahr den meisten Unternehmungen. Ein ergiebiger Dividendenstrom ergoß sich in die Taschen der vom Kapital, das heißt von der Produktivität anderer zehrenden Staatsbürger erster Klasse. Bei den allermeisten dieser am Dividendenquell sich erlösenden handelt es sich um Mehrungen des nicht zur Fröstung des Lebens notwendigen Ueberflusses. Der Haufen des einströmenden Geldes wird größer. Für die so Beglückten ist es natürlich eine Lust zu leben. Allerdings, auch der Arbeiter soll von der günstigen Konjunktur profitieren haben, erhöhter Löhne Gnadenborn sprudelt angeblich den Werteschaffenden. Was heißt höherer Lohn? Wenn der Arbeiter heute für dieselbe Arbeit 3,00 M. erzielt, für welche er vor einem Jahre 2,90 M. erhielt, hat er dann höheren Lohn? Kommen ja, aber relativ noch lange nicht! Gewiß sind verschiedentlich die Jahreseinkommen gestiegen worden, im allgemeinen aber nur durch intensivere und extensivere Ausnutzung der Arbeitskraft, durch Steigerung der Produktion. Und was dabei erzielt wurde, das und oft mehr noch, wurde dem Arbeiter durch Verteuerung der Lebensmittel wieder entzogen. In welcher Weise die Haushaltsbudgets durch Lebensmittelverteuerung Belastung erfahren, veranschaulicht diese Zusammenstellung.

Es betragen in Preußen die Durchschnittspreise

	1904	1905	mehr in
			1905
Weizen . . . 1000 kg ¹⁾	168	169	1,00 M.
Roggen "	133	146	13,00 "
Gerste "	138	148	10,00 "
Erbsen "	233	235	2,00 "
in Speisebohnen "	296	329	35,00 "
Kuile vom Rind . 1 kg ²⁾	1,43	1,51	8 Pf.
Rinderbauchfleisch . . . "	1,21	1,29	8 "
Schweinefleisch "	1,32	1,56	14 "
Kalb- und Hammelfleisch "	1,44	1,53	9 "
Hammelfleisch "	1,41	1,48	7 "
Speck "	1,51	1,71	20 "
Butter "	2,36	2,42	6 "
Schweinefleisch "	1,55	1,70	15 "

Das sind Preissteigerungen in einem Jahre, die durch die angeblidhen oder wirklichen Lohnsteigerungen kaum ausgeglichen werden. Sehr interessant ist noch eine Zusammenstellung der Durchschnittspreise für die verschiedenen Fleischsorten in den letzten Jahren. Danach ging außer bei Schweinefleisch der Preis fast ununterbrochen in die Höhe, wie diese Tabelle zeigt.

Es kostete ein Kilogramm in Mark

	1896	1900	1902	1904	1905
Ährliche Schweinefleisch	1,34	1,16	1,26	1,22	1,48
Kalb- und Hammelfleisch	1,51	1,29	1,53	1,48	1,71

Die Steigerungen betragen bei Rindfleisch 12,7 resp. 14,1, bei Kalbfleisch 21,4 und bei Hammelfleisch 21,2 Proz. Eine ganz andere, eine sprunghafte Bewegung der Preise läßt sich bei Schweinefleisch verfolgen. Für geräucherten Speck wurden z. B. im Jahre 1902 noch höhere Preise gezahlt als 1905, sonst aber stieg dieses Jahr Rekordpreise auf. Die Kurven der Bewegung illustriert folgende Aufstellung: für 1 Kilogramm wurde gezahlt (in Mark):

	1896	1900	1902	1904	1905
Schweinefleisch	1,22	1,30	1,32	1,50	1,32
geräuch. Speck	1,47	1,90	1,52	1,75	1,51

Eine gewisse Regelmäßigkeit läßt sich auch hier konstatieren. Alle zwei Jahre eine hohe Welle, dann wieder ein Zurückfluten, bis zum Jahre 1905. Dieses Jahr macht eine Ausnahme von der Regel, die Preise gingen nicht zurück, sie stiegen weiter und die neuen Handelsverträge zerstören die Hoffnung, daß wir von dem Preis-Hochstand wieder befreit werden. Gegen 1896 sind die Preise in 1905 höher bei Schweinefleisch um 21,7, bei Speck um 15,4 Proz. Das bedeutet: keine volle Kompott- aber leere Fleischschüsseln!

Die 42 Lebensversicherungs-Gesellschaften, welche im Staate New York domiziliert sind, belegen Ende des Jahres 1904 2 454 699 430 Dollar Kapital. Die Eingänge von Policeninhabern betragen in dem Jahre 489 542 922 Dollar, an Rufen für in industriellen ufw. Unternehmungen angelegten Geldern 91 201 007 Dollar, zusammen 580 743 929 Dollar. Die Ausgaben betragen: Policen ausbezahlt 23 395 889 Dollar, Agenten 67 088 887, Beamte, Ärzte und sonstige fest angestellte 36 337 255 Dollar, zusammen 137 019 828 Dollar; somit ein Ueberfluß über diese Ausgabe von 443 724 101 Dollar. Ueber die sonstigen Verwaltungskosten — Mieten, Bureau material, aller Art usw. — liegen keine Angaben vor; bezüglich der ersten kommt aber in Betracht, daß die größeren Gesellschaften eigene Gebäude besitzen, manche davon zur Kategorie der „Wollentzucker“ gehörend, in denen nur ein kleiner Teil von der betreffenden Gesellschaft selbst benutzt, der übrige aber mit bedeutendem Profit vermietet wird. — Die Gesamtzahl der Policeninhaber betrug 9 940 722, von denen die große Mehrzahl auf die fünf größten Gesellschaften entfiel. (Die „Prudential“ hat gegenwärtig allein rund 4 1/2 Millionen.) — Das Untersuchungs-komitee hatte auch mehrere der kleinen Gesellschaften unter die Lupe genommen, und dabei wurden ebenfalls, wie bei den großen, recht nette Dinge zum Vorschein gebracht. Bei einer derselben, der „Provident Savings Life & Co.“, mit nur wenigen tausend Policeninhabern bezogen deren Präsident ein jährliches Gehalt von 35 000 Dollar, zwei seiner Söhne 7500 resp. 4500 Dollar, während zwei weitere als Generalagenten fungierten und dabei nicht viel weniger „machten“; ein als Kassierer angestellter Neffe der Frau des Präsidenten wusch sich indessen mit 1500 Dollar begnügen. — Von den drei Präsidenten, welche infolge der Untersuchung resignierten (Alexander, Equitable, Wc. Curdy, „Mutual“ und Mc. Carr, Metropolitan“), hat der letztere die Absicht kundgegeben, zu „pfeifen“. Man habe ihm ungederterweise soviel zugeschrieben, woran er keine Schuld trage, daß er nicht abgeneigt sei, den neuen Trustees seiner Gesellschaft Mitteilungen über verschiedene Arten in derselben vertrieben „Gras“ zu machen, welche der Komitee-anwalt Dinges nicht aufzudecken im Stande war. Dies steht wahrscheinlich in Zusammenhang mit dem Umstande, daß diese Trustees die Bücher des Materialdepartements nicht finden konnten; dieselben sind kurz vor Zulassung des Komitees verschwunden, als der Chef jenes Departements aus „Gesundheitsrücksichten“ nach unbekannten Gegenden verdunstete.

¹⁾ Großhandelspreise.
²⁾ Detailpreise.

Eine allgemeine Untersuchung gleicher Art wie diejenige der Lebensversicherungs-Gesellschaften des Staates New York, der diversen Korporationen, Banken usw. würde unzweifelhaft ein ganz gleiches Resultat ergeben, wie diese. Dann erfähre man einmal etwas Genaueres darüber, auf welche Weise sich die Verteilung des Nationalreichtums des Landes im Laufe der letzten fünf Jahrzehnte in solch kolossalem Maße „verschoben“ hat. Nach einer neuerlich gemachten Aufzählung gibt es heute 37 Grundbesitzer im Werte von durchschnittlich je 85 Millionen Dollar; 10 Privatvermögen von insgesamt 2 Milliarden Dollar (z. B. Rockefeller, Carnegie, Marshall Field, W. A. Vanderbilt, J. J. Moros, J. P. Morgan, Russell Sage, J. J. Hill, W. A. Clark, Wm. Rockefeller); 400 Vermögen von zusammen 3 Milliarden, 4500 von zusammen 10 Milliarden Dollar, 5000 Personen eignen somit annähernd ein Sechstel des gesamten Nationalreichtums an geerbtem Geld, Land, Minen, Gebäuden, Industrien usw. Wenn dieselben in Gold abgelöst werden könnten, so würde dazu der gesamte Goldvorrat der Welt nur zu einem Drittel reichen, da derselbe nur 5 Milliarden Dollar beträgt. Diese 5000 Personen, in deren Händen sich jene kolossalen Reichtümer aufgehäuft haben, kontrollieren aber zudem eben dadurch die gesamte Produktion, Distribution und Transportation des ganzen Landes!

Ueberseeische Einfuhr von Häuten und Wildfellen in Hamburg.

Für Häute und Wildfelle ist Hamburg so ziemlich zum bedeutendsten Importplatz der Welt geworden. Die Einfuhr dieser Artikel hat im Jahre 1904 einen bisher unerreichten Umfang angenommen. Während die seefähige Einfuhr an trockenen und getragenen Rindshäuten im Jahre 1903 noch 849 000 D.-Z. im Werte von 78,7 Mill. Mark betrug, stieg sie im Jahre 1904 auf 991 000 D.-Z. im Werte von 85,6 Mill. Mark. — In Kalbfellen stieg der Import von 66 000 D.-Z. im Werte von 9,5 Mill. Mark im Jahre 1903 auf 78 000 D.-Z. im Werte von 11,5 Mill. Mark im Jahre 1904. — Im Werte nicht geringer ist die Einfuhr von Pelzfellen und Pelzwerk fernwärts nach Hamburg. Sie schwankt 1903/04 zwischen 11–12 Mill. Mark im Werte. — Geringer, wenn auch jährlich wachsend, ist die Einfuhr von Hirsch-, Reh- und Rentierfellen, dem geringeren Verbrauch entsprechend. Hier kommt natürlich als Hauptbezugsland Norwegen in Betracht. In der seefähigen Einfuhr nach Hamburg im Werte von circa 571 000 M. im Jahre 1904 stellten Norwegen allein nahezu die Hälfte. Verarbeitete Häute und Felle, also Sohl- und andere Leder, sind in der vorstehenden Berechnung nicht mitenthalten.

Dividendenlegen.

Im vergangenen Jahre haben die meisten Gesellschaften mit erhöhten Gewinnen abgeschlossen. Stänzende Resultate erzielten wieder die Porzellan-, Glas- und Steinzeugfabriken; denn die Dividende von neun Gesellschaften mit 30,6 Millionen Mark Kapital erhöhte sich gegen das Vorjahr um nicht weniger als zwei Prozent, nämlich von 12,34 auf 14,47–14,74. 26 Fabriken im Textilgewerbe verteilten eine Durchschnittsdividende von 6,5–6,9 Prozent auf 78,8 Millionen Mark, im Jahre 1904 nur 5 auf 74,3 Millionen; 28 Betriebe im Zementgewerbe schütteten auf 78,4 Millionen Mark eine Dividende von 7,8–8,2 Prozent oder 6,1–6,4 Millionen Mark aus, d. i. rund 1 1/2 Proz. mehr als 1904, wo sich 77,4 Millionen Kapital mit 6,5 Proz. verzinsten. In den Jahresabschlüssen von 19 Gaugeseellschaften mit 59,1 Millionen Kapital und 8–8,3 Proz. Dividende kommt die überaus günstige Konjunktur zweier Jahre zum Ausdruck, indem die Durchschnittsdividende gegen 1904 wiederum um reichlich 1 Proz. zugenommen hat. Die Gewerbegruppen Metalle und Maschinen schloßen diesmal gleich gut ab: 24 Gesellschaften der Metallindustrie verteilten auf 126,68 Millionen Kapital 9,1–9,6 Proz. Dividende gegen 8,13 im Vorjahr, während im Eisenbahnbau- und Maschinenbau-Gewerbe 25 Betriebe auf 83,76 Millionen Kapital 9,3–9,7 Prozent Dividende erzielten, d. h. rund 1 Prozent mehr als 1904. Die Papier- und Gummiindustrie weisen wie in den drei Vorjahren eine stetig steigende Tendenz in ihren Erträgen auf; die Rentabilitätsziffer von 14 Gesellschaften mit 47,2 Millionen Kapital wuchs auf 5,3–9,6 Proz. gegen 8,76 auf 40,5 Millionen Mark im Jahre 1904. 9 Werke der Elektrizitäts- und Gasgesellschaften mit 126 Millionen Anlagekapital erzielten 1905 einen Gewinn von 9,3–9,6 Mill. Mark = 7,1–7,7 Proz., 1904 rentierten sich 114 Mill. Mark Kapital derselben Gesellschaften mit 9,8 Proz. Das einträglichste Gewerbe, die chemische und Järberindustrie (10 Betriebe) erreichte die vorjährige Ziffer wieder und behauptete mit 15,14–15,56 Proz. auf 100,6 Millionen Mark Kapital den Dividendenrekord im Großgewerbe, nachdem sie im Vorjahre die Dividende von 1903 um 2/3 Proz. überholt hatte! Außerordentlich ist die Erhöhung, die 44 Berg- und Hüttenwerke mit ihrem Betriebskapital vorgenommen haben; sie verteilten auf 548,3 Millionen Mark, d. h. gegen das Vorjahr ein Mehr von 88 Millionen, eine Dividende von circa 11 Proz., also mindestens ebenso viel wie im Vorjahre, wo 50,5 Millionen Mark oder 10,98 Proz. des Aktienkapitals zur Ausschüttung gelangten. In der letzteren Gruppe wurde das finanzielle Ergebnis beeinflusst durch den großen Bergarbeiterstreik und durch die enorme Kapitalvermehrung. 216 Gesellschaften, deren Papiere an der Berliner Börse gehandelt werden, mit einem Aktienkapital von 1339 Millionen Mark, erzielten eine Durchschnittsdividende von schätzungsweise 137,5–142,3 Millionen Mark, mithin eine Verzinsung von 10,27 bis 10,63 Proz. Die gleichen Gesellschaften verteilten 1904 auf 1199 Millionen Kapital 9,84 Proz., d. i. rund 1/2 Proz. weniger.

Solidierende Interessen. Der Ausschluß des deutschen Handels-tages, der unter Einfluß des Zentralverbandes und des Bundes der Industriellen steht, hat sich in seiner letzten Sitzung für die geplante Tabak- und Biersteuer ausgesprochen. Das hat den Verband der Berliner Tabakinteressenverbände auf den Plan gerufen. Er beschloß in einer am Mittwoch stattgehabten Versammlung folgende Erklärung:

„Die vereinigten vier Berliner Tabakinteressenverbände: Verein aller Tabakinteressen für Berlin und Umgegend, Verein Deutscher Tabakfabrikanten und -Händler, Verein Deutscher Zigarettenfabrikanten, Ely Berlin, und die Neue Vereinigung der Zigarrenhändler Berlins und Umgegend, legen entscheidende Verwahrung ein gegen den Beschluß des Ausschusses des Deutschen Handels-tages, der die Erhöhung der Tabaksteuer befristet hat. Dieser Beschluß ist wertlos, weil er gegen die Stimmen der Sachleute von solchen Mitgliedern des Ausschusses gefaßt worden ist, die teils absolut unqualifiziert zur Beurteilung der Verhältnisse des Tabakgewerbes sind, teils lediglich beabsichtigten, durch die Zustimmung zur vier- und Tabaksteuer etwaige Belastungen von den ihnen näher stehenden Industrie- und Gewerbebezügen fernzuhalten.“

Lebte Stimmung. Zu den Stimmen, welche der augenblicklichen Konjunktur keine lange Lebensdauer zusprechen, weil sie in der Hauptsache auf die durch die demnächst in Kraft tretenden

Handelsverträge geschaffene Situation basieren, gesellt sich auch die Handelskammer in Breslau. Sie schreibt in ihrem Jahresbericht: „Trotzdem bietet die wirtschaftliche Entwicklung unseres Bezirkes in Berichtsjahre kein durchweg erfreuliches Bild. Denn die anscheinende Besserung beruht nur auf vorübergehenden Faktoren und bedeutet schließlich nur die Vortreibung der wirtschaftlichen Belastung auf Kosten der nächsten Zukunft.“

Staatlicher Eingriff in private Preispolitik. Vielfaches Klagen über die Tarifpolitik der in privaten Händen befindlichen Bahnen in Amerika hat dort zu dem Gedanken einer staatlichen Kontrolle mit Bestimmungsrechten geführt. Die zu diesem Zwecke eingesetzte Kommission soll nicht nur das Recht haben, Tarife zu beanstanden, sondern auch ihrerseits Sätze in Vorschlag bringen können. Ein entsprechender Gesetzesentwurf liegt jetzt dem Parlament vor. Nach einer Meldung des Volkischen Bureaus haben die republikanischen und demokratischen Mitglieder der Kommission des Repräsentantenhauses für den zwischenstaatlichen und ausländischen Handel das sogenannte Hepburn-Eisenbahntarifgesetz einstimmig angenommen, das einen gerechten, angemessenen und ziemlich einträglichem Satz vorseht, der als Minimalsatz gelten soll.

Hat man einmal mit der „Regelung“ der Preisfestsetzung begonnen, resp. in die private Monopolwillkür eingegriffen, dann wird man bei der Eisenbahn nicht stehen bleiben, sondern auch den anderen Monopolisten eventuell das Pfänderhandwerk durch staatliche Eingriffe etwas erschweren.

Einer von der „seinem“ Langfingerkunst. Das Strafpolizegericht in Paris verurteilte heute den früheren Direktor des „Printemps“ Julliot zu einjähriger Gefängnisstrafe mit Strafschub. In dem Urteil wird ausgesprochen, daß Julliot sich eines Vertrauensmißbrauchs durch Verletzung der Statuten der Gesellschaft schuldig gemacht und daß er etwa 3 Millionen Frank veruntrent und zu seinem persönlichen Nutzen verwendet habe.

Aus der Frauenbewegung.

Slamagie überall.

Am 21. Januar hat die Einbildung den Häutern der „heiligen Ordnung“ eine derbe Slamagie eingebracht. Der Eifer, mit dem in den Städten wie in den ländlichen Bezirken vorgegangen ist, um den Umsturz, um die Revolution zu verhindern, reizt zum Lachen. — Auch die Hausdurchsuchungen nach Waffen und nach Flugblättern nötigen zum Kopfschütteln.

Die Vorbereitungen, die zur Niederschlagung der eingebildeten Revolution getroffen wurden, streifen das Komische. — In einzelnen Orten jagten die Schutzleute zu Pferde und zu Fuß mit heruntergelassenen Säbeln und frisch geschliffenen Säbeln durch die Straßen; auch die Gewehre standen schußfertig parat. Selbst die Soldateska erwartete marschmäßig ausgerüstet in den Kasernen die Kommandos zum Ausrücken. In einigen anderen Orten hatten weiße Stadtoberhäupter auf den Marktplätzen die Dampfspritze aufstellen lassen, um erhitzen Geniesern Abkühlung zu gewähren.

In Preußen wurden Protestveranstaltungen gegen das Dreiklassenwahlrecht gestattet, jedoch durften an einigen Orten Frauen daran nicht teilnehmen. In Erfurt wurde eine geplante öffentliche Frauenversammlung einfach verboten. Auch die Versammlungen, die am Vorabend des gefährlichen Sonntags in Thüringen stattfanden, erfreuten sich doppelter Heberwahrung.

Den Flugblattverbreitern sah man ebenfalls scharf auf den Fersen. — In Bromberg sollen Genossen sowie eine Genossin bei dieser verbotenen Arbeit überführt und in Ketten ins Gefängnis geführt worden sein.

Und trotz aller Machinationen und Hebereien der Ordnungshüter war aller Liebe Mühe umsonst — die vermaledeiten Sozialdemokraten hatten just an diesem Tage keine Lust, Revolution zu machen. Der erste Schritt zur Stürzung des Geldparlamentes, preußischer Landtag genannt, ist nunmehr gemacht, nun gilt es weiter zu rütteln, bis alle die entretenden Volksmassen, Männer und Frauen vom notwendigen Klassenkampf überzeugt sind und sich gebieterisch ihre gestohlenen Menschenrechte zurückfordern! K.

Trepton-Baumshulenweg. Der hiesige Frauen- und Mädchen-Bildungsverein feierte am Sonnabend, den 20. Januar, in Speers Köstchen sein erstes Gründungs-fest. Ein gutes Konzert unter persönlicher Mitwirkung des Herrn Musikdirektors Franz Hofmeister eröffnete die Festlichkeit. — Der hiesige Gesangsverein „Viedesfreundschaft“, eine Theatersgesellschaft und die Damenabteilung des Turnvereins „Jahn“ trugen abwechselnd unter reichem Beifall der sehr zahlreich anwesenden Herren und Damen zur Verschönerung des Festes bei; auch die recht gelungenen komischen Vorträge der Herren Leo Scharf und Fritz Ratern fanden großen Beifall. Den Höhepunkt erreichte die Feier in der von Frau Grab-nauer wirkungsvoll vorgetragenen Rede. Die Rednerin schilderte den festteilnehmern die unwürdige Stellung der Frau in der menschlichen Gesellschaft vor Augen und forderte die anwesenden Frauen und Mädchen auf, nach Kräften dazu beizutragen, daß für das ganze weibliche Geschlecht die Befreiungstunde herbeigeführt wird. Je einmütiger sich die Frauen und Mädchen zusammenschließen, desto schneller und leichter wird dieses Ziel erreicht werden. Da auch der festgebende Verein, der „Bildungsverein für Frauen und Mädchen“ Auffklärung, Erziehung zur Kampffreudigkeit erstrebt, müsse Rednerin den Beitrag zu demselben auf das wärmste empfehlen. Der schöne Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Mit dem Verlauf unseres Gründungs-festes ist wohl jeder Festteilnehmer zufrieden gewesen.

Unser Verein hat im ersten Jahre seines Bestehens 75 Mitglieder erworben. Möge sich diese Zahl, wenn wir auf eine zweijährige Vereins-tätigkeit zurückblicken können, verdoppelt oder gar verdreifacht haben. Wir hoffen, daß ein jedes Mitglied im neuen Vereinsjahre seine Schuldigkeit tun wird, indem es die Mitglieder-versammlungen, die Mittwoch nach dem 15. eines jeden Monats stattfinden, besucht und indem es eifrig bestrebt ist, dem Vereine neue Mitglieder zuzuführen.

Eingegangene Druckschriften.

Max Luord. Die deutschen Straßenbahnen und ihre Arbeitsverhältnisse. Eine Darstellung für die amtliche Arbeiterstatistik. 231 Seiten. Herausgegeben vom Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter Deutschlands. Verlag, Courcier, Engel Nr. 21.
v. Deimling. Eberit, Südbahnhöfe, Land und Leute, unsere Kämpfe, Wert der Kolonie. Preis 50 Pf., postfrei 60 Pf. Verlag, R. Eichenhardt, Berlin NW. 7.
Kuhland und die Revolution. von Woll Braun. Agitationsausgabe (48 Seiten) Preis 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und direkt von der Frankfurter Verlagsanstalt und Buchdruckerei (G. m. b. H.) Nürnberg.

Teures Fleisch — billige Seefische!!

Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!

Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“

Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8–10.

Zentral-Fernsprecher: Amt III, No. 8804.

Seefisch-Kochbücher gratis.

Verkaufs-Niederlagen:

Prinzenstraße 30 (am Moritzplatz), | Madaisstraße 22 (im Schlessischen Bahnhof), | Landsbergerstraße 52-53 (der Kurzenstr. gegenüber).

Seefische — Volksnahrung.

Großer Schellfisch mit Kopf 27 Pf.

Kabeljau ohne Kopf 25 Pf.

Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen.

Kurz vor Eröffnung der Frühjahrs-Saison verkaufen wir an

10 Sonder-Verkaufs-Tagen

viele Hunderte Herren-Anzüge, Hosen und Westen

zu besonders billigen Ausnahme-Preisen.

Die Gegenstände sind aus Resten unserer Maß-Abteilungen und der Fabrikation gefertigt, oder aus unvollständigen Serien nach der Inventur aussortiert. □ □ □

Die Preise sind teilweise bis unter die Hälfte der früheren Preise herabgesetzt.

Der Sonder-Verkauf beginnt am Sonnabend, den 27. Januar und endet am Montag, den 5. Februar abends.

Herren-Jackett-Anzüge 36.— 27.— 8 Mk. 65
 18.— 10.—

Herren-Stoff-Hosen 8.— 6.— 2 Mk. 25
 5.— 4.—

Herren-Rock-Anzüge 27.— 24.— 15 Mk.
 21.— 18.—

Herren-Westen 3.50 2.50 2.— 1.50 1 Mk.

BAER SOHN

Spezialhaus größten Maßstabes.

Chausseestraße 24a/25

II Brückenstraße II

Gr. Frankfurterstraße 20

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Das erste fettgedruckte Wort 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstrasse 69 bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinverkauf Große Frankfurterstraße 9, parterre 17

Verfallene Wandtische, Bettenverden, Aussteuerwände, Winterpaletots, Kassetanzüge, Gehrodanzüge, Tischdecken, Wanduhren, Verschiederene spottbillig Wandtischband Weidenweg neuziehen. 727

Gardinverkauf, Bettdecken, Steppdecken, Bettwände, Verschiederene haunterregend billig Weidenweg neuziehen. 727

Verfallener spottbillig Wandtischband Weidenweg neuziehen. 727

Gardinen, Stores, Bettdecken, einorn billig, Reihe 1 bis 3 Fenster Externverhängung, Gardinen, Verfallene Wandtischband Weidenweg neuziehen. 727

Teppiche mit farbigen Bildern, Kassetanzüge Große Frankfurterstraße 9, parterre. 71

100 Nähmaschinen, ohne Anzahlung, Reihe 1,00, Hoch, Prezanlauerstraße 22. 73/4

Damenhüte, spottbillig nur Doppel-Wiese Nr. 140, Erdhaus Schönhauser Allee. *

Sofa, wie neu, 21,00, Weide, Große Hamburgerstraße 18/19. 256/26

Grammophonplatten und Reparaturen, Hoffenburg, Prezanlauerstraße 42, 2. Hof. 117/18

Reihens Kassetanzüge 7, Billige Einkaufspreise für Waren aller Art, großes Lager in Böden, Betten, Uhren, Goldschmuck, Teppiche, Steppdecken, Gardinen, Hosen, Anzüge etc. *

Möbelverkauf in meiner Möbel-fabrik Wallstraße 80/81, nahe Spittelmarkt. Anfolge des großen Umsatzes befinden sich im Lager viele unzugängliche und verfallene Möbel, die wie neu sind, Kleiderständer, Bettsofa 28,00, Ausziehbett 16, Ankleidestühle mit Federmatratze und Kassetanzüge 36, Tischlampen 50, Vase-tische 70, Wanduhren 20, Kassetanzüge 25, ganze Einrichtungen billig. Transport frei. 80/11

Monatanzüge und Winterpaletots von 5,00 an, Joppen von 4,50 an, Hosen von 1,50 an, Gehrodanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für feine Leute zu Hause billigen Preisen, aus Wandtischen verfallene Sachen, kann man am vortheilhaftesten bei Nag, Wulffstrasse 14. 2128*

Teppiche (Schlierhüte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Köpenick, Dörfelher Markt 4, Bahnhofs Böfse. 254/12

Hochverehrte Herrenanzüge, Winterpaletots, feinsten Rohstoffen bestehend, 10-30,00, Gehrodanzüge, Lodenjoppen, Herrenhosen spottbillig, Täglich, Sonntagverkauf, Deutsches Verfallenehaus, Jägerstraße 63, I.

Alpenhüte, Schweizerhüten, Wandtische jeder Art für Damen und Herren empfindlich die Hutfabrik Emil Dengin, Admiralstraße 53. *

Nähmaschinen, gebrauchte, Wheeler-Wilson von 8 Mark und Langschiff von 10 Mark an, Verfallene, Gothastraße 26. 1122A

Frontleute, Möbel, Sofas, einorn richtige Auswahl, vollständiger Wohnungs-Einrichtungen, bekannt billigst, Kur-Grünertweg 81, Hermann Dwanitz. 1158A

Hochelegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 25-40 Mark, Verfallene Sonnabend und Sonntag, Verfallenehaus Germania, Unter den Linden 21, Reineffekten. 1158B

Mischfisch, Sülzengarnitur, Kleiderständer, Säulenständer, elegant, sofort billig, Verfallenehaus 40/41, hochparterre links, herrschaftlicher Aufgang. 80/17

Pianino, geschm. 140,— (Boravitelstein), Turmstraße 8, parterre. *

Nähmaschinen, alle Fabrikate, ohne Anzahlung, höchstens 1,00, gebrauchte 12,00, Postkarte genügt, Wienerstraße 6, Kaserstraße 113, 2123B

Mischfisch, Federbett, Kassetanzüge, elegante Steppdecken, Tischdecken, Kleiderhaken, Gardinen billig, Hoffmann, Raunpferstraße 32.

Junge Kanarienvogelchen und einen tolligen Heuboden zu verkaufen, Boralenweg, Rheinsbergerstraße 54 III.

Rezeption, Kassetanzüge, verfallene, verfallene, Weinmalerstraße 16, Annahmestelle. 2164

Nähmaschinen, Singermodell 30, Ringlichtschiff, neu, 46, Reich, Hermannstraße 26, Hof IV. 2123B

Hochwald, Wald, Wasserparzellen jeder Größe, ideale Lage, Bienenwälder, genehmigter Plan, für jeden Preis, nur Soers, Bausow, Wäldchenweg 10. 2167*

Angenehme Kassetanzüge, elegant, Damenwälder, passend zu Ausstattungen, sowie großen Vollen Herrendecken, Handtücher, Tischdecken, Bettwände, einorn billig, Wäldchenfabrik Salomonshof, Dörfelherstraße 21 (Alexanderplatz), Sonntag geöffnet. 232/16

Nähmaschinen, ohne Geld, Reihe 1,00, Uhr, Gratzstraße, gebrauchte 12,00 an, Reineffektenstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prezanlauerstraße 59/60. 730*

Nähmaschinen, Jahle bis 10,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweilt, sämtliche Systeme, Reihe 1,00, ohne Anzahlung, Postkarte, Krause, Lütznerstraße 90. 730*

Schöne große Federbetten, Stand 20 Mark, Dresdenstraße 38, vorn II links. 80/12*

Billige Kaufstellen am Bahnhof, Vorkasse verkauft unter günstigen Bedingungen, Defert, Brandenburgerstraße 1. 232/16*

Gute Babische Kartoffeln, Jentner 2,25, Dd, Senf, Reihe zu den billigsten Tagespreisen, Lieferant des Rabattparceles Vereins, Reich, Hofstraße 40. 730*

Kanarienvogel, Kassetanzüge, Schlossplatz 2. 80/13

Verschiedenes.

Chauffeur des Automobils, Technikums, Berlin, Epiphanystraße 11/12, bildet jedermann schnellstens zu erstklassigen Automobilschauffeur aus. 2122*

Klavier, Violinunterricht, gründlich, acht Stunden 3,—, Hoerstraße 58. 737*

Handel, Weinstraße 63, täglich 8-8, Sonntag bis 2. 70/16*

Antiquitäten von Frau Koloff, Charlottenburg, Goethestraße 81, I. *

Handel, Kassetanzüge 27. *

Patentanwalt Bessel, Gütlicherstraße 94a. 1702*

Saal, Sonnabend, März, April, Osterfesttage, Klubhaus, Annenstraße 16, (Vereinszimmer, Weidner.)

Rezeption, Kassetanzüge, 146, kleiner Saal für Festlichkeiten und Vereine einige Tage, auch Sonnabend, zu vergeben. 7113*

Gartenland, Trepden, verpachtet Langenberger, Neue Jakobstraße 14.

Altes Kleiderband, Wäldchen, Stammbuch, Sofa, fast ohne, Wäldchenstraße 26. 80/2*

Singermodell, Ringlichtschiff, gesucht, allerhöchste Bezugsfirma, Reineffektenstraße 14. 7113*

Wer Stoff hat? Fertige Herrenanzüge mit Futterladen 15,00, Wagner, Schneidermeister, Lütznerstraße 9 (Wäldchenstraße). 80/16*

Mantel in leichtem, Reineffektenstraße 101, vorn IV. 74

Wasserkraft Gräf, Köpenick, Kaiser Wilhelmstraße 53, wäldchen, trocken im Freien, Weidmühle, 4 Handtücher, 4 Tischdecken, 10. Abholung Montag.

Vermietungen.

Zehntel mit Wohnung zum 1. April zu vermieten, Preis 1200, Hofmannstraße 40. 21136*

Grüntrauben sofort vermietbar, Waldenbergerstraße 27. 21006

Wohnungen

Germanstraße 62, Kitzdorf, neues Haus, Wohnungen von 2 und 1 Zimmer, Balkon, Zubehör, sofort billig zu vermieten. 10108

Kleinwohnungen, Zimmer 7, Zimmer, Küche 15, Zweizimmer, Küche 20, Kitzdorf, Kopsstraße 15, Baumstraße 13 (Germanplatz), sofort April. 255/20*

Euben 37, 38, 39, billige Wohnungen sofort und später, Raberstraße 37. 19545*

Zimmer.

Möbliertes Zimmer vermietet an Herrn Frau Jacobs, Kolbergerstraße 26, III. 21065*

Möbliertes Zimmer, zwei Herren, kleine Stube Kaserstraße 64, vorn I.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle billig vermietet Wäldchen, Fruchtstraße 25, vorn III. 80/15

Schlafstelle, möblierte, für zwei Herren oder Damen, Magdalen-Str. 4, B. Wolke. *

Bessere Schlafstelle vermietet, Hof, Strahmannstraße 48. 730

Mietsgesuche.

Zwei Herren suchen möbliertes Zimmer, Preis-Offeren, Nähe Haupt-Güter-Bahnhof. Offerten unter N. 6 an die Expedition dieser Zeitung. 2152B

Beleibter Herr sucht im Norden Berlins (Nähe Kottbuscherplatz oder Groppeplatz) einfach möbliertes kleines Zimmer oder möblierte Schlafstelle (möglichst allein). Hauptbedingung: Sauberkeit. Sofortige Offerten erbeten unter O. M., Expedition, Wäldchenstraße. 779

Möblierte Schlafstelle sucht unabhängiger Mann, tagsüber im Haus, Wegend Alexanderplatz. Offerten mit Preisangabe Postamt 13 unter J. R. 13.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Zähler, Volkshumorist, auch Gesellschaft, Steffnerstraße 57. 796*

Bilder Studierzimmer, bittet um Arbeit, Stelle werden abgeholt und zurückgeschickt. U. Götter, Wäldchenstraße 27. 1468B

Stellenangebote.

Einseher, drei tüchtige, Montag anfangen, können sich melden Friedemann, Hedwigstraße 17, rechter Seiten-Riegel III. 7103

Formverleger für meine Metall-niederer gesucht, Leop. Hegler, Reineffektenstraße 22. 11948*

Schlosser auf Schloss- und Haus-einpassen verlangt, Oberbergerstraße 44. 2165B

Wälder und tüchtige Belegerrinnen können sich melden bei Reumann, Hennig u. Co., Zeughausstraße 21. 74*

Arbeiterinnen für große Kosten Klauen, Wäldchen und Wäldchen finden dauernde Beschäftigung, K. Kuhn, Königsstraße 41/42. 232/17

Wälder Arbeiterinnen in und anheim Hause bei höchstem Lohne verlangt Singer, Reineffektenstraße 31.

Mamiello auf Kleiden, auch Lehrling, Reineffektenstraße 13, Wäldchen. 21596*

Schneidmädchen für Nachmittag, Schirmmacher, Lütznerstraße 67.

Telephonistin, zur Bedienung unserer Telephonzentrale geeignete Dame gesucht. Es wollen sich nur Bewerberinnen melden, die schon nachweislich eine berufliche Stellung mit Erfolg bekleidet haben. Offerten schriftlich mit genauen Angaben oder persönlich mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr, H. Randorf u. Co., Wäldchenstraße 1-2. 1195A

Frauen zum Ausstricken von Zeitungen finden dauernde und lohnende Beschäftigung, Wäldchenstraße 33, Eingang Wäldchenstraße, Wäldchenstraße 6, Schiffbauerdamm 1, Wäldchenstraße 31. 80/4*

Mamiello auf bessere Mäntel verlangt Holz u. Druck, Braumannstraße 57, III. 2042B

Mamiello auf Staubmäntel (von 1,40 R. an, auf der Hand) verlangt Wäldchen, Kitzdorf, Wäldchenstraße 20, 2. Tr. 21206

Arbeiterinnen auf Damenklaffes verlangt König, Dörfelherstraße 83. *

Mamiello auf Kleiden und Paletots verlangt auf dem Hause Wäldchen, Weinmalerstraße 73. 21375*

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.

Lithographischer Maschinenmeister

Wir suchen per Ende Januar einen außerordentlich geübten Maschinenmeister für 8 Chromotrad großen Formals, Herren, denen an angenehmer und dauernder Stellung gelegen ist, wollen sich bei uns vorstellen. 58462*

Albrecht & Heister III.-Ges., Berlin, Köpenickerstr. 37.

Tischler, die Dekorations-Einrichtungen selbständig bauen können, verlangt A. G., Postamt I, Schönberg.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streit und Differenzen ist **Zwang fernzuhalten** von Pianomechanikern und Arbeiterinnen von der Firma Gey u. Co., Blumenstr. 77; von Bildhauern, Kreislagermeister und Tischlern von der Firma Sed u. Co., Reanderstraße 4, und Schleifsteine 42; von Treppengeländer-Arbeitern (Dresdner, Tischler, Stellmacher, Polierer, Malerarbeiten und Bildhauer) von der Treppengeländerfabrik Jofers Dresdler, Gubenerstraße 33; von Drechslern von Panisch, Braunnstr. 79; von Stuckmalern von Müller, Prenzlauerstr. 21; von Tischlern und Maschinenarbeitern von der Schleifsteinfabrik Schärer, Schönhauserstr. 5; von Parkettbodenlegern von der Firma Timme und der Bau Höpfer, Oranienb., Reineffektenstraße und Reineffektenb., etc.

Die Ortsverwaltung.

Die revolutionäre Bewegung in den Ostprovinzen.

Die geflüchteten baltischen Gutsbesitzer haben mit ihren Klagen jetzt alle preussischen Junker wie auch die bürgerliche Presse in Deutschland auf die Beine gebracht. Seit Monaten und Wochen erscheint keine Nummer der deutschen Junker- und Bourgeoispre...

Im den Charakter und die Ursachen der revolutionären Bewegung in den baltischen Provinzen richtig beurteilen zu können, müssen wir in aller Kürze unterfragen, aus welchen Schichten die Landbesiedlung in Kur- und Livland sich zusammensetzt. Wir haben da: die Großgrundbesitzer, deren Besitztümer an Bodenfläche die Rittergüter der preussischen Junker oft übersteigen...

In den Jahren des Industrieaufschwunges waren ganze Familien in die Städte gezogen, von den Zurückgebliebenen hat fast eine jede einen Sohn oder Tochter in Riga, Libau und Mitau. In Kur- und Livland verbinden das Land- und Städteproletariat also außer den ökonomischen noch verwandtschaftliche Bande miteinander.

Table with 4 columns: Jahr, Gesamtbevölkerung, Stadtbevölkerung, Proz. der Stadtbev. It shows population statistics for Livland and Kurland from 1774 to 1897.

Dieser für russische Verhältnisse hohe Prozentsatz der Stadtbevölkerung erklärt die überaus schnelle Entwicklung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im baltischen Gebiet. Nicht die lettischen Theoretiker und Agitatoren sind hervorragender als diejenigen unserer russischen und polnischen Schwesterparteien...

dem Gesellschaftskreise der Gutsbesitzer, teilen mit ihnen alle Vergnügungen und die Früchte der bäuerlichen Arbeit, anerkennen und erfüllen keine direkten Verpflichtungen gegenüber ihren ungebildeten Gemeindegliedern, sondern leben in diesen nur die Quelle der eigenen Bereicherung. Selbst Predigten wurden in den vierziger Jahren — das ist die Zeit, in die die hier erzählten Begebenheiten fallen — sehr selten in der lettischen Sprache gehalten.

Die russische Regierung nutzte die Abneigung der Letten gegen das lutherische Pfaffen- und Junkertum aus, um die Russifizierung der baltischen Provinzen zu vollenden. Schon im Juli 1886 wurde zu diesem Zweck ein griechisch-katholisches Bistum in Riga errichtet und zu gleicher Zeit in Bieslau ein Seminar eröffnet, in welchem Russen zum geistlichen Stande vorbereitet und in der lettischen und estnischen Sprache unterrichtet wurden.

Da verbreitete sich im Lande das Gerücht, es sollte im Süden Rußlands jedem, der solches wünsche, vom Jaren Wohnsitz und Land angewiesen werden; man brauche sich nur in Riga zur Uebersiedelung zu melden und sich dort von einem russischen Priester einschreiben zu lassen. Die Bauern begannen in Massen nach Riga zu strömen, um zu bitten, man möge sie so rasch wie möglich aus ihrer „lieben Heimat“ hinausführen ins „warme Land“.

Die Gouvernementsobrigkeit machte sich eifrig daran, alle nutzlos in die Stadt gekommenen Bauern für diese Frechheit mit Ruten und Stockschlägen zu strafen, ihnen den halben Kopp zu kasieren und sie nach Hause zu schaffen. Das geschah in der Gouvernementsverwaltung und wurde vom Generalgouverneur Baron Pahlen an den Minister des Innern offiziell berichtet.

Jetzt nun angeht das offenkundige Zusammenbruch der zaristischen Zwingherrschafft kam das, was kommen mußte; die lange geknechteten Letten erhoben sich und versagten ihre Dränger. Die Gouverneure mißtraut dem Gendarmecrie, die Junker mißtraut den Pastoren. Sie schufen Ordnung, eine neue gerechte Ordnung; die Keder sollten den Bauern, die Fabriken den Arbeitern, das Land dem Volke gehören.

Aus der Partei.

„Kommunale Schulpolitik“. Unter diesem Titel ist soeben als drittes Heft der von Paul Hirsch herausgegebenen kommunalpolitischen Abhandlungen im Verlage der Verlagshandlung Vorwärts ein Führer durch die Gemeindetätigkeit auf dem Gebiete der Volksschule erschienen. Der Verfasser, Genosse Max Duars, behandelt in sechs Kapiteln die Volksschulgesetzgebung und Schulverwaltung — die Volksschulzulassung der Gemeinden — die innere Schulorganisation — die Schulgesundheitspflege — den Mißbrauch der Volksschule zu kirchlichen und politischen Zwecken — und die Wege und Ziele einer volkstümlichen Schulpolitik.

Der Preis pro Heft beträgt 1 Mark; eine Agitationsausgabe kostet 50 Pf. Die Broschüre ist durch alle Parteibuchhandlungen, in Berlin auch durch die Parteispeditoren, Kolporteurs usw. zu beziehen.

Aus der Stadt der reinen Vernunft.

Königsberg, 24. Januar. (Fig. Ver.) Genosse Crispian wurde heute nachmittag gegen Stellung von 6000 M. aus der Unterfuchungshaft entlassen, in die er wegen Abdrucks der Stellen gesperrt war, derentwegen Löbe-Weissau zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden ist. Die Freilassung kam den Genossen unerwartet. Bis mittags 12 Uhr waren alle Bemühungen des Verteidigers des Inhaftierten, diesem — selbst gegen hohe Kaution — die Freiheit zu bringen, erfolglos gewesen.

Nach etwa einer Stunde erhielt der Verteidiger Crispian's dann die Mitteilung, daß der Letztere gegen Stellung von 6000 M. Kaution entlassen werde.

Außer dem bereits mitgeteilten Verfahren wegen Majestätsbeleidigung gegen Marchionini ist auch eine Klage gegen den verantwortlichen Verleger des in Ost- und Westpreußen beschlagnahmten Flugblattes, Genossen Linde, eingeleitet. Nach der Anklage soll der Inhalt des an das preussische Volk gerichteten Flugblattes gegen folgende Paragraphen verstoßen:

- 1. Beleidigung der königlichen Staatsregierung und der Volksvertretung. (§ 185 R.-Str.-G.-B.)
2. Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen usw. (§ 131 R.-Str.-G.-B.)
3. Aufreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander. (§ 130 R.-Str.-G.-B.)

Beht man jetzt in dieser scharfen Weise gegen die führenden Genossen in der Provinzial-Hauptstadt vor, warum sollen nicht auch die niederen Polizeiorgane gegen Genossen in der Provinz nachahmen. An unzähligen Orten wird jetzt noch immer Haus-suchung gehalten. Dabei wird, wenn kein Flugblatt gefunden werden kann, etwas anderes, Kalender, Zeitungen, Broschüren usw. mitgenommen. In Jasterburg wurden — die Touren-zettel des Verteilungsplanes fürs Land konfisziert. Der Gemeindevorsteher vom Dorfe Jöhnen im Kreise Weichau ließ ein Schreiben im Dorfe zirkulieren, in dem jedem Einwohner eine Strafe bis zu 100 M. angedroht wird, der irgend etwas, was ihm der Agitator Linde aus Königsberg zugeht, annimmt.

Die Folgen dieser behördlichen Aufmerksamkeit sind geradezu frapperend. Täglich laufen Anmeldungen zum Beitritt in die sozialdemokratischen Vereine ein. Ebenso Bestellungen auf die „Königsberger Volkszeitung“ und den „Landboten“.

Wieder oben auf der Leiter!

Nachdem Herr Reghauer, der sich im „Korrespondent für Buchdrucker“ auch als politischer Laubfrosch probiert, tief unten stehend das schlimmste Unheil aus den angefangenen Wabrecht-demonstrationen prophezeit hatte, hat ihn nun der heitere Sonnenschein, den das reinigende Gewitter brachte, wieder auf die Leiter gelockt. Auf der höchsten Stufe stehend qualt er:

Der 21. Januar liegt nun hinter uns. Der Verlauf dieses dem Proteste gegen das Dreiklassenwahlrecht Bezugs der Erinnerung an den vor einem Jahre erfolgten Ausbruch der russischen Revolution gewidmeten Tages kann nur befriedigen, denn die Arbeiterkraft, welche doch die Kerntruppe bei politischen Demonstrationen bildet, hat vorzüglich Disziplin bewahrt. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätte unsere oftmals geäußerte Prophezerung Erfüllung gefunden: die Reaktion hätte die so heiß begehrte Gelegenheit gehabt, ihren Gelfisten zu frönen.

Wir konnten die Disziplin der deutschen Arbeiterkraft vor dem 21. Januar.

Meinungen ohne Gendarmen!

Der „Rotfeller“, welcher in Preußen infolge der Dreiklassenwahl-Protestbewegung entstanden ist, hat sich selbst im liberalen Meininger Lande bemerkbar gemacht. Zuvörderst wurde in Saalfeld-Saale der Genossin Frau Fiey das Sprechen über: „Revolution liberal“ unmöglich gemacht. Der dortige Landrat, Dr. Kauer benamset, verbot die Versammlung auf Grund des § 130 St. G. B. Mit anderem Thema konnte die Genannte über das Verbotene sprechen! In Pöhlitz verbot derselbe Landrat die für die preussischen Orte des Siegenröder Kreises angelegte Protestversammlung, in welcher Wappe-Erfurt referieren sollte, ebenfalls auf Grund des § 130 St. G. B. Ein anderes Thema fand Gnade vor den Augen des gestrengen Herrn! Auch in Themar und Salungen mußten, um die Versammlungen abhalten zu können, ebenfalls die staatsgefährlichen Thematata geändert werden. Die Versammlungen verliefen überall großartig und wurde eine weitere Rate von 155,70 M. an den Genossen Gerisch abgefordert. Nun sieht den Landräten Gölling-Meinungen und Dr. Kauer-Saalfeld kein gesetzlicher Verbotshindernis zur Seite, mithin werden die Herren bei nächster Landtags-sitzung zur Verantwortung gezogen werden. — In Wendhausen (Kreis Schleusingen), wo Genosse Paul Seige-Böhmer referierte, war (zu!) kein Ueberwachender anwesend! Der dortige preussische Gendarm mußte beim königl. Amtsvorsteher in Sätwarza Dienste als Wachmeister bis nachts nach 12 Uhr leisten. Die Versammlung in Goldlauter bei Suhl, in welcher Genosse Arthur Hoffmann-Saalfeld referierte, wurde durch drei Gemeindegliedern übermachtet. Der königliche Gendarm war nach Schleusingen kommandiert, um dort das Landratsamt (königl. Schloss) zu beschützen! — Und Meinungen steht noch, wie uns glaubwürdig versichert wird!

Kommunales.

4. Sitzung vom Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 5 Uhr. Der Vorsitzende Dr. Langenhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr. Eine Reihe von Ausschufswahlen ist vorgenommen worden. In die gemischte Deputation für die weitere Erörterung der Maßnahmen gegen die Qualifizierung von Krankenhausbehandlung als Armenunterstützung sind u. a. gewählt die Stadtw. Singer und Stadthagen, in den Ausschuf für die Vorlage wegen Erhöhung der Kurzlohnfläche für Auswärtige die Stadtw. Bernstein, Glode, Koblenzer und Singer, in den Ausschuf für den Antrag Antritt wegen Vermehrung der Zahl der Schulärzte die Stadtw. Ewald, Manasse und Behl (Sog.). Namens des Ausschusses zur Vorbereitung der Neuwahl der Ausschüsse, der Abordnung der Verammlungsmitglieder in die Deputationen und Kuratorien usw. berichtet Stadtw. P. Düton. Das umfangreiche Tableau der Vorschläge des Ausschusses, bei denen auch das Anwachsen der sozialdemokratischen

freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Die schon erwähnte Wirterversammlung sei von bürgerlicher Seite veranstaltet worden. Sie habe sich zwar als eine Vertretung aller Gastwirtsorganisationen Deutschlands bezeichnet, aber den Verband der freien Gast- und Schankwirte, der in Berlin und Umgegend 1000 Mitglieder zählt, haben die Veranstalter jener Versammlung nicht eingeladen. Der Verband der freien Gast- und Schankwirte sei für ein einheitliches Vorgehen gegen die Biersteuerverhöhung, er sei aber dagegen, daß man sich auf jener Seite zugleich für die Stärkung der Wehrkraft erkläre, was nicht geschehen könne ohne die Bewilligung neuer Steuern. Von jener Versammlung habe man allerdings nichts anderes erwarten können, denn ihr Leiter sei ein konservativer Reichstagskandidat gewesen, der die Regierungspolitik billige. Der Redner empfahl den Verband der freien

Gast- und Schankwirte, der solche Rücksichten, wie sie in bürgerlichen Kreisen üblich seien, nicht nehme. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die öffentliche Versammlung der Gast- und Schankwirte Berlin und Umgegend protestiert entschieden gegen die unter Nr. 10 der Drucksachen dem Reichstage unterbreiteten neuen Steuervorlagen. Da namentlich die Erhöhung der Steuern auf Nahrungsgüter und Genussmittel die Wirte als Handelsgewerbetreibende doppelt schwer belastet und dieselben als Konsumenten gleich den übrigen minderbemittelten Klassen der Bevölkerung durch jede indirekte Steuer in der ungerechtesten Weise wirtschaftlich ausgebeutet werden, erachtet es die zahlreich versammelten Gast- und Schankwirte für ihre Pflicht, durch engen Zusammenhalt aller Interessenten die Organisation zu stärken,

deren tatsächliche Aufgabe in der Interessenbewahrung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Interessen des Wirtengewerbes liegt. Die Versammelten protestieren auf das entschiedenste gegen eine weitere einseitige Belastung des Wirtengewerbes, weil es heute schon keinen Stand gibt, der solchen unmotivierten Unterdrückungen und Belastungen unterworfen ist, als der Gastwirtsstand. Da ohnedem eine allgemeine Verschärfung der wirtschaftlichen Lage weiter Volkseinkauf mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs am 1. März d. J. eintritt, erachtet es die Versammlung als die Pflicht der Reichstags-Abgeordneten, die sich nicht der Hülfsleistung zur systematischen Ausbeutung des deutschen Volkes schuldig machen wollen, alle Vorlagen, die zur weiteren wirtschaftlichen Belastung der minderbemittelten Kreise führen, rundweg abzulehnen.

Zur den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 26. Januar. Anfang 7 1/2 Uhr. Opernhaus. Der Evangelist. Schandierhaus. Goldstücke. Neues Opern Theater. Gedächtnis. Deutsches. Der Kaufmann von Venedig. Berliner. Wilhelm Tell. Neues Liebsteule. Wenden. Die Haiden. Anfang 8 Uhr. Leistung. Rosa. Schiller O. (Walzer-Theater). Caprienne. Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Städtisches Theater). Ueber unsere Kraft. Kleines. Kinder der Sonne. Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen. Reichshallen. Der Bräutigam. Trianon. Die Wetterfahne. Lustspielhaus. Der Weg zur Hölle. Volks. Bis früh um fünf. Carl Weiß. Die lebende Brücke auf Kuba. Zentral. Das süße Mädel. Luffen. Maria Stuart. Deutsch-Amerikanisches. Er und Ich. Metropol. Auf ins Metropol. Casino. Die goldene Brücke. Apollo. Prinzessin Rosine. Spezialitäten. Herrfeld. Familientag im Hause Prellstein. Belle Alliance. Der grüne Teufel. Spezialitäten. Wintergarten. Otto Reutter. Spezialitäten. Walhalla. Nach Afrika, nach Kamerun. Solles Caprice. Nach dem Japanskrieg. Der Bedeme. Reichshallen. Berliner Sänger. Passage. Spezialitäten. Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Spellerinis Alpen- und Wästenfahrten im Ballon. Sternwarte. Invalidenstr. 57/52. Täglich gebührent frei 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.

Abends 7 1/2 Uhr: Der Widerspänstigen Zähmung. Sonnabend: Kean. Sonntag: Die Jungfrau von Orleans. Ab. 7 1/2 Uhr: Der Widerspänstigen Zähmung. — Kont.: Der Widerspänstigen Zähmung.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr. Liebesleute (Amants). Sonnabend, Sonntag, Montag: Ein Sommernachtstraum.

Kleines Theater.

Anfang 8 Uhr. Kinder der Sonne. Sonnabend: Kinder der Sonne.

Zentral-Theater

(Operette). 8 Uhr: Das süße Mädel.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr: Maria Stuart. Sonnabend: Kaufmann v. Venedig. Sonntag nachm.: Penlon Schäler. Abends: Der Verschwendter. Montag: Die lustigen Weiber von Windsor.

Komische Oper.

Friedrichstr. 104/104a. Freitag, den 26. Jan., abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Sonnabend: Die Bohème. Sonntag nachm. 3 Uhr bei ermäßigten Preisen: Der Corregidor. Abends 8 Uhr: Hoffmanns Erzählungen.

Reichshallen.

Heute: Stettiner Sänger. Sonntag 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.

Urania Taubenstr. 48/49. Abends 8 Uhr: Spellerinis Alpen und Wästenfahrten im Ballon.

Sternwarte

Invalidenstr. 57/52. Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165. Ohne Extra-Entree. Bergbewohner Abessinians. 65 Eingeborene Männer, Weiber und Kinder, sowie das Baby „Berolina“. Eintritt 50 Pf.

Apollo-Theater.

8 Uhr: Prinzessin Rosine von Lincke. Hiermit die glänzenden Spezialitäten mit Katsukuma Higashi Meister der Selbstentzündungslehre Jiu-Jitsu. Sonntag nachm. 3 Uhr: Berliner Luft und Spezialitäten.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Auf - in's Metropol! Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender. Rauchen in all. Räumen gestattet.

Residenz-Theater.

Direktion: Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Der Prinzgemahl. Sattlerischer Schwanz in 3 Akten von L. Karos und A. Chancel. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Bertuloespillen.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Köpenickerstr. 67/68. Jed. Abd. 8 Uhr: „ERLEICH“ Sonntag nachmittag 3 Uhr: Halbe Preise! „Ueber'n großen Teich“.

Folies Caprice

Budapester Possen-Theater 132 Linienstr. 132. Ecke Friedrichstraße. — Sam. 130. Male: Nach d. Zapfenstreich. Vorher: Der Beheme u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Vorher: tägl. b. Wertheim u. an der Theaterkaffe von 10 Uhr vormittags an.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr. Die Wetterfahne. Sonntag nachm.: Die herbe Frucht. Kasino-Theater. Vorher: Täglich 8 Uhr. Die goldene Brücke. Schauspiel in 3 Akten v. R. Stowronnet. Im neuen Theater 3. m. sensation. Erfolg gegeben! Vorher: Das Brillante Programm. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Opferlamm.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. St. v. d. B. Böse. Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf. Des. Riesen-Januar-Programm. u. a.: 3 Harders, Berliner Die Hagedorn, Postturner, ehemal. Mgl. d. Regiments-Truppe, urtonische The Baretts, Pantomimisten. Paulas Beichte, W. Gericke. Der treue Hund und 11. Elite. Familienarten in allen Variet. Revue- u. Nigarrengesellschaften sowie im Theaterbereich unentgeltlich zu haben.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Walzer-Theater) Freitag abends 8 Uhr: Cyrienne. Lustspiel in 3 Akten v. Victorien Sardou und G. de Raxat. Sonnabend abends 8 Uhr: Königsglaube. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nora. Sonntag abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher. Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.) Freitag abends 8 Uhr: Eber unsere Kraft. (1 Teil) Schauspiel von Björnsterne Björnson. Sonnabend abends 8 Uhr: Cyrienne. Sonntag nachm. 3 Uhr: Crauquebille. Die Bäuerin Abschied vom Regiment. Sonntag abends 8 Uhr: Eber unsere Kraft.

Arnold Scholz. Neue Welt.

Hasenbeide 108 114. Im festlich dekorierten Riesensaal vom 28. Januar bis 18. Februar: Großes Münchener Bockbierfest. Baron Muckl mit seiner Original Oberbayerischen Bauernkapelle D'Hollertauer. Bedienung durch 30 achte bayrische Mad'n in Nationaltracht. H. Bergschloß-Bockbier — Münchener Küche. Sensationelle Ueberraschungen. Sonntags 2 Kapellen. 68414* Anfang 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr. — Entree M. 0.30.

Bernhard Rose-Theater

Geländebrennen, Badstraße 58. Heute Freitag, den 26. Januar 1906: Der Roland von Berlin. Schauspiel in 4 Akten nach Will. Casellen und Benutzung des Romans von Wilhelm Meißel von Fr. Silenus. Anfang 8 Uhr. Bilet-Vorverkauf von 10-2 Uhr an der Theaterkaffe. Sonntag nachmittag 3 Uhr bei vollständigem Preisen zum letzten Male: Der Roland von Berlin.

Berliner Abnormalitäten-Theater

Münchstr. 16. Riesen-Weihnachts-Programm! Reiz! Die Elite-Lilliputaner-Truppe, die Neuesten Sängertinnen u. Vortragskünstler der Welt. Riesen-Honn, 485 Pf. schwer. Opulle, der Mensch ohne Gefühl. Masi! Masi! Masi! frei in der Luft schwebende Türkin. Hallscherin Armida, wahrhaftige Wunderkammer. Pluto. Wunderhahn, geb. mit 4 Beinen, 2 Körpern, 1 Kopf, lebend etc.

Lagerbier- Brauerei E. Haase Breslau

Größte Privatbrauerei im Königreich Preußen. Letzter Jahresumsatz: 321 882 Hektoliter. empfiehlt ihre vorzüglichen Lagerbiere als: - Hell und Dunkel - Pilsener - Märzen - Bock. 259/17. Morgen Anstich von Haase Bock in den Spezialauschänken: Schlesischestraße 28. Klopstockstraße 18. Großgörschenstraße 10.



Prosit! Böhmisches Brauhaus. BERLIN. Empfehlen unser helles u. dunkles Tafelbier: Gambrinusbräu (Münchener) Nepomukbräu (Pilsener) Böhmisches Brauhaus NO. Faß-Abteilung: Landsberger Allee 11/13. T. VII. 5088. Flaschen: Friedenstraße 93. T. VII. 1670. Unsere Original-Abzug-Flaschenbiere in fast allen Kolonialwaren-Handlungen. 5669L*

Zirkus Albert Schumann

Heute abend prägte 7 1/2 Uhr: Extra-Gala-Vorstellung. Ganz exquisites Programm u. a.: Berlins größte Sensation! Eine wirklich sehenswerte Novität: MIB-Able Mitchell und ihre farbigen 20 Studenten 20 einschließlich Topsy, Henry Williams, Billy Veger, die ausgezeichneten Soubretten, Ferner die phänomenale Mirza-Golem-Truppe und die großartigen neuen Spezialitäten sowie sämtl. Circus und Augulle mit ihren neuesten Spächen zum Schluss. Die diesjährige große Ausstattungspantomime

Femina

das neue Frauenreich. Sieden wunderbare Akte und die feinsten Schluß-Apoteose. Sonntag zwei Vorstellungen.

Lustspielhaus.

Täglich abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

Passage-Theater.

Anfang d. Abendvorstellung 8 Uhr. Walter Steiner. Humorist. Acosta. Kraft-Songleur.

Walhalla-Theater

Nach Afrika, nach Kamerun. Ausstattungsschöpfung in 6 Bildern. Anf. 8 Uhr. Rauchen überall gestattet.

Carl Weiß-Theater.

Gr. Raubthiergarten 132. Täglich 8 Uhr: Die lebende Brücke auf Kuba. Sensationelles amerik. Ausstattungsspiel mit Ges. u. Ballett in 7 Bildern von James Fox. Sonnabend, den 27. Januar, nachm. 4 Uhr Kindervorstellung: Der gestief. Kater.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Gummistr. 16. Der Loder vom Lindhamerhof. Zündl. Charaktergemälde in 4 Akten nach Herrn. Schmidts Erzählung in der „Gartenlaube“ von Karl Wegel. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

WINTERGARTEN

Otto Reutter.

Klein-Familie, Kunstradfahrer. Ernst Perzina, dressierte Affen. Lola Hawthorne, amerikanische Sängerin. Elmo u. Recco, amerikanische Exzentriks. Yulian Familie, Akrobaten. Die drei Holloways, Drahtseilkünstler. Gebrüder Schwarz, Parodisten. Die Meiningen, Hundepantomime. „In Schottland“, Ballett. Burke, Andrus u. Frisco in ihrer Scene. Der Biograph „Rückkehr vom Ball“.

Königshof, Säulowstr. 37, a. Bild. Str.

Jeden Freitag: Fritz Steidl-Sänger. Anfang 8 1/2 Uhr. Zum Schluss: Aftermieter.

Sanssouci, Kottbuser Straße 4a. Dir. Wilhelm Reimer. Donnerst., Freit., Sonnab.: Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkränzchen. Sonn. 8 1/2 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr. Dienst. 11 Uhr. Theat.-Ab. Galtz, d. Löwe-Ensemble. Amned. 1. d. gr. Theaterland u. d. n. Ecke 2. nächst. Zeit. w. schon jetzt entgegen.

XI. Berliner Saison. Zirkus Busch.

Zum 68. Male. Die neueste und größte Schenswürdigkeit Berlins: Indien. Orig.-Pantom des Zirkus Busch. Besonders hervorzuheben: Eine Tigerjagd in den Dschungeln Indiens und Elefantkämpfe. Außerdem: Mr. Hagedorn's Transformations-Grotte. Die berühmte Manegokomiker Rappo u. Reule und die vorzüglichsten Programmnummern.

Gebüder Herrfeld-Theater.

Heute und folgende Tage: Familientag im Hause Prellstein. Familienmitglieder: Fridolin Unterbett, Emmerich Unterbett, Samuel S. Unterbett, Frau Wolkenbruch, Jonas Tintlach, Hannibal Sauerstoff, Fredy Eiwelb, Maurice Archimedes, Flora Prellstein, Kicky v. Kitzky, Monika v. Kitzky, Igel u. Kedak, Stanislaus, Helens, Schostak, Reichstonsilant (Anton Herrfeld), Esau Prellstein (Donat Herrfeld). Anf. 8 Uhr. Vorher: 11-2 Uhr.

Lané & Ney

Friedrichstr. 43. Täglich abends 8 Uhr: Enthüllung. 20916* Spiritismus. Gedankenlesen.

Goßmanns Festsäle

Kreuzbergstr. 48. Prof. Otto Ernst. Jeden Freitag: Original-Harburger Sänger. Direktion: Karl Frick-Kasche-Krause. Anfang 8 Uhr. Entr. 30 Pf. Vorzugskarten gelten. Nachher: Frei-Tanz. Jeden Montag: Frei-Tanzkränzchen. Anfang 9 Uhr.

Schöneberger Wintergarten

Golzstraße 9. Täglich Theater und Spezialitäten-Vorstellungen. Sonntag 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen. Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. — Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung. Die Direktion.

Gustav Behrens

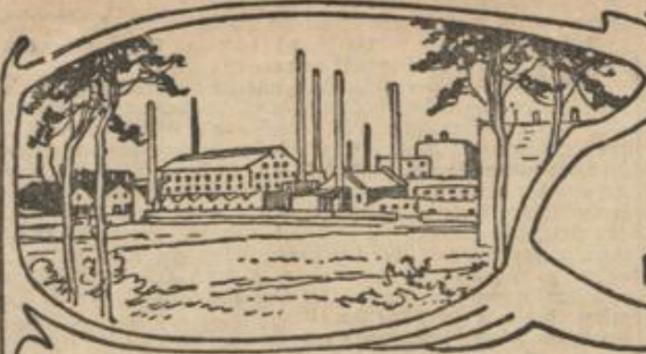
Spezialitäten-Theater. Frankfurter Allee 85. Der größte Schläger der Saison! Reutter N u d i e s Abenteuer auf dem Metropolball oder: Die Keinen Mädchen von Berlin. Gr. Ausstattungsschöpfung m. Ges. u. Tanz. Im zweiten Akte: Die 6 schönen Kanolzigaretten. Außerdem: 16 Spezialitäten.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz. Täglich in den unteren Sälen Gottschalk-Konzert.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4. Um 9 1/2 Uhr: Auftreten des berühmten Siegfriedsichters Paul Steinitz.



Vorort

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 21. Freitag, den 26. Januar 1906.

Inserate Sechsgipaltene Kolonietzelle 20 Pf.
Bei größeren Aufträgen entprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Bezugnehmend auf unsere Notiz in Nr. 17 vom 21. d. Mis. betr. Abhaltung einer Quartalsversammlung mit anschließendem Tanzabend seitens der Zentral-Kranken- und Sterbefälle der deutschen Wagenbauer, Bezirk 15, teilt uns die Ortsverwaltung des 15. Bezirks mit, daß die Bestimmung des genannten Lokales infolge ungenügender Information erfolgt sei und daß nunmehr die Quartalsversammlung nicht in obigem Lokale, sondern im „Marquardt-Kasino“, Marktgrabenstraße 88, stattfindet. Die Lokallistenkommission.

Rudow. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, bei Palm statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Pagels über das Parteiprogramm, Diskussion, Verschiedenes. Die Genossen werden ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Zegel. Der Diskutierabend des Wahlvereins findet Dienstag, den 30. Januar, pünktlich 8 1/2 abends, bei Herrn Gehhaar, Berlinerstraße 2, statt. Um zahlreichen Besuch ersucht Der Vorstand.

Eichwalde. Der Wahlverein Eichwalde und Umgegend hält am Sonntag, den 28. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei Heinrich, Danfelsstraße, seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Um pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Die Liebesgabe des Landpfarrers.

In Berlin hat man Jahre hindurch mit Eifer und Grimm um die Liebesgaben der Geistlichen gekämpft. Nicht bloß Unfromme, sondern auch viele Fromme waren allmählich zu der Ansicht gelangt, daß dieser alte Brauch heute doch wohl nicht mehr recht zu der Stellung passe, die der Geistliche gegenüber seiner Gemeinde einnehmen will. Unter den Geistlichen selber war mancher, der „gar nichts dabei finden konnte“. Aber schließlich erklärte sich auch unter ihnen die Mehrheit für den Standpunkt der Feinsfüßigeren, und es wurde dann, sofern wir recht unterrichtet sind, eine Einigung dahin erzielt, daß die Liebesgaben größtenteils abgeschafft und als Ersatz dafür eine Gehaltserhöhung gewährt werden sollte.

In kleinen Städten hält man's wohl ziemlich allgemein noch immer mit dem überkommenen Brauch früherer Zeiten, und auf dem Lande finden sie's vollends noch ganz in der Ordnung, daß ein Pastor für seine dem einzelnen Gemeindeglied geleisteten Dienste auch von diesem Gemeindeglied direkt durch Liebesgaben bezahlt wird. Die Bezahlung braucht nicht immer in barem Gelde geleistet zu werden. Wertgegenstände sind ebenso willkommen. Ein Landpfarrer nimmt auch mit Lebensmitteln vorlieb, und es gibt Dörfer, wo das noch ortsüblich ist, ganz wie in alten Zeiten, in denen man dort noch kein bar Geld kannte. Daß aber ein Pastor die Bezahlung — sei es in Geld, sei es in Lebensmitteln — gar auch einfordern könnte, wenn sie ihm vorenthalten wird, das wird ein Berliner nicht recht glauben wollen. Aber man ist eben in der Reichshauptstadt in kirchlichen Dingen schon ein bißchen sehr verwildert.

So hat ein Bauernjunge, der aus Zettich bei Güntersberg an der Oder stammt und nach seiner Konfirmation nach Berlin gekommen war, hier seinem Pflegevater eine nicht geringe Ueberraschung bereitet, als er ihm eines Tages einen Brief überreichte, in dem der Zetticher Pfarrer sich seine Liebesgabe von dem ehemaligen Konfirmanden nachträglich einforderte. Der Brief lautete: „Lieber A.! Wie Du weißt, habe ich für Deine Konfirmation von Dir eine Gans oder 3 M. zu beantragen. Ich bitte Dich deshalb, mir eins von beiden zukommen zu lassen. Hoffentlich geht es Dir und Deiner Großmutter gut und Du vergißt auch in Berlin Deinen Konfirmationspruch nicht: Wacht und betet! Denke nur oft daran und tue beides. Mit herzlichem Gruß bin ich Dein treuer Pastor Vorhauer.“

Als der Pflegevater uns diesen Brief zeigte, waren wir zunächst ganz „baff“. Eine solche Mahnung in dieser Form schien uns völlig unmöglich, und wir nahmen daher an, da müsse sich jemand einen Spaß mit dem Jungen gemacht haben. Wir ließen uns den vom Pastor Vorhauer ausgefüllten und unterzeichneten Konfirmationschein vorlegen; die Handschrift war dieselbe. Wir schlugen die Konfirmationsbibel auf, in die der Pastor eine Widmung eingetragen hatte; auch hier fanden wir dieselbe Handschrift. Wir blickten in das vom Pastor Vorhauer ausgefertigte Konfirmandenbüchlein, das dem Jungen als „Begleiter“ mit auf den Lebensweg gegeben worden war; und wieder stimmte die Handschrift völlig überein.

Aber noch immer blieben wir ungläubig, wie Thomas. Halt! Hier mußte eine Handschriftenfälschung vorliegen, die mit ganz außerordentlichem Geschick verübt worden war. Darauf deutete auch der Umstand hin, daß auf dem Briefkupert die Wohnungsangabe von anderer Hand geschrieben war, vermutlich von einem Beamten des Berliner Einwohner-Meldeamts, das auf die Rückseite auch seinen Stempel aufgedrückt hatte. Der Fälscher sah offenbar in Berlin und hatte den Weg der Ueberwindung des Briefes an das Meldeamt nur gewählt, um es erklärlich erscheinen zu lassen, daß der Brief (wie der Poststempel zeigte) nicht in Zettich, sondern in Berlin aufgegeben worden war.

Schon freuten wir uns über unsere Schläue, aber um volle Gewißheit zu haben, hielten wir den Pflegevater, durch briefliche Anfrage beim Pfarrer selber eine Aufklärung herbeizuführen. Der Brief wurde abgefordert, und alsbald traf folgender Antwortbrief ein, der den Poststempel Güntersberg trug: „Auf Ihr Schreiben vom 11. d. M. teile ich Ihnen mit, daß ich, da mir A.'s Adresse unbekannt war, das Ber-

liner Hauptmeldeamt gebeten hatte, einen Brief an Ihr Mündel weiterzubefördern. Das ist doch keine Schande für ihn, für mich aber war es der einfachste Weg. Was die Sache selbst betrifft, so habe ich ja Ihrem Mündel schon mitgeteilt, daß ich von ihm für die Konfirmation eine lebende Gans oder 3 M. zu bekommen habe. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dafür sorgten, daß ich eins von beiden erhielt. W. Vorhauer, Pfarrer.“

„Was sagen Sie nun?“ fragte uns der Pflegevater, als er uns diese Antwort überreichte. Wir sagten gar nichts; denn jetzt waren wir erst recht „baff“. Aber jetzt war kein Zweifel mehr möglich. Zum besseren Verständnis der beiden Briefe wollen wir hinzufügen, daß der Junge zu Östern eingeeignet worden war und dabei einen seinen Verhältnissen entsprechenden Geldbetrag für den Pfarrer geopfert hatte. Nach Zetticher Brauch mußte aber außerdem im Herbst eine lebende Gans geliefert oder ein Laler erlegt werden. Das war unterblieben, nachdem der Junge nach Berlin übergesiedelt war. Der Pastor hatte es dann für nicht unter seiner Würde gehalten, an den Jungen den oben mitgeteilten Brief zu schreiben.

Hier wird man uns vielleicht entgegenhalten, ob denn für einen Pastor der Satz: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes wert!“ keine Geltung haben soll. Ei, gewiß! Aber — nicht wahr? — der ganze Vorgang beleuchtet doch in eigenartiger Weise die Stellung, die so ein auf Liebesgaben angewiesener Landpfarrer in seiner Gemeinde einnimmt. Indes, wenn sie ihm gefällt, so kann's uns recht sein.

Parteiengenossen! Seht die Wählerlisten zur Gemeindevahl, die bis zum 30. Januar ausliegen, ein oder beauftragt mit der Einsichtnahme einen der schon bekannt gegebenen Genossen am Orte!

Schöneberg.

Aus Angst vor der Sozialdemokratie wird sich demnächst im Schöneberger Stadtparlament eine neue Fraktion bilden. Der Bezirksverein für den Berliner Ortsteil von Schöneberg hat in seiner letzten Sitzung folgende Resolution angenommen: „Der Verein hält angesichts des stetig wachsenden Einflusses der Sozialdemokratie in der Stadtverordnetenversammlung die Bildung einer neuen Fraktion für notwendig. Dieselbe soll möglichst viel bürgerliche Elemente umfassen, welche eine solide finanzielle Entwicklung des Gemeinwesens von Schöneberg fördern wollen.“

Als die neue Fraktion soll möglichst viel bürgerliche Elemente umfassen, welche eine solide finanzielle Entwicklung des Schöneberger Gemeinwesens wollen. Das wollten doch diese Herren immer, so behaupteten sie wenigstens bisher. Wie soll denn die Förderung der finanziellen Entwicklung in Zukunft zu verstehen sein? Wohl dadurch, daß man den Besiegten größere Erleichterungen schafft und die Lasten der großen Masse aufhakt? Das wäre aber auch nichts Neues, denn in dieser Weise wurde auch bisher schon die „solide Entwicklung des Schöneberger Gemeinwesens gefördert“.

Charlottenburg.

Der Entwurf des Stadthaushaltsetats für 1906 ist vom Magistrat fertiggestellt. Im Hauptetat balanziert das Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 18 853 800 M., und zwar in den fortwährenden Ausgaben mit 17,2 Millionen, in den einmaligen Ausgaben mit 1,6 Millionen Mark. Das Extraordinarium schließt in Einnahme und Ausgabe mit 12 458 910 M. ab. Von den Sonderetat schließt der Kanalisationsetat in Einnahme und Ausgabe im Ordinarium mit 1 067 800, im Extraordinarium mit 141 300 M. ab, der Etat der Ladestraßen mit 105 900 M., der Etat für den Lagerplatz der Tiefbauverwaltung mit 1 052 700 M., der Etat für das Elektrizitätswerk im Ordinarium mit 808 720 M., im Extraordinarium mit 708 000 M., der Etat der Gasanstalten im Ordinarium mit 7 408 100, im Extraordinarium mit 2 240 528 M., der Reingewinn aus den Gasanstalten ist mit 1 624 000 M. in Voranschlag gesetzt. Der Magazin- und Hülfssetat der Gasanstalten balanziert in Einnahme und Ausgabe mit 10 332 800 M., der Bismarckstraßenetat im Ordinarium mit 368 000, im Extraordinarium mit 1 564 900 M., der Etat der Stiftungen und Vermächtnisse mit 79 174, der Grundstücksverbandsfonds im Ordinarium mit 435 500, im Extraordinarium mit 1 850 500 M. — Die Steuerjäge sollen nach dem Vorschlag des Magistrats die gleichen wie im laufenden Jahre bleiben, also 100 Proz. Gemeindefinanzsteuer, 2,4 pro Mille Gemeindegrundsteuer, 1 Proz. Umsatzsteuer für bebauten und 1 1/2 Proz. für unbebaute Grundstücke, 100 Proz. Gemeindegewerbesteuer und 20 M. Hundesteuer. Die Einnahmen aus den Steuern ergeben insgesamt 9 792 200 M. gegen 8 852 710 M. im Jahre 1905, also 939 490 Mark mehr.

Rummelsburg.

Die letzte Gemeindevertreterversammlung, die erste im neuen Jahre, wurde vom Vorsitzenden Dr. Hahn mit einer Ansprache eröffnet. Der Vorsitzende sprach hierbei den Wunsch aus, daß die Gemeindevertretung, ebenso wie andere Vororte es bereits getan haben, bei der Regierung die Verleihung der Stadtrechte beantragen möge. Durch die Entwicklung unseres Ortes in den letzten Jahren, insbesondere durch die Vermehrung der Einwohnerzahl von 17 000 im Jahre 1902 auf jetzt über 35 000, muß ein solches Verlangen als berechtigt anerkannt werden. Dieser Antrag wird von allen Vertretern zugestimmt. Bei der nun vorgenommenen Auslosung wird in der dritten Klasse Genosse Tempel ausgelost. Außerdem scheidet in der dritten Klasse noch ein bürgerlicher Vertreter und der Genosse Gebauer aus. Gebauer hat sein Amt wegen Rehnangel niedergelegt. Es sind demnach bei der im März dieses Jahres stattfindenden Wahl von unserer Seite drei Vertreter zu wählen.

Die Regulierung und Pflasterung der neuen Straße C. wird beschlossene; es ist dies die Straße, welche vom Nordringbahntunnel südlich bis zur Kautzstraße führen soll. Die Kosten für die Pflasterung mit Granitsteinen vierter Klasse werden auf 80 000 M. bemessen. Ebenso wird die Regulierung und Neupflasterung der Markt- und Sadowastraße beschlossen. Die Kosten sollen sich auch hier zwischen 80 000 bis 100 000 M. belaufen. — Durch die große Bevölkerungszunahme ist auch das hiesige Wasserwerk an der Grenze seiner

Leistungsfähigkeit angelangt. Es macht sich hierdurch die Anschaffung mehrerer neuer Maschinen notwendig. Bewilligt werden für eine Maschine, welche spätestens am 1. Juni d. J. im Betrieb sein muß, 54 000 M., und für eine zweite Maschine, welche für später lieferbar ist 34 000 M. — Die Verlegung des Wochenmarktes vom Viktoriapark nach dem Spielplatz an der Prinz-Albertstraße, zeitigte eine längere rege Debatte. Der Berliner Magistrat verlangt von der Gemeinde Rummelsburg für das Spielplatzgelände, wenn dasselbe zu Marktzwecken mitbenutzt wird, eine besondere Abgabe von 30 Pf. pro Quadratmeter. Da dies einem Betrag von etwa 3000 Mark pro Jahr gleichkäme, so wird von der Verlegung Abstand genommen. — Die Nicht-einschädigung für die hiesige Lehrerschaft wird, nachdem bereits in mehreren Sitzungen diese Angelegenheit erörtert worden ist, für die verheirateten Lehrer auf 550 M. und für die unterverheirateten Lehrer auf 368 M. festgesetzt. Bisher waren es 50 M. resp. 33 M. weniger.

Der Punkt „Lehrerzulagen“ war der geheimen Sitzung vorbehalten. Unser Genosse John beantragte, diesen Punkt der Tagesordnung in öffentlicher Sitzung zu verhandeln. Die Abstimmung ergab aber nur 8 Stimmen dafür. Als die Stimmen bereits ausgezählt waren, da hob auch der Vorsitzende mit der Bemerkung seine Hand, daß er ja auch dafür sei, daß dieser Punkt öffentlich verhandelt werde. Recht verdußte Gefährter gab es, als Genosse John die entstandene Situation, wie man sie bereits vielfach bei Abstimmungen in der hiesigen Gemeindevertretung zu beobachten in der Lage war, mit der zutreffenden Bemerkung kennzeichnete: „Hätten Sie, Herr Bürgermeister, Ihre Hand früher erhoben, so würden es die Mehrzahl der anderen Herren auch getan haben.“

In der letzten Sitzung vor Weihnachten war man sich dahin einig geworden, daß eine Lehrerzulage gegeben werden soll. Beschluß sollte in der heutigen Sitzung, nach Feststellung der dafür aufzubringenden Kosten erfolgen. Auf Grund der Feststellung soll die Zulage für diesen Zweck sich auf 10 000 M. belaufen. Der Gemeindevorstand beantragt keine Lehrerzulage zu geben, da die Gemeinde eine solche hohe Summe nicht abstoßen könne. Nach längerer Debatte wird auf Antrag unserer Genossen beschließen: „Sämtliche, von der Gemeinde beschäftigten Personen, mit Ausnahme der Lehrerschaft und derjenigen Personen, die ein Gesamt-einkommen von über 2000 M. haben, erhalten, wenn sie verheiratet sind 50 M., und wenn sie unterverheiratet sind 25 M. als einmalige Lehrerzulage.“

Lichtenberg.

Der Raubhan, wie er als Folge der Terrainspekulation hier wie anderwärts auftritt, fordert zurzeit außerordentliche Opfer. Die Kreisblätter und deren Nachbeter das Ortsblättchen bringen täglich ganze Spalten von Sublokationsanzeigen. Die Werte, die an einem solchen Bau beteiligten Bauhandwerker und zum Teil auch die Lohnarbeiter verlieren, gehen ins Unermessliche. Das Lichtenberger Gewerbegericht hatte vor kurzem in einer einzigen Sitzung allein von klagenhaften Bauarbeiten mehr als 1100 M. rückständige Löhne zu prüfen. Nichtsdestoweniger finden die „Terrainpläcker“ immer wieder „Strohämmer“, die mit rasender Geschwindigkeit einen Bau hoch bringen, um — der Gesellschaft ein behautes Grundstück, den Handwerker das Nachsehen und den Bauarbeitern den Lohnverlust zu hinterlassen.

Die Gemeinde Lichtenberg hat 314 bewohnte Gebäude am 1. Dezember 1905 (1285) mehr aufzuweisen als 1. Dezember 1900 (961), unbewohnte 1905: 17 gegen 8 im Jahre 1900. Gewöhnliche Haushaltungen zählte der Ort am 1. Dezember 1900 9787, diese Zahl erhöhte sich auf 12 777 am 1. Dezember 1905. Daneben sind noch 676 (1900: 464) einzellebende Personen mit eigenem Hausstand vorhanden. Die ortsunabhängige Bevölkerungsziffer am 1. Dezember beläuft sich auf 27 694 männliche und 27 671 weibliche Personen, sodas sich die Bevölkerungszunahme in den letzten 5 Jahren auf 11 994 Seelen d. h. 27,65 Proz. beläuft. — Das mit dem 1. Juni d. J. seine Tätigkeit beginnende Amtsgericht Lichtenberg wird auch seinerseits dazu beitragen, um die Anzahl der Bevölkerung zu vermehren. Schon jetzt ist die Zahl der Insassen des neuen Gefängnisses, das als erstes der fertiggestellten Gebäude in Gebrauch genommen wird, auf etwa 270 Seelen anzunehmen.

Mühlenbeck.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich am Mittwoch die Beerdigung unseres leider so früh verstorbenen Genossen Albert Reumann. Von nah und fern waren zahlreiche Genossen erschienen, um dem Entschlafenen das letzte Geleit zu geben. Am Grabe selbst wurden zahlreiche Kranzspenden niedergelegt, so vom Wahlverein, vom Arbeiter-Gesangsverein, von der Gewerkschaft der Töpfer, von der Filiale des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter. Auch die Mühlenbecker Tonwerke Gabriel u. Co., wo der Verstorbene gelernt und bis zu seinem Tode tätig war, waren mit einem Kranz vertreten. Verschiedentlich hörte man von den dort Beschäftigten den Wunsch äußern, neben dieser Pietät auf bessere sanitäre Zustände in den Arbeitsräumen zu achten, damit Kollegen, welche schon auf der Totenliste stehen, dem Entschlafenen nicht zu früh folgen möchten. Auch fehlte bei dieser „staatsgefährlichen Aktion“ unser Herr Gendarm nicht; wir bezweifelten aber, daß die Freundschaft zwischen ihm und dem Verstorbenen so groß war, daß seine Anwesenheit aus liebevoller Teilnahme geschäp.

Friedrichsfelde.

Insgesamt 2717 Gemeindegewähler sind in der diesjährigen Gemeindegewählerliste verzeichnet mit einer Gesamtsteuersumme von 844 834,88 M. Die 1. Abteilung hat 61 Wähler mit Steuerzulagen von 84 000 M. bis herab zu 725 M. Die 2. Abteilung hat 476 Wähler. Der Rest von 2117 Wählern bildet die 3. Abteilung. Da die 3. Abteilung in zwei Bezirken wählt, sind auch die Listen entsprechend getrennt; es entfallen von den 2117 Wählern der 3. Abteilung auf Friedrichsfelde 1821 und auf Kolonie Karlshorst 866. Da in diesem Jahre zwei Mandate in Frage kommen, müssen wir uns speziell in Karlshorst auf einen harten Kampf gefaßt machen, da dort das kleine Beamtenum sehr stark dominiert. Einen sehr starken Prozentsatz stellen auch die Proletarier im Bezirk, d. h. die kaufmännischen Angestellten. Leider haben diese ihre Masseninteresse noch nicht begriffen und stimmten bei früheren Anlässen unbedenken gegen die Arbeiterpartei. Wohl ist unsere Organisation im Bezirk Karlshorst erheblich gewachsen, auch kommt uns bei der Agitation die Selbstentmannung der bisherigen Gemeindevertreter aus Karlshorst sehr zu statten. In Friedrichsfelde haben die Bürgerlichen der 3. Wählerabteilung aufeinander die Waffen gestreckt, wenigstens erklärte der Sprecher derselben, Herr Reichardt, antwortlich einer Anfrage im Bürgerverein resigniert: „Es ist ja doch nichts zu machen.“

Abstrichen der Wählerlisten liegen aus in Friedrichsfelde bei Post, Luisenstr. 20, in Karlshorst bei Kupisch, Trebbow-Allee.

Ober-Schultheiße.

Der früher bei den hiesigen Kabinetwerken angestellt gewesene Buchhalter Karl Zimmermann mußte sich am Sonnabend vor der dritten Strafkammer des Berliner Landgerichts II verantworten...

Berliner Nachrichten.

In der gestrigen Sitzung der städtischen Schuldeputation unter dem Vorsitz des Stadtschultheißen Dr. Hirschhorn wurde beschloffen, dem Entschlusse des Stadtschultheißen Sach's auf Errichtung von sogenannten Waldheilstätten für kranke Schulkinder näher zu treten...

Schon wieder Abfertigungen. Ueber Verkehrsbeschränkungen an Kaisers Geburtstag teilt der Polizeipräsident folgendes mit: I. In der Zeit von 9 Uhr vormittags bis gegen 1 1/2 Uhr nachmittags wird der gesamte Verkehr über die Kaiser Wilhelm-Brücke...

Ueber das Schulverfassungsgesetz und den Austritt aus der Landesstraße wird am Sonntagnachmittag 1 Uhr der Reichstagsabgeordnete Adolf Hoffmann im Feenpalast einen Vortrag halten.

Wegen Anonymen Schmähbriefe schreibt gegenwärtig beim Landgericht zu Potsdam eine umfangreiche Untersuchung. Schon seit Jahren gingen beim Hofmarschallamt des Kaisers fortgesetzt anonyme Briefe ein, die sich mit Personen des kaiserlichen Hofhaltes beschäftigten...

Auch in Neuruppin ereigneten, wie von dort berichtet wird, seit einiger Zeit verschiedene Personen aus den besetzten Kreisen anonyme Schmähbriefe, die in der gemeinsten Weise abgefaßt waren. Teilweise wurden die Pamphlete ignoriert, teilweise riefen sie aber großes Kergerniß hervor.

Glendebilder. Gestern Abend gegen 7 Uhr ist ein gut gekleideter Mann, circa 30 Jahre alt, in der Gormannstraße, in der Nähe der Weinmeisterstraße, entkräftet zusammengebrochen.

Erstarrten aufgefunden wurde gestern Morgen in der Residenzstraße in Reinickendorf die 53 Jahre alte, obdachlose eheverlassene Martha Fischer, welche dem Alkoholgenuß ergeben war.

Nach ihrer gerichtlichen Verurteilung irrsinnig geworden ist die uneheliche, 49jährige K., die bei einem Arzte im Centrum der Stadt als Haushälterin beschäftigt war.

Mit gestohlenen Papieren arbeitet ein Ladendieb, der, wie wir kürzlich mitteilten, unter dem Vorgeben, einen Gegenstand kaufen zu wollen, in Uhren- und Juwelengeschäften Diebstähle verübte.

gefunden wurde. Der Verbrecher hatte sie unter Vorlegung von Legitimationspapieren verlegt, die, wie festgestellt worden ist, von einem Einbruchdiebstahl herrühren.

Eine Bande von „Türflintenmardern“ und „Tepidrollern“ treibt seit einiger Zeit in der Luisenstadt ihr gefährliches Unwesen. Hauptsächlich haben es die Täter auf die Erbeutung von Metallstücken abgesehen.

Im Eisenbahnzuge vom Tode überrascht wurde gestern der Arbeiter Niedmann aus der Köpplerstraße. N. war auf der königlichen Eisenbahn-Hauptwerkstätte in Tempelhof beschäftigt.

Großes Auffsehen rief gestern Abend am Gesundbrunnen der Aufricht eines entwichenen Geisteskranken hervor. Der Arbeiter Karl Wilde, Prinzen-Allee 33, war aus einer Schöneberger Anstalt entflohen.

Warnung. Ein hiesiger Vierfahrer hatte kürzlich ein falsches Zweimarkstück in Zahlung genommen. Als er am anderen Tage nachmittags nach Hause kam, fand er seine Frau nicht vor.

Die Louise Stubi-Erholungsstätte vom Roten Kreuz in Eichkamp wird auch während des Winters offen gehalten. Die Erholungsstätte, die für Männer bestimmt ist, nimmt Kranke aller Art über Tag auf.

Wegen Verbrechen gegen § 175 des Strafgesetzbuches ist der Musiklehrer Richard Vorpahl aus der Kurfürstenstr. 148 verhaftet worden. Der 40 Jahre alte Mann hatte sich einen Knaben aus der Passstraße für Botengänge und dergleichen angenommen.

Deutsche Heimarbeit-Ausstellung, Unter den Linden 38. Mitglieder von Gewerkschaften haben nebst den in ihrer Begleitung befindlichen Familienangehörigen, d. h. ihrer Frau und ihren Kindern unter 18 Jahren, freien Eintritt.

Hohenzollern-Legende. In den legt erschienenen Hefen der „Hohenzollern-Legende“ behandelt M. Maurenbrecher den Zusammenbruch des preussischen Staates im Jahre 1806 und die Zeit der inneren Kämpfe bis 1813.

So manche fromme Schullegende über die damaligen Zustände Preußens und seines unglücklichen Fürstentums, die bei den Kindern der Volksschule das Mitleid erwecken sollen, muß Maurenbrecher durch werblichste Urkunden belegt, zerstören.

Die Geschichte ist die größte Lehrmeisterin und darum ist gerade in der jetzigen politisch bewegten Zeit mit ihren Wahlrechtskämpfen das Studium von Maurenbrechers „Hohenzollern-Legende“ doppelt zu empfehlen.

Der Zentralverein für Arbeitsnachweise, Gormannstr. 13, nimmt schon jetzt zur bevorstehenden Schulentlassung Aufträge auf Lehrlinge und Welpen der die Schule verlassenden Knaben entgegen.

Feuerwehrbericht. Zwei Kinder säuberten gestern in der Stargarderstraße 67 in großer Gefahr. Dort war in einer Küche Feuer ausgebrochen. Da außer den beiden Kindern niemand in der Wohnung anwesend war, wurde die Gefahr erst bemerkt, als der Qualm sich im Hause bemerkbar machte.

Gerichts-Zeitung.

Fortbildungsschule vor Gericht. Vom Landgericht Plauen (Vogtland) ist am 15. März v. J. der am 31. Januar 1889 geborene Lombourter Franz Oskar Klinger in Wolfpsahl wegen Verleumdung und verurtheilt worden zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt worden.

belaubigt und belaudigt wollen. Das Strauben des Angeklagten wurde als ein Versuch, den Lehrer an der Abführung des Schülers zu hindern, angesehen.

Die Konstruktion einer Verleumdung und gar einer Verleumdung entspricht schließlich dem allgemeinen Rechtsempfinden. Auf das entscheidende muß aber dem Bestreben, gerichtliche Strafen als Erziehungsmittel für den Fortbildungsschülerunterricht zu benutzen, entgegengetreten werden.

Pommernbankprozeß. In dem Prozeß gegen Schulz und Komeid erkannte das Reichsgericht gestern auf Verwerfung der Revisionen der Angeklagten und des Staatsanwalts.

Vermischtes.

Ueber das Schiffungslück des Dampfers „Valencia“ liegen noch folgende Nachrichten vor:

Seattle (Washington), 24. Januar. Der noch immer tobende Sturm hindert die Rettung der Fahrgäste und Matrosen des bei Kap Peale gestrandeten Dampfers „Valencia“.

New York, 25. Januar. Von den Passagieren des amerikanischen Dampfers „Valencia“ sind 50 ertrunken, 100 sind in höchster Gefahr, da der Wellengang sehr hoch ist und das Schiff, das auf einer Klippe liegt, langsam auseinanderbricht.

Der erste normale Personenzug der Simplonlinie fuhr gestern früh 8 Uhr 46 Min. von Brig ab und erreichte 9 Uhr 33 Min. die Endstation Gstele, begrüßt von Hochrufen der Menge und von Völlerschüssen.

Briefkasten der Redaktion.

Neuenhagen, W. Der Betreffende ist in die Liste aufzunehmen, er soll sofort seinen Einspruch zu Protokoll geben und die Aufnahme beantragen.

Juristischer Teil.

Die juristische Schreibweise findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestern: 7 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Bescheid und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen.

J. G. 1. Soweit ersichtlich sind Ihre Ansprüche wieder gültig. 2. Ja. — R. R. R. 4. Nein; Adoptionsantrag ist erforderlich. — P. G. 16. Schließen Sie einen schriftlichen Vergleich, in dem der Kläger den Antrag und die Klage zurücknimmt. — G. R. Die Rentenempfänger würden nach der herrschenden Praxis voraussichtlich gewinnen. — „Neue Zeit“.

Berliner Marktbreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 82-85 pr. 100 Pfund, Ha 54-60, IIIa 48-52, IVa 38-45.

Wasserstand am 24. Januar. Elbe bei Rixsig + 0,32 Meter, bei Dresden + 0,80 Meter, bei Magdeburg + 2,19 Meter.

Witterungsüberblick vom 25. Januar 1906, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Stationen, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. d. Stationen, Windrichtung, Windstärke, Wetter. Rows include Schwelmde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a/M, München.

Wetter-Prognose für Freitag, den 26. Januar 1906. Etwas wärmer, vorwiegend trübe mit Schneefällen und starken südwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau. Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den